

Antragsbuch

basierend auf aktuellen Openslides-Daten

Inhaltsverzeichnis

A - Arbeitsprogramm

A01	Arbeitsprogramm Jusos Hessen 2020/2021	14
-----	--	----

B - Bildung

B01	Lehrer*innenbildung für eine inklusive Schule? JA, aber bitte auch inklusives Studium	19
B01-Ä01	Änderungsantrag zu B01	21
B01-Ä02	Änderungsantrag zu B01	22
B02	Digitalkompetenz von Lehrkräften sichern	23
B03	Eine-Welt-Laden	24
B04	Chancengleichheit stärken	25
B04-Ä01	Änderungsantrag zu B04	26
B04-Ä02	Änderungsantrag zu B04	27
B05	Inklusive Schulklassen an Regelschulen - Nur in Doppelbesetzung	28
B05-Ä01	Änderungsantrag zu B05	31
B06	Psychologie in allgemeinbildenden Schulen	32
B07	Schüleraustausch mit afrikanischen Staaten	34
B08	Smash Antisemitism - Härtere Auseinandersetzung in Schulen jetzt!	35
B08-Ä01	Änderungsantrag zu B08	36
B09	Stärkung der demokratischen Bildung im Schulwesen	37
B10	Thema Nachhaltigkeit mehr in Bildung integrieren	38
B11	Antirassistische Inhalte verbindend in den Lehrplan aufnehmen	39
B12	Drei verpflichtende Praktika für Schüler*innen an Gymnasien	41
B12-Ä01	Änderungsantrag zu B12	43
B13	Gesellschaftslehre an Integrativen Gesamtschulen aufteilen!	44
B14	Möglichkeit zur Zweitkorrektur in der Qualifikationsphase	45

B15	Politische Bildung in Hessen stärken und Ungleichheiten unter den Schulformen angleichen	47
B15-Ä01	Änderungsantrag zu B15	49
B16	Prävention und Bekämpfung von Diskriminierung in der Schule	50
B16-Ä01	Änderungsantrag zu B16	51
B17	Prävention und Bekämpfung von Diskriminierung in der Schule	52
B17-Ä01	Änderungsantrag zu B17	53
B18	Schule darf nicht krank machen!	54

E - Europa

E01 Europäische Standards für die Textilindustrie

57

G - Gesundheitswesen

G01	Eine leistungsfähige, öffentliche Krankenhausversorgung/ Krankenhauslandschaft für ganz Hessen	59
G02	Psychische Erkrankungen in die öffentliche Wahrnehmung bringen	62
G02- Ä01	Änderungsantrag zu G02	64
G02- Ä02	Änderungsantrag zu G02	65
G03	Vision: Neue Pflegepolitik	66
G03- Ä01	Änderungsantrag zu G03	69
G03- Ä02	Änderungsantrag zu G03	70

I - Initiativanträge

I01 Rassistische Praxis aus dem Polizeigesetz streichen

71

K - Kommunalpolitik

K01	Youth united! Einrichtung und Unterstützung von Kinder- und Jugendparlamenten	73
K01-Ä01	Änderungsantrag zu K01	76
K02	Politische Partizipation der Jugend ermöglichen	77
K03	Nichts ist umsonst - nicht einmal der Tod!	78
K04	Offensive beim sozialen Wohnungsbau in Hessen	80
K04-Ä01	Änderungsantrag zu K04	85
K04-Ä02	Änderungsantrag zu K04	86
K04-Ä03	Änderungsantrag zu K04	87
K04-Ä04	Änderungsantrag zu K04	88
K05	Mehr Demokratie für Jugendliche wagen	89
K06	Mehr Demokratie für Jugendliche wagen	91

N - Innenpolitik und Sport

N01	Es reicht! zur Situation der hessischen Sicherheitsbehörden	97
N01-Ä02	Änderungsantrag zu N01	102
N01-Ä03	Änderungsantrag zu N01	103
N01-Ä04	Änderungsantrag zu N01	104
N02	Einrichtung einer externen Beschwerde- und Kontrollstelle zur Kontrolle der Polizei	106
N03	Auflösung des hessischen Verfassungsschutzes	108
N04	Integration leben! Ausländer*innenwahlrechte für Hessen	109
N04-Ä01	Änderungsantrag zu N04	110
N05	Strengere Regeln gegen Lobbyismus	111
N06	Bürgerbegehren reformieren	114
N07	Her mit dem ganzen Leben - den 8. März zum gesetzlichen Feiertag in Hessen machen	115
N08	My body, my choice - Frauen informieren, §219 a StGb abschaffen	116
N09	Veröffentlichungen von Wahlprognosen vor Wahlen	117
N10	Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren - Rundfunkbeiträge senken	120
N11	Trekkingplätze - Erleben und Bilden in der Natur	122
N12	Verbot von Bild- und Videoaufnahmen unter Röcken und Kleidern	124
N12-Ä01	Änderungsantrag zu N12	125

M - Mobilitäts- und Verkehrspolitik

M01	Kostenloses Schülerticket Hessen für alle Schülerinnen und Auszubildende	93
M01-Ä01	Änderungsantrag zu M01	94
M01-Ä02	Änderungsantrag zu M01	95
M02	Notsignalschalter an Bahnhöfen	96

S - Arbeit und Soziales

S01	Mehr Bildungsurlaub für Beschäftigte!	126
S02	Hilfe für helfende Kinder - Support Young Carers	127
S03	Kampf gegen berufsbedingten Hautkrebs von Beschäftigten in der Bauwirtschaft	131

U - Umwelt- und Klimaschutz

U01	Vom Strich zum Kreis - Plastik als Wertstoff	132
U02	Wir fahrn fahrn fahrn auf der Autobahn	135
U03	Biologisch abbaubare Kunststoffe zum Schutz unserer Umwelt	136
U03-Ä01	Änderungsantrag zu U03	137
U03-Ä02	Änderungsantrag zu U03	138

V - Verband und Organisation

V01	Soziale und gerechte Ernährung bei Parteiveranstaltungen	139
V02	Rotationsprinzip bei Delegierten aufstellungen	141
V03	Keine einseitige Werbung bei Mitgliederentscheidungen	142
V04	Leichter Juso werden - Juso Mitgliedschaft über das Mobiltelefon	143
V06	Resolution: Mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in Gremien der Jusos und SPD	144

X - Während der Konferenz nötige Abstimmungen

X01	Abstimmung über GO	145
X02	Abstimmung über TO	147
X03	Abstimmung über Anträge ohne Hessenbezug	148
X04	Antrag zur Probeabstimmung	149
X05	Nominierung Spitzenkandidatur Natalie Pawlik	150
X06	Ini Charakter Ja/Nein	151
X07	Verweisung des I1 an den Landesvorstand	152
X08	Vertagung der restlichen Anträge auf einen LA	153

Antrag A01: Arbeitsprogramm Jusos Hessen 2020/2021

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitsprogramm
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020
Abstimmungsergebnis:	Ja: (96.721 %) 59 Nein: (1.639 %) 1 Enthaltung: (1.639 %) 1 Gültige Stimmen: 61

1 Im letzten Jahr haben wir als HessenJusos gezeigt, was in unserem Verband steckt. Wir
2 waren präsent: auf der Straße und in den sozialen Netzwerken, in Wiesbaden und in
3 ganz Hessen, in der SPD und in verschiedenen progressiven Bündnissen. Wir haben
4 selbst Themen gesetzt und auf aktuelle Entwicklungen in der Landespolitik schnell und
5 aktiv reagiert. Auch im nächsten Jahr wollen wir dafür kämpfen, dass sich die
6 Stimmung in Hessen dreht. Gegen die Stillstandspolitik von Schwarz-Grün setzen wir
7 unseren Entwurf eines sozialen und gerechten Hessens, das alle seine Bewohner*innen
8 im Blick hat.

9 Das vorliegende Arbeitsprogramm ist der Auftakt für ein spannendes und intensives
10 Jahr, das der Juso-Landesvorstand gemeinsam mit allen hessischen Jusos gestalten
11 wird.

12

13 **Wer wir sind:**

14

15 **I - Selbstverständnis als Landesverband, Zusammenarbeit mit den Bezirken**

16 Als Jusos Hessen sind wir ein Zusammenschluss junger Menschen, die aus den
17 unterschiedlichsten Gegenden Hessens zusammenkommen. Unsere Vielfalt in der Fläche
18 ist eine unserer zentralen Stärken. Sie zu erhalten und auszubauen ist zentrale
19 Aufgabe unserer täglichen Arbeit.

20 Als Jungsozialist*innen organisieren wir uns im Landesverband auf der Basis der
21 beiden Bezirke Hessen-Süd und Hessen-Nord. Starke Bezirke machen uns als
22 Landesverband stark. Den Austausch und die enge Kooperation, die wir in der
23 Vergangenheit z.B. durch gemeinsame Themenwochen hatten, wollen wir in gemeinsamen
24 Projekten wie dem RotTon-Podcast fortsetzen. Ebenso arbeiten wir mit den Juso-
25 Hochschulgruppen und den Juso Schüler*innen und Auszubildenden eng zusammen.

26

27 **II - Unsere Rolle in der SPD und in gesellschaftlichen Bündnissen**

28 Unser Selbstverständnis als sozialistischer Jugendverband ist durch unsere
29 Doppelstrategie geprägt.

30 Wir verstehen uns nicht als Parteijugend, sondern als eigenständiger Verband. Als

31 linker Motor wirken wir in die SPD hinein. Deshalb ist es unser erklärtes Ziel, dass
32 Jungsozialist*innen aus unserer Mitte auch in der SPD Verantwortung übernehmen
33 können. Wir wollen im nächsten Jahr die SPD jünger, weiblicher und bunter machen!
34 Gleichzeitig sind wir Teil gesellschaftlicher Bewegungen. Wir engagieren uns in
35 vielfältigen Bündnissen und bauen Brücken zu zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.
36 Unsere Arbeit ist davon geprägt, dass wir kurz- und mittelfristig Verbesserungen im
37 Leben der Menschen in unserer Gesellschaft erkämpfen. Dabei verlieren wir nicht aus
38 den Augen, dass es langfristig aus unserer Sicht mehr braucht: einen sozialistischen
39 Gesellschaftsentwurf, der die Gesellschaft der Freien und Gleichen zum Ziel hat.

40

41 **Unsere inhaltlichen Schwerpunkte für das Arbeitsjahr 2020/21**

42 Wir sind inhaltlich breit aufgestellt, arbeiten an vielen Projekten mit und nehmen
43 Stellung zu Tagespolitik. Auch im nächsten Jahr wollen wir uns einigen Themen
44 schwerpunktmäßig widmen und uns programmatisch breiter aufstellen.

45 **I. Raus aus der Defensive: Linke Sicherheitspolitik und Bürger*innenrechte**

46 Die Ermordung von Dr. Walter Lübcke, der Anschlag von Hanau und die Bedrohungen von
47 Seda Basay-Yildiz und Janine Wissler durch den sogenannten „NSU 2.0“ sind nur die
48 Gipfel einer Entwicklung, die in den letzten Jahren immer stärker wurde. Als
49 antifaschistischer Verband beobachten wir den kontinuierlichen Anstieg rechtsextremer
50 Gewalt in Hessen mit großer Sorge.

51 Die Debatten um rassistische Polizeigewalt, Verfehlungen des hessischen
52 Verfassungsschutzes und die Zukunft unserer Justiz bleiben aktuell. Für uns stellt
53 sich die Frage, wie das Land Hessen in Zukunft die Sicherheit all seiner Bürger*innen
54 unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, Sexualität und Religion gewährleistet.

55 In Hessen waren die letzten Jahrzehnte unter CDU-geführten Landesregierungen durch
56 Einsparungen im öffentlichen Sektor geprägt. Im Landtagswahlkampf 2018 war deshalb
57 die Einrichtung neuer Polizeidienststellen und die bessere Personalausstattung von
58 Polizei und Justiz ein zentrales Wahlkampfthema.

59 In unserem Verbandsprojekt wollen wir diese Frage mit Expert*innen aus Hessen und
60 darüber hinaus diskutieren. Ziel ist es im nächsten Jahr ein Konzept linker
61 Sicherheitspolitik vorzulegen, mit dem wir auch in die SPD hinein eine selbstbewusste
62 Debatte über sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik anstoßen können. Wir
63 wollen nicht auf konservative Repressionsversuche antworten, sondern werden unsere
64 eigene Vision von Sicherheitspolitik und Bürger*innenrechten in einem offenen und
65 gerechten Hessen formulieren.

66

67 **II. Rein in die Betriebe: die Ausbildung der Zukunft**

68 Nicht erst seit der Coronakrise wissen wir um die häufig prekären Situationen von
69 Auszubildenden in Hessen. Die Pandemie sorgt u.a. dafür, dass im nächsten Jahr wohl
70 weniger ausgebildet wird. Wer trotzdem einen Ausbildungsplatz findet, ist damit aber
71 nicht automatisch aus dem Größten raus: eine unzureichende

72 Mindestausbildungsvergütung, die Sorge um Übernahme und die mangelnde Sicherstellung
73 guter Ausbildungsbedingungen gerade in Zeiten von Covid-19 zeigen uns, wie viel bei
74 der dualen Ausbildung noch zu tun ist. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für
75 Ausbildung werden häufig im Bund gelegt. Doch auch auf hessischer Ebene wäre vieles
76 möglich, gerade was Ausbildung im öffentlichen Dienst angeht. Die lange geforderte
77 Einrichtung von Azubi-Wohnheimen sowie eine hessische Ausbildungsplatzgarantie sind
78 dabei für uns ganz oben auf der Prioritätenliste. Mit diesen Ideen, aber vor allem
79 mit dem Wunsch nach Austausch wollen wir im nächsten Jahr das Thema Ausbildung Hessen
80 angehen. Dazu gehört zentral der Austausch mit Jugend- und Ausbildungsvertretungen
81 (JAVen) sowie den Gewerkschaften - nur gemeinsam machen wir die Ausbildung stärker!

82

83 **III. Die Antwort auf die Krise wird feministisch sein, oder sie wird nicht sein!**

84 An vielen Stellen hat sich gezeigt, was unsere feministische Analyse schon lange
85 prägt: patriarchale Verhältnisse haben in der Krise insbesondere Frauen* negativ
86 betroffen. Sie leisten den Mammutanteil der Sorgearbeit, verdienen im Durchschnitt
87 noch immer deutlich weniger Geld und halten dabei diese Gesellschaft am Laufen. Denn:
88 Frauen* sind systemrelevant! Doch gerade dieser Begriff offenbart die Absurdität der
89 häufigen Situation von Frauen* im Berufsleben: in Pflege- und Erziehungsberufen und
90 in der Lebensmittelversorgung bilden sie eine Mehrheit und sind besonders häufig von
91 prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Der notwendige Rückzug ins Private durch die
92 Einschränkungen zu Beginn der Pandemie hat auch gezeigt, dass Frauen* gerade in ihrem
93 Zuhause nicht automatisch sicher sind. Gewalt gegen Frauen* zu verhindern ist ein
94 gesellschaftliche Aufgabe mit vielen Facetten. Neben der Erhöhung von Kapazitäten in
95 hessischen Frauen*häusern braucht es Prävention, Aufklärung sowie die Schaffung eines
96 Bewusstseins für das, was noch immer in unserer Mitte passiert.

97 Auch in unseren feministischen Positionierungen sind wir nicht am Ende angekommen.
98 Wir wollen im nächsten Jahr an ihnen weiterarbeiten und dabei die Breite
99 feministischer Debatten abbilden. Grundlage dafür ist unsere sozialistische
100 Gesellschaftsanalyse und die Vision einer Welt, in der Menschen ohne Angst
101 verschieden sein können. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als die Überwindung
102 des Patriarchats!

103 Doch während Feminist*innen gerade in den letzten Monaten laut und sichtbar für ihre
104 Anliegen streiten, lässt der konservative Backlash nicht auf sich warten. Und wir
105 wissen: feministische Erfolge gab es nie geschenkt! Deswegen wollen wir auch im
106 nächsten Jahr laut und hörbar unsere feministischen Überzeugungen nach draußen
107 tragen. Wir schmieden Bündnisse mit Feminist*innen in Hessen, Deutschland und der
108 Welt und bauen so Schritt für Schritt an der Gleichberechtigung mit.

109

110 **IV. Hessen vorn: Wohnen, Mobilität und Klimaschutz zusammen denken!**

111 Die Vorbereitungen für die Kommunalwahl, aber auch die Analyse der bisherigen
112 schwarzgrünen Regierungspolitik haben es gezeigt: bisher bleibt Hessen bei vielen
113 Themen weit hinter den eigenen Möglichkeiten zurück. Wir wollen ein Hessen, in dem

114 die zentralen Zukunftsthemen nicht losgelöst voneinander, sondern zusammen gedacht
115 werden. Wir wollen Hessen zusammenbringen: Alt und Jung, Stadt und Land, Menschen mit
116 unterschiedlichen Hintergründen, unterschiedlichen Geschlechts und mit
117 unterschiedlichen Zielen. Damit dabei alle teilhaben können, müssen wir gute
118 Ausgangspositionen schaffen. Wir wollen bezahlbares Wohnen und eine flächendeckende,
119 günstige und klimaneutrale Mobilität überall in Hessen. Hessen soll klimaneutral
120 werden und gleichzeitig als Industriestandort stark bleiben. Für uns sind das keine
121 Gegensätze, sondern zwei Pfeiler für die Zukunft. Im nächsten Jahr wollen wir unsere
122 Konzepte dazu weiterentwickeln. Eine hessischer Mietendeckel, kostenloser ÖPNV und
123 klimaneutrale Kommunen sind keine Träumereien, sondern Aufgaben, die es zu gestalten
124 gilt. Wir sind dazu bereit: gemeinsam mit Expert*innen aus und außerhalb unseres
125 Verbandes in der Diskussion, im Kommunalwahlkampf und in der hessischen SPD wollen
126 wir dafür sorgen, dass Hessen wieder nach vorne kommt.

127

128 **Jusos in die Parlamente - wir rocken die Kommunalwahl 2021!**

129 Die Kommunalwahl wird ein großer Meilenstein im nächsten Jahr. Sie legt den
130 Grundstein für erfolgreiche Arbeit in Kommunen überall in Hessen. Unser Ziel ist
131 klar: möglichst viele Jusos im nächsten Jahr in Verantwortung bringen. Als gute
132 Grundlage dafür haben wir folgendes geplant:

- 133 1. Als hessische Jusos werden wir wieder eine gemeinsame Jugendkampagne
134 durchführen. Sie greift den kommunalen Strukturen organisatorisch unter die Arme
135 und soll gezielt junge Menschen vor Ort ansprechen. Unsere Kampagne ist analog
136 wie digital - wir wollen junge Menschen überall dort erreichen, wo sie unterwegs
137 sind.
- 138 2. Qualifizierung: 2019 und 2020 haben wir erfolgreiche Kommunalkonferenzen mit
139 vielen motivierten Teilnehmer*innen durchgeführt. Bis zur Kommunalwahl werden
140 wir weitere Angebote schaffen, um Kandidierende und motivierte Wahlkämpfer*innen
141 für unsere Jugendkampagne und den Wahlkampf fit zu machen.
- 142 3. Wahlkampf: Noch wissen wir nicht, unter welchen Bedingungen der Wahlkampf
143 stattfinden wird. Klar ist jedoch: wir Jusos werden überall präsent sein. Ziel
144 des Landesverband ist dabei auch die gezielte Unterstützung der Unterstützung im
145 Wahlkampf, online wie offline. Mit unserem Campaigner*innenteam, den Mitgliedern
146 des Landesvorstands und vielen motivierten Jusos schaffen wir eine starke
147 Struktur für eine erfolgreiche Kampa.

148

149 **Let's get this party started! - Unsere Veranstaltungen im nächsten Jahr**

150 Wir wissen nicht, wie das nächste Amtsjahr aussehen wird. Doch unabhängig davon, ob
151 und wie analoge Veranstaltungen in den nächsten Monaten möglich sein werden: wir
152 haben viel vor. Neben Veranstaltungen wie unserer Landeskonferenz und den
153 Landesausschüssen, die regelmäßig stattfinden, wollen wir auch im nächsten Jahr ein
154 buntes und vielfältiges Veranstaltungsprogramm auflegen. Aus den Erfahrungen der
155 letzten Monate mit digitalen Formaten und im Rahmen des analog Möglichen werden wir

- 156 wir die Monate bis zur nächsten Landeskonferenz vielfältig füllen. Ziel ist dabei
157 immer die inhaltliche Weiterbildung, kompetenzorientierte Förderung sowie Vernetzung
158 unserer Mitglieder in der Breite. Dazu werden wir u.a. wieder
- 159 • die Frauen*vernetzung, die Empowerment praktisch werden lässt,
 - 160 • Veranstaltungen zur Vorbereitung der Kommunalwahl,
 - 161 • digitale/analoge Bildungsveranstaltungen zu aktuellen Themen genauso wie
162 klassischen Juso-Dauerbrennern, und
 - 163 • einen gemeinsamen Jahresabschluss
164 veranstalten.
- 165 Im September nächsten Jahres wird auch die nächste Bundestagswahl stattfinden. Als
166 Landesverband unterstützen wir die beiden Juso-Bezirke im Bundestagswahlkampf - für
167 eine starke SPD in Kommunen, Land und Bund!

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

keine Weiterleitung, da Arbeitsprogramm

Antrag B01: Lehrer*innenbildung für eine inklusive Schule? JA, aber bitte auch inklusives Studium

Antragsteller/in:	UB Lahn-Dill-Kreis
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Die Lehramtsstudiengänge der Regelschulen bieten Studierenden zu wenige Inhalte zur
- 2 Inklusion. Inhalte zu Themen, wie etwa dem Umgang mit psychischen Einschränkungen
- 3 sowie körperlichen und geistigen Behinderungen fehlen völlig und sind lediglich den
- 4 Studierenden des Förderschulamtes vorbehalten, daher sollen:
 - 5 1. die Bildungsstandards für die Lehrer*innenbildung überarbeitet werden und das
 - 6 Papier zur „Lehrer*innenbildung für eine Schule der Vielfalt“ von 2015 ergänzt
 - 7 und überarbeitet werden und diesmal auch einen tatsächlichen Einzug in die Lehre
 - 8 finden und das nicht erst im Referendariat.
 - 9 2. alle Lehramtsstudent*innen innerhalb der Grundwissenschaften als auch der
 - 10 Fachdidaktik an Seminaren teilnehmen dürfen, die sich mit der Inklusion von
 - 11 erkrankten Schüler*innen wissenschaftlich sowie handlungsorientiert
 - 12 auseinandersetzen. Hierfür muss ein entsprechendes Angebot geschaffen werden.
 - 13 3. Student*innen neben grundlegenden Unterricht betreffenden
 - 14 Handlungsmöglichkeiten auch über die Einbindungspflichten und Optionen von
 - 15 Psycholog*innen, Therapeut*innen und Sozialarbeiter*innen sowie
 - 16 Inklusionshelfer*innen informiert werden.
 - 17 4. Student*innen die Möglichkeit bekommen ihre Rechte und Pflichten kennenzulernen
 - 18 und Einbindungsoptionen von anderen in der Schule wichtigen Berufsgruppen zu
 - 19 vertiefen.

Begründung

In den Bildungs -oder Grundwissenschaften werden Themen aus den Bereichen der Erziehungswissenschaft, Psychologie, Soziologie und Politik angeboten. Diese sind für alle Lehramtsstudierenden verpflichtend. Tatsache ist aber, dass in keinem dieser Grundlagenfächer auf Erkrankungen und Behinderungen aufmerksam gemacht wird. Trotzdem treten diese in der Schule auf. Schüler*innen mit psychischen Erkrankungen sowie Behinderungen jeglicher Art auszuklammern und die angehenden Lehrer*innen nicht auf den Umgang und die Förderung dieser vorzubereiten ist gefährlich und unserer Ansicht nach ignorant. Zusätzlich sollte den (angehenden) Lehrer*innen als evtl. erste Ansprechpartner*innen ein gewisses Grund-Verständnis von der Arbeit von Psycholog*innen, Therapeut*innen ,Inklusionshelfer*innen und

Sozialarbeiter*innen vermittelt werden. Diese fachlich anders und spezialisierter ausgebildeten Berufsgruppen sollten den Studierenden geläufig sein, auch um Fehl- und Überschätzungen ihrer eigenen Fähigkeiten zu verhindern und die Schüler*innen bestmöglich zu unterstützen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B01-Ä01: Änderungsantrag zu B01

Änderungsantrag zu B01

Antragsteller/in:	Sarah Tabea Weber (Unterbezirk Gießen · Nr. 962868)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 11

- 9 2. alle Lehramtsstudent*innen innerhalb der Grundwissenschaften als auch der
10 Fachdidaktik an Seminaren teilnehmen dürfen, die sich mit der Inklusion von
11 ~~erkrankten~~-Schüler*innen mit Förderbedarf wissenschaftlich sowie handlungsorientiert
12 auseinandersetzen. Hierfür muss ein entsprechendes Angebot geschaffen werden.

Antrag B01-Ä02: Änderungsantrag zu B01

Änderungsantrag zu B01

Antragsteller/in:	Jakob Hamalega (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 73556)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 9 - 11

- 9 2. alle Lehramtsstudent*innen müssen innerhalb der Grundwissenschaften als auch der
10 Fachdidaktik an Seminaren teilnehmen ~~dürfen~~, die sich mit der Inklusion von ~~erkrankten-~~
11 Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf wissenschaftlich sowie handlungsorientiert
12 auseinandersetzen. Hierfür muss ein entsprechendes Angebot geschaffen werden.

Antrag B02: Digitalkompetenz von Lehrkräften sichern

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

- 1 Die Nutzung eines pädagogischen Tages für hessische Lehrkräfte wird unabhängig der
- 2 Schulform zur Weiterbildung hinsichtlich digitaler Kompetenzen in Anlehnung an die
- 3 Digitalstrategie 2017 der Kultusministerkonferenz^[1] vorgeschrieben.
- 4 Das Ziel muss sein, dass Lehrkräfte souverän mit aktuellen digitalen Technologien und
- 5 Medien umzugehen wissen.

6

- 7 ^[1] Vgl. KMK: Bildung in der digitalen Welt Strategie der Kultusministerkonferenz
- 8 [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/Strategie_](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/Strategie_Bildung_in_der_digitalen_Welt_idF._vom_07.12.2017.pdf)
- 9 [Bildung_in_der_digitalen_Welt_idF._vom_07.12.2017.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/Strategie_Bildung_in_der_digitalen_Welt_idF._vom_07.12.2017.pdf)

Begründung

Lehrer*Innen und Schüler*Innen werden im gelebten Alltag auf unterschiedlichsten Ebenen sowohl mit neuen Kommunikationsmitteln, als auch mit technologischen Neuheiten konfrontiert. Um dem gerecht zu werden, sollten sich Bildungskompetenzen an den Lebensrealitäten der Kinder orientieren. In Anlehnung des Monitors „Digitale Bildung“ der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2017 sei darauf hingewiesen, dass nur 15% der Lehrer*Innen digitale Lernformen vielseitig im Unterricht nutzen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B03: Eine-Welt-Laden

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

- 1 Es soll durch ein hessisches Förderprogramm ein Modellprojekt für mehr Fair-Trade-
- 2 Produkte an hessischen Schulen geben. Das Modell, soll Schüler*innen ermöglichen die
- 3 Organisation von einem Eine-Welt-Laden an ihrer Schule zu übernehmen und die
- 4 Einnahmen an eine gemeinnützige Organisation oder Partnerschule zu spenden. Das
- 5 Modellprojekt soll, vor allem Kontakt zwischen hessischen Schulen und Schulen in
- 6 wirtschaftlich peripheren Staaten ausbauen, indem offizielle Partnerschaften zwischen
- 7 den Schulen geschaffen werden.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B04: Chancengleichheit stärken

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 1. Erhöhung des Schüler-Bafögs für benachteiligte Schüler*innen und stärkere
- 2 Anwerbung an Schulen. Zudem eine stärkere Werbung für Schüler*innenstipendien
- 3 2. Garantie für Lehrmittelfreiheit. Bücher und andere schulischen Anschaffungen
- 4 sollen von der Steuer absetzbar sein.
- 5 3. Kindergeld in der Hand der Kinder. Es sollte ab dem 16 Lebensjahr möglich sein
- 6 für Kinder einen rechtlichen Anspruch auf Selbstbehalt des Kindergeldes zu
- 7 haben.
- 8 4. Sozialarbeiter*innenstellen an Schulen ausweiten. Es braucht ein spezielles
- 9 Finanzprogramm für eine Ausweitung um 1,5 Stellen mehr pro Schule in Hessen.
- 10 5. Jugendzentren ausweiten in Stadtteilen. Es braucht mehr finanzielle Mittel und
- 11 Räume für Jugendliche in Hessen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B04-Ä01: Änderungsantrag zu B04

Änderungsantrag zu B04

Antragsteller/in:	UB Darmstadt-Dieburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 8 - 9

- 8 4. ~~Sozialarbeiter*innenstellen an Schulen ausweiten.~~ Es ~~braucht ein spezielles~~
9 ~~Finanzprogramm für~~muss eine ~~Ausweitung um~~bedarfsorientierte Erhöhung der
Sozialarbeitsstellen an hessischen Schulen mit einer durchschnittlichen Erhöhung von 1,5
~~Stellen mehr~~ pro Schule in Hessengeben.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B04-Ä02: Änderungsantrag zu B04

Änderungsantrag zu B04

Antragsteller/in:	Jakob Hamalega (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 73556)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 4

- 3 2. Garantie für Lehrmittelfreiheit. Bücher und andere schulischen Anschaffungen
- 4 sollen ~~von der Steuer absetzbar sein.~~ nicht aus eigener Tasche bezahlt werden müssen

Antrag B05: Inklusive Schulklassen an Regelschulen - Nur in Doppelbesetzung

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

1 Pro Klasse mit mindestens einer Schüler*in , die den Status der inklusiven Beschulung
2 (iB) an einer allgemeinbildenden Schule haben, muss zusätzlich zu den
3 Fachlehrer*innen der Klasse mindestens eine Förderlehrer*in dieser Klasse zugeordnet
4 werden und in jeder Unterrichtsstunde der Klasse anwesend sein. Demnach fordern wir
5 folgende Zuordnung: Eine Klasse (mind. 1x Status iB) = 2 Lehrkräfte (Doppelbesetzung
6 in jeder Unterrichtsstunde) in allen Schulformen.

7

8 Außerdem müssen diesen Schulklassen Klassenräume zugeordnet werden, die für Menschen
9 mit einer körperlichen Behinderung gut erreichbar sind und einen angeschlossenen
10 Rückzugsraum bieten, der zur gezielten und individuellen Förderung genutzt werden
11 kann, ohne die Aufsichtspflicht zu verletzen. Dementsprechend müssen Beratungs- und
12 Förderzentren (BFZ) aufgelöst und die Förderlehrer*innen der jeweiligen Schule fest
13 zugeordnet werden, um zum festen Bestandteil des Kollegiums zu gehören.

14

15 Im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention soll die Lehramtsausbildung bundesweit
16 angepasst werden. Die deutschen Universitäten verpflichten sich dazu, Inklusion als
17 verpflichtenden Studieninhalt für alle Lehramtsstudiengänge ausnahmslos anzubieten.
18 Dazu sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

19 1. Der Bund stellt dafür die benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung. Dazu
20 soll im
21 Bundeshaushalt der Topf für Bildungsausgaben dementsprechend angepasst werden.
22 Darunter ist zu verstehen, dass andere Bildungs- und Sozialausgaben nicht
23 gekürzt

24 2. Strukturelle Änderungen der Universitäten umfassen neue Professuren, die sich
25 auf
26 Inklusionsinhalte spezialisieren, und diese Inhalte in Modulen und
27 entsprechenden
28 Veranstaltungen einbringen.

29 3. Die universitäre Einbindung von Inklusion soll unter anderem folgende Inhalte
30 umfassen:

31 1. Die Studierenden sollen auf aktuelle gesamtgesellschaftliche

- 32 Herausforderung,
33 die mit dem Inklusionsgedanken verbunden sind, vorbereitet werden.
- 34 2. Eine heterogene Zusammensetzung soll als grundlegende Voraussetzung für
35 neue
36 Herausforderungen im Unterricht gesehen werden. Schülerinnen und Schüler
37 müssen
38 individuell gesehen und dementsprechend unterrichtet werden.
- 39 3. Lehrkräfte müssen über den gemeinschaftlichen, aber doch individuellen
40 Aspekt
41 der Inklusion Bescheid wissen, um Inklusion zu verwirklichen.
- 42 4. Es soll praktische Phasen in außerschulischen Bildungs- & Arbeitsstätten
43 geben
44 (z.B. Werkstätte für Menschen mit Behinderung; Vorpraktische Erfahrungen
45 wie,
46 dass Freiwillige Soziale Jahr kann man sich anrechnen lassen.)
- 47 5. Lehrkräfte sollen vielseitige Möglichkeiten haben, im Unterricht zu
48 differenzieren, um den Unterricht so individuell wie möglich zu gestalten.
- 49 6. Lehrkräfte müssen wissen, wie sie ihre Klassen mit zusätzlicher
50 Unterstützung –
51 wie z.B. Teilhabeassistent*innen oder Erzieher*innen – organisieren
52 können.
- 53 So werden die Lehrkräfte für das Thema Inklusion sensibilisiert, sie erlernen neue
54 Unterrichtsmethoden und wissen mit inklusiven Klassen und Menschen mit Behinderung
55 umzugehen.

Begründung

Die UN-Behindertenrechtskonvention gewährleistet das Recht behinderter Menschen auf Bildung. Entsprechend soll dies ein einbeziehendes (inklusives) Bildungssystem auf allen Ebenen ermöglichen. Demnach dürfen Kinder nicht aufgrund ihrer Behinderung vom Besuch einer Regelschule ausgeschlossen werden. Fast schlimmer ist es jedoch den Kindern und ihren Eltern vorzugaukeln, dass dieses System rein aufgrund der rechtlichen Vorgabe funktioniert. Realität ist, dass die Kinder ohne zusätzliche dauerhaft anwesende Förderlehrer*innen in den Klassen nicht auf gerechte Art und Weise gefördert werden können. Ein konkretes Beispiel einer hessischen Schule aus dem Lahn-Dill-Kreis:

In einer Klasse mit 24 Schüler*innen befinden sich zwei Schüler*innen mit dem Förderschwerpunkt Hören und zwei Schüler*innen mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung. In diesem konkreten Fall ist in jeglichen Fächern nur eine Fachlehrkraft für den Unterricht zuständig und müsste ebenfalls, den Unterricht für diese 4 Schüler*innen so differenziert aufbauen, dass jede*r gleichberechtigt lernen kann.

Zu 1): Eine Ausweitung der Lehramtsausbildung erfordert eine bessere finanzielle Ausstattung. Damit dies gewährleistet werden kann, bedarf es einer Erhöhung der zuständigen Töpfe. Inklusion darf in Deutschland nicht so verstanden werden, dass dafür in anderen Töpfen Einsparungen vorgenommen werden und es nur zu Lasten anderer Ressorts umgesetzt werden kann.

Zu 2): Das Lehrpersonal an den Universitäten soll bei der Thematik Inklusion eine breitere Unterstützung erfahren. Dazu gehört, dass gerade für diesen Bereich mehr Personal eingestellt wird. Inklusion kann nur funktionieren, wenn ressortübergreifend zusammengearbeitet wird. Die aktuellen Zustände sind nicht weiter tragbar.

Zu 3): Inklusion endet nicht nach der Schullaufbahn. Gerade dann ist es wichtig, dass Kinder oder Jugendliche mit Behinderung einen guten Start ins Berufsleben hinbekommen. Lehrkräfte müssen bei der Unterrichtung von Kindern mit Behinderung mit dem richtigen Wissen, Methoden und Fertigkeiten ausgestattet werden. Dafür ist es ebenfalls von Nöten, dass Lehrkräfte die theoretischen und praktischen Grundlagen der Inklusion verinnerlicht haben. Durch den Ausbau von Inklusionsschulen werden die Klassenteams größer. Lehrkräfte sollen in ihrem Studiengang damit vertraut werden, wie man mit multiprofessionellen Teams zusammenarbeitet und diese anleitet.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B05-Ä01: Änderungsantrag zu B05

Änderungsantrag zu B05

Antragsteller/in:	Jakob Hamalega (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 73556)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 7

- 7 Weiterhin muss geprüft werden, ab wie vielen Schüler*innen mit Förderbedarf, einer weiteren Förderkraft benötigt wird.

Antrag B06: Psychologie in allgemeinbildenden Schulen

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

1 In Hessen soll sich in weiterführenden Schulen (ab dem 5. Schuljahr) mit
2 psychologischen Erkenntnissen beschäftigt werden. Dadurch sollen die Schüler*innen in
3 der Lage sein bspw. verschiedene Aspekte von Marketingstrategien und von Dynamiken in
4 Gruppen zu reflektieren. Darüber hinaus soll das Thema der psychischen Erkrankungen
5 in der Wahrnehmung gestärkt werden. Bei der Vermittlung der psychologischen
6 Erkenntnisse sollen außerdem Erkenntnisse aus dem Bereich der
7 Erziehungswissenschaften sowie der sozialen Arbeit mit einbezogen werden, um das
8 gesamte soziale Verhalten der Schüler*innen zu stärken.

9

10 Es wird ausdrücklich davon abgesehen ein zusätzliches Unterrichtsfach für diese
11 Thematik zu schaffen. Vielmehr soll die Vermittlung dieses Wissens in Formaten von
12 bspw. Projektwochen stattfinden und in bestehende Unterrichtsfächer (z.B. Sport,
13 Musik, Kochen, Biologie, Klassenlehrer*innenstunden) integriert werden. Neben den
14 Lehrer*innen sollen auch Expert*innen aus den oben genannten Gebieten eingebunden
15 werden.

16

17 Für die Ausarbeitung eines inhaltlichen und strukturgebenden Leitfadens kann sich an
18 den Lehrplänen anderer Bundesländer orientiert werden (bspw. Nordrhein-Westfalen).
19 Zudem soll in den Studienaufbau von Lehrer*innen im erziehungswissenschaftlichen Teil
20 ein Schwerpunkt auf psychologische Themen und Kompetenzen gelegt werden, damit für
21 diese von Anfang an ein Zugang sowie ein Grundwissen besteht.

Begründung

Schule hat vor allem das Ziel Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten ein mündiges Mitglied der Gesellschaft sein zu dürfen und auf berufliche Werdegänge vorzubereiten. Ganz gleich welchen Weg eine Person einnimmt führt kein Weg daran vorbei mit Eigenarten des menschlichen Erlebens und Verhaltens konfrontiert zu werden und sich damit auseinander zu setzen. Sei es mit der Dynamik von Gruppen, wie z.B. Prozesse der Abgrenzung und Konformität mit sozialen Normen, oder mit den psychologischen Strategien, die genutzt werden, um Produkte oder Projekte besser im Markt zu positionieren (z.B. Marketing, Nudging, Defaultstrategien). Damit junge Menschen ihr Verhalten selbst bestimmen können, sollten sie im schulischen Kontext die Gelegenheit bekommen sich mit den unbewussten Prozessen auseinanderzusetzen, um sich ihnen bewusst entgegenstellen zu können.

Darüber hinaus sieht sich Schule in vieler Hinsicht mit psychosozialen Schwierigkeiten, wie Leistungsängste, Gewalt, Diskriminierung, Mobbing u.ä. konfrontiert. Zudem sind Defizite im Gesundheitsverhalten wahrzunehmen, beispielsweise der adäquate Umgang mit Stressereignissen und der Umgang mit Suchtverhalten. Bei 12-18 Jährigen liegt z.B. eine Einjahresprävalenz von 3,1 % allein für Depression vor. Diese Argumente verdeutlichen die Relevanz von Psychologie in der Schule und so sprechen sich auch seit langem die bundesweiten Verbände von Psycholog*innen wie der Executive Council der European Federation of Psychologists' Associations (EFPA), der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP), die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und die Kommission Psychologie in den Lehramtsstudiengängen für eine qualifizierte psychologische Bildung in die Schulen in allen Bundesländern aus .

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B07: Schüleraustausch mit afrikanischen Staaten

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Es soll ein hessisches Förderprogramm der Landesregierung für
- 2 Schüleraustauschprogramme mit vermehrt afrikanischen Schulen eingeführt werden.
- 3 Hierfür soll es mehr Kooperationen zwischen hessischen Schulen und Schulen in Afrika
- 4 geben. Die Bewerbungen für Schülerinnen sollen wie gewohnt über das staatliche
- 5 Schulamt verlaufen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B08: Smash Antisemitism - Härtere Auseinandersetzung in Schulen jetzt!

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

- 1 Jüdische Geschichte, Religion und Kultur soll in allen Schulen besser in den Lehrplan
- 2 integriert und vermittelt werden. Durch mehr Wissen und interreligiöse Begegnung
- 3 sollen Vorurteile abgebaut werden und Kinder und Jugendliche idealerweise gar nicht
- 4 erst antisemitische Einstellungen entwickeln können.
- 5 Deswegen fordern wir für mittlere Jahrgangsstufen jeglicher Schulform mindestens eine
- 6 verpflichtende Exkursion in ein Konzentrationslager oder in eine Gedenkstätte aller
- 7 Schüler*innen mit ausführlicher Vor- und Nachbereitung.

Begründung

Kenntnis und Erkennen der Vielfalt und Komplexität des Judentums sind wichtige Schritte zu seinem Verständnis sowie zum Abbau von Vorurteilen, heißt es in einer Erklärung des Zentralrats der Juden. Darin fordern sie unter anderem, jüdisches Leben und interreligiöses Zusammenleben besser in den Schulalltag zu integrieren, um den immer gravierender werdenden Antisemitismus zu bekämpfen, der bereits auf dem Schulhof anfangen kann. Schüler*innen werden vermehrt vom Mitschüler*innen gemobbt, nachdem ihre jüdische Herkunft bekannt wird, und selbst jüdische Lehrkräfte können antisemitischen Angriffen nicht mehr entgehen. Antisemitismus wird ganz grundsätzlich in der Mitte der Gesellschaft wiedersalonfähig. Ein Antisemitismusbeauftragter, der seit kurzem von der hessischen Landesregierung beauftragt wurde, ist zwar ein begrüßenswerter erster Schritt, reicht hierfür allein jedoch nicht aus. Es wären vor allem unsere Schulen in der Verantwortung, als unsere wichtigste bildungsstiftende Institution, Antisemitismusverstärkt zum Thema zu machen und durch Bildungsmaßnahmen mehr Toleranz zu lehren. In Bayern ist so ein Ansatz bereits länger verfolgt worden: Dort wird seit 2004 bereits für die Jahrgangsstufe 9 am Gymnasium eine Exkursion zu einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus verpflichtend im Lehrplan vorgeschrieben. An den Realschulen ist ähnliches im neuen Lehrplan Plus geregelt. Zusätzlich dazu sollte auch bereits im Unterricht die wichtige Rolle der Jüd*innen und Jude*n in der deutschen und europäischen Geschichte, Kultur und Wissenschaft thematisiert werden. Eine solche Integration in den hessischen Lehrplänen und Schulprogrammen fehlt uns leider bis 2018, weshalb wir da starken Nachholbedarf fordern.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B08-Ä01: Änderungsantrag zu B08

Änderungsantrag zu B08

Antragsteller/in:	UB Offenbach-Kreis
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 7

- 5 Deswegen fordern wir für mittlere Jahrgangsstufen jeglicher Schulform mindestens eine
- 6 verpflichtende Exkursion in ein Konzentrationslager oder in eine Gedenkstätte aller
- 7 Schüler*innen mit ausführlicher und intensiver methodischer Vor- und Nachbereitung.

Antrag B09: Stärkung der demokratischen Bildung im Schulwesen

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass das hessische
- 2 Kultusministerium der Demokratiebildung und -förderung eine größere Bedeutung in den
- 3 Kerncurricula für hessische Schulen und in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften
- 4 einräumt. Neben den eigentlichen Lehrinhalten ist hierbei ebenfalls Wert auf gelebte
- 5 Demokratie im Schulalltag zu legen.

Begründung

Eine Studie des Berliner Instituts für Gesellschaftsforschung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hat Ende 2018 erstmals untersucht, wie es um die Demokratiebildung an deutschen Schulen steht. Seit längerem ist darüber hinaus klar, dass der fachbezogene Politikunterricht in Deutschland zu kurz kommt (vgl. Politische Bildung 2017/ Universität Bielefeld).

Die Studie des Berliner Instituts für Gesellschaftsforschung kommt zu dem Schluss, dass der Stellenwert der Demokratiebildung im Schulalltag bei nur knapp vier Prozent der bundesweit befragten Lehrkräfte „hoch“ sei. Für 95 Prozent dagegen sei die schulische Demokratiebildung nur von mittlerer Bedeutung. Bei Lehrkräften gesellschaftswissenschaftlicher Fächer sind Themen der Demokratiebildung nur bei 29,2 Prozent im Unterricht stark präsent. Des Weiteren gaben weniger als zehn Prozent der Lehrkräfte an, dass ihre Schüler*Innen in den letzten zwölf Monaten Erfahrungen mit Formaten der Demokratiebildung wie etwa Schüler*Innenparlamenten machen konnten.

Um diesen Tendenzen und dem Ergebnis, dass die Intensität schulischer Demokratiebildung bei Lehrkräften, die älter als 43 Jahre sind, höher ist als bei jüngeren Kolleg*Innen, entgegenzuwirken, muss der Demokratiebildung ein höherer Stellenwert in den Kerncurricula und der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften eingeräumt werden. [\[1\]](#)

[\[1\]](#) Statistiken entnommen der Studie „Demokratiebildung in Schulen“, Bertelsmann Stiftung 2018: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/november/thema-demokratie-kommt-in-schulen-zu-kurz/> [12.01.19]

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B10: Thema Nachhaltigkeit mehr in Bildung integrieren

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, das Thema Nachhaltigkeit in all seinen, insbesondere
- 2 sozialen, Facetten in hessische Bildungsangebote zu integrieren.
- 3 Vorzugsweise kann dies in Form einer Unterrichtseinheit oder weiteren Veranstaltungen
- 4 geschehen. Nachhaltigkeit kann dabei nicht an einem Tag oder in einer besonderen
- 5 Unterrichtseinheit abgehandelt werden, sondern muss bei allen Themen mitgedacht
- 6 werden.

Begründung

Das Thema Nachhaltigkeit ist für alle Bereiche der Gesellschaft, des Alltags unumgebar geworden. Angesichts immer stärker werdenden Veränderungen bis hin zu Bedrohungen, wie Klimawandel, Differenz zwischen Arm und Reich oder Diskriminierung von Minderheiten, ist es Aufgabe des Bildungssystems hier noch konzentrierter aufzuklären.

Kinder und Jugendliche sollten schon früh die Möglichkeit bekommen, Ideen dafür zu entwickeln, die diesen Kräften entgegen wirken, zumal sie gleichzeitig „die Zukunft sind“.

Ein wichtiger Schritt für eine allgemeine Maßnahme, an dem Thema Nachhaltigkeit zu arbeiten sind die 17 Nachhaltigkeitsziele (auch „SDGs“) der Agenda2030, welche im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen beschlossen wurden. Leider sind diese bis heute nur begrenzt größeren Teilen der Zivilgesellschaft vermittelt worden. Mit einer Integration in das Bildungssystem kann dazu ein großer Beitrag geleistet werden.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag B11: Antirassistische Inhalte verbindend in den Lehrplan aufnehmen

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Das Thema Rassismus wird in den derzeitigen Lehrplänen in Hessen in manchen Fächern
- 2 gerade mal als Unterthema aufgegriffen.[1] Nur in Englisch wird dem Thema die nötige
- 3 Wichtigkeit zugeschrieben. Gerade die Geschichte des Rassismus wird überhaupt nicht
- 4 behandelt und rein auf die Erwähnung des Antisemitismus in der NS-Zeit reduziert. [2]
- 5 Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:
- 6 1. Es soll ein fächerübergreifendes, verpflichtendes, zweiwöchiges Projekt
- 7 „Rassismus“ in die Lehrpläne aufgenommen werden. Dabei soll verstärkt mit Stiftungen
- 8 und Museumsausstellungen zusammengearbeitet werden, wie z.B. der Anne-Frank-Stiftung.
- 9 Das Thema soll folgende Fächer umfassen: PoWi/ Gesellschaftslehre, Geschichte,
- 10 Ethik/Religion, Deutsch, Englisch, Kunst und Musik. In den einzelnen Fächern sollen
- 11 folgende Aspekte behandelt werden: Rassismus heute in Gesellschaft, Politik,
- 12 Wirtschaft und der Schule, Geschichte des Rassismus in Europa und der Welt, Arten von
- 13 Rassismus wie z.B. Antisemitismus und seine Merkmale, rassistische Literatur,
- 14 antirassistische Literatur, antirassistische Kunst, antirassistische Musik und
- 15 Antirassismus in heutiger Pop- und Hiphopkultur. Jede Schule in Hessen soll die
- 16 entsprechenden Lehrmittel und die nötige Unterstützung für dieses Projekt bekommen.
- 17
- 18 2. Der Lehrplan in Geschichte soll außerdem um das verbindliche Thema
- 19 „Kolonialgeschichte“ erweitert werden. Das Thema soll die europäische
- 20 Kolonialisierung der Welt und die deutschen Kolonialverbrechen in Afrika, China und
- 21 auf einigen pazifischen Inseln thematisieren. Zudem sollen die Verwicklungen des
- 22 Frühkapitalismus und der Beginn der Industrialisierung in die Sklaverei und den
- 23 Kolonialismus verbindlich behandelt werden. Dabei soll auch der Aspekt aufgegriffen
- 24 werden, wie sich die europäischen Kolonien nach dem zweiten Weltkrieg als eigene
- 25 Staaten entwickelt haben – besonders durch die Globalisierung.

Begründung

Antirassismus ist einer der essentiellen Grundwerte der Jusos, der SPD und auch der hessischen Rechtsordnung und sollte in allen Bereichen des Staates verwirklicht werden. Gerade in der Schule sollten Schüler*innen schon zu Beginn ihrer Entwicklung eine klare Haltung gegen jegliche

Form des Rassismus erlernen und praktizieren. Uns ist bewusst, dass es einer generellen, grundlegenden Reform der Lehrpläne gebraucht, um z.B. auch andere Formen der Diskriminierung angemessen in der Schule zu behandeln, jedoch kann auf diese beim Thema Rassismus aufgrund seiner Wichtigkeit und Aktualität nicht gewartet werden.

Es soll bei der Erweiterung des Geschichtslehrplans klar werden, dass die Geschichte des Rassismus in Deutschland und Europa sich nicht bloß auf die Zeit des Nationalsozialismus, das deutsche Inland und historische Einzelfälle beschränkt, sondern ein globales, Jahrhunderte altes System ist, das seine Strukturen noch teils hinterlassen hat. Schüler*innen sollen so ein kritisches Bewusstsein gegenüber strukturellem, ökonomischem und globalem Rassismus erlernen

[1] Quelle: Lehrpläne in Hessen in allen Fächern für alle Schulformen <https://kultusministerium.hessen.de/schulsystem/bildungsstandards-kerncurricula-und-lehrplaene/lehrplaene>

[2] Quelle: Lehrpläne in Hessen für Geschichte/ Gesellschaftslehre

Antrag B12: Drei verpflichtende Praktika für Schüler*innen an Gymnasien

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Es soll drei verpflichtende Praktika an Gymnasien geben
- 2 Dauer: 2-3 Wochen
- 3 Zeitpunkt: Zwei in der Sek 1 & Eins in der E-Phase
- 4 Darauffolgender, ausgearbeiteter Praktikumsbericht
- 5 Verstärkte Aufklärung von Lehrer*innen /Schulseite über Berufsfelderbreite
- 6 (Dienstleistung, Gesundheit, Bau, Medien, Soziales etc.)
- 7 ein Praktikum soll im Bereich "Soziales" absolviert werden, das Berufsfeld des
- 8 Praktikums darf nicht wiederholt werden
- 9

Begründung

Gemäß des Hessischen Kultusministeriums sind im gymnasialen Bildungsgang Betriebspraktika in der Sek 1 und in der E-Phase üblich, aber nicht verpflichtend. Allerdings findet das Schüler*innenpraktikum (Sek 1) in der Realität i.d.R. nicht statt (1).

Abiturient*innen haben das Gefühl, dass die Leistung der Schule zur Berufsorientierung nicht gut sei. 2. Demnach geben mehr als die Hälfte der Schüler*innen an, sich nicht gut von der Schule auf den beruflichen Werdegang vorbereitet zu fühlen. Ganze 34,6 % hätten keinen konkreten Plan was sie nach dem Abitur tun sollten.

Hier sollte man bei den Betriebspraktika ansetzen.

Diese bieten den unerfahrener Schüler*innen erste Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt durch das Eintauchen in den Berufsalltag. Des Weiteren ermöglichen die Praktika den Schüler*innen sich frühzeitig umzuorientieren, falls ihnen ihr Traumberuf nicht zu sagt. Auch erhalten diese die Möglichkeit ihre eigenen Stärken und Schwächen zu entdecken.

Die darauffolgende Verpflichtung zur Ausarbeitung eines Praktikumsberichts dient zur Reflektion der eigenen Erfahrungen und dazu Schlüsse für den eigenen Berufs -und Bildungsweg zu ziehen.

Gerade durch G9 ist genug (zeitlicher) Raum für drei Praktika.

[1https://kultusministerium.hessen.de/schulsystem/berufs-und-studienorientierung/betriebspraktika](https://kultusministerium.hessen.de/schulsystem/berufs-und-studienorientierung/betriebspraktika)

[2https://www.nach-dem-abitur.de/umfragen-nach-dem-abitur-ergebnisse](https://www.nach-dem-abitur.de/umfragen-nach-dem-abitur-ergebnisse)

Antrag B12-Ä01: Änderungsantrag zu B12

Änderungsantrag zu B12

Antragsteller/in:	Jasmin Berger (Unterbezirk Offenbach-Kreis · Nr. 869364)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 7 - 8

7 ~~ein Praktikum soll im Bereich "Soziales" absolviert werden, das Berufsfeld des Praktikums darf nicht wiederholt werden~~

ein Praktikum soll im Bereich "Soziales" absolviert werden, Das Berufsfeld des Praktikums darf nicht wiederholt werden

Begründung

Warum ausgerechnet "Soziales" als Pflichtbereich? Bei der Wahl des Praktikums sollten die persönlichen Interessen und Neigungen aller Schüler*innen im Vordergrund stehen - nicht alle sind für einen sozialen Beruf gemacht bzw. haben überhaupt Freude daran, und es gibt nichts destruktiveres als Menschen, die in einen solchen Beruf reinschnuppern und ihre Abneigung vor sich her tragen. Der Pflichtbereich sollte komplett gestrichen werden - eher sollte man ermutigen, dass Schüler*innen nach ihren Interessen entscheiden, unabhängig von herrschenden Gendernormen, ferner gibt es viele Berufsfelder, die für die Gesellschaft sowie Kultur wichtig sind, und eher wenig Zulauf bekommen, die außerhalb dieses Bereiches liegen.

Antrag B13: Gesellschaftslehre an Integrativen Gesamtschulen aufteilen!

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Das Fach "Gesellschaftslehre" an integrativen Gesamtschulen soll in die Fächer
- 2 Politik und Wirtschaft, Geschichte und Erdkunde aufgeteilt werden. Dafür soll es
- 3 vermehrt mehrwöchige fächerübergreifende Projekte geben (bspw. zu den Themen
- 4 Klimawandel, globale Pandemien, etc.), bei denen auch andere Fächer einbezogen
- 5 werden.

Begründung

In der Zusammenlegung der drei Fächer gehen häufig wichtige Unterrichtsinhalte verloren, oder werden ungenügend thematisiert. Besonders nach Schulformwechsel, z.B. in die gymnasiale Oberstufe haben Schüler*innen von integrativen Gesamtschulen häufig einen Nachteil.

Antrag B14: Möglichkeit zur Zweitkorrektur in der Qualifikationsphase

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Forderungen: Schüler*innen der Qualifikationsphase sollen die Möglichkeit erhalten
- 2 ihre Klausuren in eine Zweitkorrektur einzureichen.
- 3 Möglich in allen potenziell abiturrelevanten Fächern
- 4 2-mal pro Halbjahr insgesamt
- 5 Der*die Schüler*in darf sich die Lehrkraft zur Zweitkorrektur nicht aussuchen
- 6 Die Zweitkorrektur soll unabhängig von der Notengebung der Erstkorrektur
- 7 korrigieren
- 8 Die Klausurnote darf nur nach oben korrigiert werden
- 9 Die Zweitkorrektur soll nach Möglichkeit nicht den*die Schüler*in selbst
- 10 unterrichten
- 11 Bei Meinungsverschiedenheiten sollen sich beide korrigierende Lehrkräfte
- 12 zusammensetzen
- 13 Ansprechpartner*in für Zweitkorrekturen ist der*die Verbindungslehrer*in

Begründung

Die Bewertungen der Leistungen der Schüler*innen in der zweijährigen Qualifikationsphase am Ende eines Kurses bestimmen den Großteil der Abiturdurchschnittsnote und entscheiden oftmals sogar über die (Nicht)- Versetzung, allerdings vor allem über die erfolgreiche Bewerbung in NC-beschränkten Studiengängen.

Dabei setzt sich diese aus einer mündlichen und einer schriftlichen Leistung in einem Verhältnis von 1:1 zusammen. Folglich kommen den schriftlichen Leistungen der Schüler*innen eine große Bedeutung zu. Gerade da einige Fächer verpflichtend in die Abiturdurchschnittsnote einzubringen sind (1).

Die Einführung einer zweiten Meinung in der Zweitkorrektur soll die Bewertung der Klausuren objektiver und gerechter machen. Das ist gerade in sprachlich-literarisch-künstlerischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern von Nöten, da der Antwortspielraum in diesen Aufgabenfeldern viel größer ist, trotz Erwartungshorizontes. Zudem bewerten Lehrkräfte erfahrungsgemäß Leistungen der Schüler*innenschaft in Klausuren, voreingenommen von deren Leistungen im Unterricht, da es ihnen oft schwierig fällt Leistungen frei von persönlichen

Eindrücken zu bewerten. Das wäre bei einer Zweitkorrektur nicht der Fall.

1: https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/hevr-Ost_AbiVHEV7P4

Antrag B15: Politische Bildung in Hessen stärken und Ungleichheiten unter den Schulformen angleichen

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

1 1. Analyse

2

3 Zwar liegt Hessen beim Anteil der politischen Bildung am Gesamtunterricht mit 3,5 – 5
4 % im Bundesländervergleich vorne, doch zeigen sich auch hier starke Ungleichheiten
5 unter den jeweiligen Schulform.¹

6

7 4,4 % des Gesamtunterrichts hessischer Gymnasien fällt auf die politische Bildung.²
8 Bei den anderen Schulform schwankt der Wert und liegt meist unter dem der Gymnasien.
9 Das heißt, dass SuS aus Berufsschulen, Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen und
10 teils Gesamtschulen oft weniger Wochenstunden haben als SuS von Gymnasien.³

11

12 Neben der rein quantitativen Ungleichheit von politischer Bildungen unter den
13 verschiedenen Schulformen kommen noch andere Faktoren hinzu. So zeigt eine
14 bundesweite Umfrage unter 3.400 SuS, das gymnasiale politische Bildung oft
15 umfangreicher und von den SuS als partizipativer, spannender und abwechslungsreicher
16 empfunden wird, als SuS der anderen Schulformen.³

17

18 Gerade dadurch, dass SuS von Gymnasien häufiger aus bildungsnahen und besser
19 situierten Elternhäusern stammen, verschärft dies die Ungleichheit in der politischen
20 Bildung.

21

22 Laut der Umfrage würden SuS aus Gymnasien häufiger an Schulversammlungen, bei der
23 Schüler*innenzeitung, Exkursionen zu politischen Organisationen oder
24 Erinnerungsstätten teilnehmen und auch häufiger Besuch von Politiker*innen, NGO's
25 oder Demokratieprojekten bekommen. ³

26

27 Die unterschiedlichen Unterrichtsniveaus spiegeln sich auch in der Selbsteinschätzung
28 über die eigenen politischen Kompetenzen wieder.³

29

30 2. Fazit

31

32 „Das System Schule ermöglicht den sozial und kulturell benachteiligten Schüler*innen
33 keinen gleichberechtigten Zugang zur politischen Bildung.“³

34

35 Obwohl sich Hessen gemessen am Anteil der politischen Bildung am Gesamtunterricht im
36 Bundesländervergleich weit vorne befindet, sind auch 4,4% politische Bildung am
37 gymnasialen Unterricht zu wenig.¹

38

39

40 3. Forderungen

41

42 1. Die quantitativen Unterschiede zwischen den Schulformen müssen angeglichen
43 werden.

44

45 2. Das Stundenkontingent der Schulen muss dahingehend erweitert werden, dass
46 Schulen, unabhängig von ihrer Schulform, mehr Stunden (zweckgebunden) für
47 politische Bildung einsetzen können, sofern Personal vorhanden ist.

48

49 3. Es müssen mehr Politik-/ Gesellschaftskundelehrer*innen angeworben und
50 eingestellt werden.

51

52 4. Den LuL müssen mehr Raum für Exkursionen eröffnet werden, gerade in
53 nichtgymnasialen Schulen.

54

55 5. Bildungsmaterial, das von (Groß-)Firmen bereitgestellt wird, darf nicht in der
56 politischen Bildung eingesetzt werden, um die Unabhängigkeit zu wahren.

57

58

59 1

60 [https://katapult-magazin.de/de/artikel/artikel/fulltext/zum-stellenwert-politischer-
61 bildung-in-der-schule/](https://katapult-magazin.de/de/artikel/artikel/fulltext/zum-stellenwert-politischer-bildung-in-der-schule/)

62 2

63 [https://www.tagesspiegel.de/wissen/demokratie-erziehung-mehr-politik-in-die-
64 schulen/24121216.html](https://www.tagesspiegel.de/wissen/demokratie-erziehung-mehr-politik-in-die-schulen/24121216.html)

65 ³<http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15466.pdf>

Antrag B15-Ä01: Änderungsantrag zu B15

Änderungsantrag zu B15

Antragsteller/in:	Jakob Hamalega (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 73556)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 49

- 49 3. Es müssen mehr Politik-/ Gesellschaftskundelehrer*innen ausgebildet, angeworben und
50 eingestellt werden.

Antrag B16: Prävention und Bekämpfung von Diskriminierung in der Schule

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 *Die JSAG Hessen-Süd zeigt sich besorgt über mehrere Berichte vieler Schüler*innen, in*
- 2 *denen sie von Erfahrungen mit Diskriminierung berichten, die von Lehrkräften ausging.*
- 3 *Die Landeskonferenz der Jusos Hessen-Süd möge beschließen:*
- 4 *1.Jede*r Lehrer*in in Hessen soll alle drei Jahre an einer Fortbildung zur*
- 5 *Sensibilisierung für rassistisches, sexistisches oder anderweitig diskriminierendes*
- 6 *Verhalten unter Schüler*innen, Kolleg*innen, Eltern und vor allem von sich selbst*
- 7 *teilnehmen müssen.*
- 8 *2.Es muss für jede Kommune und die dort ansässigen Schulen unabhängige Beratungs-*
- 9 *und Beschwerdestellen für Opfer von Diskriminierung in der Schule geben. Die Kommunen*
- 10 *sollen mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden.*

Begründung

*Lehrer*innen haben eine große Verantwortung in der Schule – gegenüber ihren Schüler*innen und der Gesellschaft. Diese Autorität darf nicht missbraucht werden. Darum müssen Lehrer*innen regelmäßig sich mit dem Thema Rassismus auseinandersetzen. Aufgrund dieser Autorität fällt es Schüler*innen allerdings auch schwer, sich gegen mögliche Diskriminierungen zu wehren, da sie befürchten, dass sie so Nachteile in ihrer Leistungsbewertung bekommen. Darum müssen wir Schüler*innen zur Seite stehen, sodass für alle – unabhängig von Herkunft, Aussehen, Sexualität oder sonstigem – ein gutes Lernumfeld ermöglicht werden kann und alle die gleichen Chancen haben.*

Antrag B16-Ä01: Änderungsantrag zu B16

Änderungsantrag zu B16

Antragsteller/in:	Jakob Hamalega (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 73556)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 4 - 7

- 4 ~~1.Jede*r Lehrer*in in Hessen soll alle drei Jahre an einer Fortbildung zur Sensibilisierung für rassistisches, sexistisches oder anderweitig diskriminierendes Verhalten unter Schüler*innen, Kolleg*innen, Eltern und vor allem von sich selbst teilnehmen müssen.~~

1.Jede*r Lehrer*in in Hessen soll alle drei bis Zehn Jahre an einer Fortbildung zur Sensibilisierung für rassistisches, sexistisches oder anderweitig diskriminierendes Verhalten unter Schüler*innen, Kolleg*innen, Eltern und vor allem von sich selbst teilnehmen müssen.

Antrag B17: Prävention und Bekämpfung von Diskriminierung in der Schule

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Die JSAG Hessen-Süd zeigt sich besorgt über mehrere Berichte vieler Schüler*innen, in
- 2 denen sie von Erfahrungen mit Diskriminierung berichten, die von Lehrkräften ausging.
- 3 Die Landeskonferenz der Jusos Hessen-Süd möge beschließen:
- 4 1.Jede*r Lehrer*in in Hessen soll alle drei Jahre an einer Fortbildung zur
- 5 Sensibilisierung für rassistisches, sexistisches oder anderweitig diskriminierendes
- 6 Verhalten unter Schüler*innen, Kolleg*innen, Eltern und vor allem von sich selbst
- 7 teilnehmen müssen.
- 8 2.Es muss für jede Kommune und die dort ansässigen Schulen unabhängige Beratungs-
- 9 und Beschwerdestellen für Opfer von Diskriminierung in der Schule geben. Die Kommunen
- 10 sollen mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden.

Begründung

Lehrer*innen haben eine große Verantwortung in der Schule – gegenüber ihren Schüler*innen und der Gesellschaft. Diese Autorität darf nicht missbraucht werden. Darum müssen Lehrer*innen regelmäßig sich mit dem Thema Rassismus auseinandersetzen. Aufgrund dieser Autorität fällt es Schüler*innen allerdings auch schwer, sich gegen mögliche Diskriminierungen zu wehren, da sie befürchten, dass sie so Nachteile in ihrer Leistungsbewertung bekommen. Darum müssen wir Schüler*innen zur Seite stehen, sodass für alle – unabhängig von Herkunft, Aussehen, Sexualität oder sonstigem – ein gutes Lernumfeld ermöglicht werden kann und alle die gleichen Chancen haben.

Antrag B17-Ä01: Änderungsantrag zu B17

Änderungsantrag zu B17

Antragsteller/in:	Jakob Hamalega (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 73556)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 4 - 7

4. ~~1. Jede*r Lehrer*in in Hessen soll alle drei Jahre an einer Fortbildung zur Sensibilisierung für rassistisches, sexistisches oder anderweitig diskriminierendes Verhalten unter Schüler*innen, Kolleg*innen, Eltern und vor allem von sich selbst teilnehmen müssen.~~

1. Jede*r Lehrer*in in Hessen soll alle drei bis zehn Jahre an einer Fortbildung zur Sensibilisierung für rassistisches, sexistisches oder anderweitig diskriminierendes Verhalten unter Schüler*innen, Kolleg*innen, Eltern und von sich selbst aus, teilnehmen müssen.

Antrag B18: Schule darf nicht krank machen!

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Mentale Gesundheit ist ein wichtiges Thema, dass viel zu wenig angesprochen wird.
- 2 Aufklärung ist das beste Mittel um von Grund auf ein anderes Bewusstsein für
- 3 psychische Gesundheit zu schaffen und psychischen Erkrankungen vorzubeugen.
- 4 Deshalb muss Aufklärung schon in den Schulen thematisiert werden.
- 5 Dafür fordern wir:
- 6 A. Ein Lernumfeld das nicht zum Auslöser für psychische Erkrankungen wird
- 7 Ein an die Schüler*innen angepasstes Bildungssystem erlaubt es ihnen, sich
- 8 gesund entwickeln zu können und stellt in belastenden Situationen auch
- 9 Unterstützung bereit.
- 10 1. Es gibt keinen Notendruck oder anderweitigen Leistungsdruck. Für
- 11 Abschlussklassen werden in Prüfungsphasen Hilfen bereit gestellt um
- 12 mit der stärkeren Belastung umzugehen.
- 13 2. Lehrpersonen sind sensibilisiert und können bei Anzeichen
- 14 psychischer Erkrankungen Hilfe vermitteln. Dafür sind Schulungen für
- 15 Lehrer*innen und insbesondere eine ausreichende Versorgung mit
- 16 Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen an jeder Schule
- 17 gewährleistet.
- 18 B. Aufklärung die Vorurteile und das Stigma gegen psychische Erkrankungen
- 19 bekämpft
- 20 Die Schüler*innen sind über psychische Krankheiten informiert und psychisch
- 21 kranke Menschen werden nicht als solche stigmatisiert. Auch fällt es
- 22 betroffenen Schülerinnen und Schülern leichter sich Hilfe zu holen.
- 23 1. Psychische Krankheiten werden im Biologie- Unterricht genauso
- 24 angesprochen wie physische Krankheiten.
- 25 2. Im Deutsch- und fremdsprachlichen Unterricht wird im Zusammenhang
- 26 mit Lektüren die Suizid thematisieren, auch explizit darüber
- 27 gesprochen und insbesondere Hilfsangebote werden betont. Auch im
- 28 Kunstunterricht werden psychische Erkrankungen bei entsprechenden
- 29 Werken thematisiert.
- 30 C. Aktive Hilfe in der Bekämpfung psychischer Krankheiten
- 31 Die Schule leistet einen Beitrag zur frühzeitigen Erkennung und Behandlung
- 32 von psychischen Krankheiten.
- 33 1. Schülerinnen und Schüler sind darüber aufgeklärt, was Anzeichen von

- 34 psychischen Erkrankungen sein können und können sich und anderen
- 35 so schnellstmöglich Hilfe suchen.
- 36 2. Die Schüler*innen wissen an wen sie sich für Hilfe wenden können.
- 37 Dafür gibt es eine ausreichende Versorgung mit Schulsozialarbeit und
- 38 Schulpsychologie.
- 39 3. Lehrer*innen wissen wie sie mit psychisch kranken Schüler*innen
- 40 umgehen können. Die Erkrankung wird anerkannt und falls nötig auch
- 41 in der Notengebung berücksichtigt.

Begründung

Über die Hälfte der hessischen Schüler*innen, in der gymnasialen Oberstufe sogar über 60%, geben an mit schulischem Stress konfrontiert zu sein¹. Stress ist sehr häufig Auslöser für Burnouts oder psychische Krankheiten und kann diese noch verstärken. Dieser Stress wird unter anderem durch Ziffernnoten verstärkt. Lehrer*innen sind nicht ausreichend sensibilisiert, wie sie mögliche psychische Erkrankungen bei ihren Schüler*innen erkennen können und schieben im Unterricht sichtbare Symptome auf Faulheit oder Pubertät. Dabei sind laut Expert*innen allein zwei Schüler*innen pro Schulklasse depressiv².

Der Betreuungsschlüssel von Schulpsycholog*in zu Schüler*in in Hessen ist mit 1 zu 9000 auch nicht ausreichend um eine umfassende Betreuung für alle Schüler*innen gewährleisten zu können³.

Im Biologie- Unterricht in Haupt- und Realschulen sowie in Gymnasien werden psychische Krankheiten nicht thematisiert⁴.

Verpflichtende Lektüren die von Suizid handeln werden gelesen, ohne dass über psychische Erkrankungen gesprochen wird. Dabei sind diese in bis zu 90% der Suizide die Ursache⁴.

Psychische Erkrankungen sind oftmals auch mit äußeren Symptomen für andere erkennbar. Wenn diese bekannt sind, ist es auch für Außenstehende möglich, Hilfe an zu bieten.

Da es in Hessen zu wenige Schulpsycholog*innen gibt, ist es für betroffene Schüler*innen oft zusätzlich schwer, eine Vertrauensperson oder anderweitige professionelle Hilfe zu erhalten.

Selbst in Fällen in denen Lehrerinnen und Lehrer über die psychische Situation ihrer Schüler*innen in Kenntnis sind, wissen sie oftmals selber nicht, wie sie mit diesen umgehen sollen. Wenn es in diesem Bereich Klarheit für die Lehrer*innen gibt, kann es auch psychisch kranken Schülerinnen und Schülern erleichtert werden, dem Unterricht beizuwohnen.

¹<http://www.lsv-hessen.de/jedes-sechste-schulkind-in-deutschland-leidet-an-psychischen-problemen-nicht-einmal-die-haelfte-erhaelt-hilfe-und-schule-versagt/>

²<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2019/12/psyche-erkrankung-depression-kassenstudie-berlin-schueler-.html>

³<https://kleineanfragen.de/hessen/19/1618-schulpsychologen-in-hessen.txt>

⁴<https://kultusministerium.hessen.de/sites/default/files/HKM/lphauptbiologie.pdf>

<https://kultusministerium.hessen.de/sites/default/files/HKM/lprealbiologie.pdf>

<https://kultusministerium.hessen.de/sites/default/files/media/g9-biologie.pdf>

<https://kultusministerium.hessen.de/sites/default/files/media/go-biologie.pdf>

<https://www.dgppn.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-2018/welttag-der-suizidpraevention.html>

Antrag E01: Europäische Standards für die Textilindustrie

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	E - Europa
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass europäische Textilanbieter, die ihre Ware in
- 2 Ländern des globalen Südens (Entwicklungsländern) herstellen, verpflichtet werden,
- 3 dies dort auch unter den in Europa herrschenden Arbeitsstandards und
- 4 Arbeitsschutzgesetzen zu tun. Gewerkschaften vor Ort müssen gestärkt, Kinderarbeit
- 5 bekämpft und Programme zur Bildungsförderung eingerichtet werden.
- 6 Das 2014 im Zuge der Unfälle und Brände in Textilfabriken ins Leben gerufene
- 7 Textilbündnis durch Gerd Müller (CSU Bundesminister für wirtschaftliche
- 8 Zusammenarbeit und Entwicklung) ist zwar ein guter erster Schritt in die richtige
- 9 Richtung, jedoch sind freiwillige Zusagen nicht ausreichend. Auch sind im Sommer
- 10 diesen Jahres zahlreiche Firmen wieder aus dem Bündnis ausgetreten. Freiwillige
- 11 Verpflichtungen, die Regulierung des Marktes aus sich selbst heraus, hat also mal
- 12 wieder und wie schon so oft versagt.
- 13 Das darf nicht sein, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und gerechte Bezahlung sind
- 14 nichts, woraus man einfach so aussteigen darf. Wir müssen uns mit den Arbeiter*innen
- 15 solidarisieren; nur weil unser T-Shirt ihr Elend nicht evident macht, heißt das
- 16 nicht, dass nicht täglich vor allem Arbeiterinnen um ihre Gesundheit, ihr täglich
- 17 Brot und um ihr Leben bangen müssen. Die SPD muss gemeinsam mit Gewerkschaften
- 18 gesetzlich verbindliche Vorgaben beschließen, die für alle Firmen gelten, die auf dem
- 19 europäischen Markt ihre Waren anbieten.
- 20 Des Weiteren muss sich jede und jeder von uns über den eigenen Kleiderkonsum bewusst
- 21 werden und diesen reflektieren.

Begründung

Direkt nach der Ölindustrie ist die Textil- und Kleidungsindustrie die schmutzigste. Unser Kleiderkonsum ist eine ökologische Katastrophe, Kleidung ist nicht länger Gebrauchsgegenstand, sondern Wegwerfware. Durch die physische Entfernung zur Produktion und zu den Arbeiter*innen wird der menschenunwürdige Herstellungsprozess verschleiert, es findet ein Entfremdungsprozess statt: Das bunte Kleidungsstück schweigt über seine Entstehung, das Leid unserer Mitmenschen wird unsichtbar. Dabei ist die Kleidungsindustrie intrinsisch antifeministisch: Vor allem Frauen arbeiten in den *sweatshops*, sie sind immer noch neben Kindern das schwächste Glied der Gesellschaft. Die systematische Ausbeutung von Frauen muss ein Ende haben, Kinder gehören in die Schule, nicht in die Zwinger der Textilindustrie. Die Scheinargumente, dass Firmen ja wenigstens Arbeitsplätze schaffen, so schlecht sie auch sein mögen, sind zutiefst verabscheuungswürdig und zeigen ein kolonialistisch geprägtes, rassistisches

Überlegenheitsdenken. Dieses künstlich erzeugte Machtgefälle kann nicht als Argument gegen Menschenwürde herhalten. Menschenwürde ist nicht verhandelbar.

Aus gesellschaftlicher Betrachtung scheint das Massenphänomen des verschwenderischen Kleidungskonsums die Rolle von Brot und Spielen angenommen zu haben. Solange ich mir ein neues Hemd leisten kann, scheint alles andere (Bildung, Gesundheit etc.), was ich mir nicht leisten kann, in Vergessenheit zu geraten. Wie oft erwischt man sich dabei, dass der Kleiderkauf ja doch nur eine stellvertretende Triebbefriedigung ist. Um wirklich etwas zu ändern, müssen wir auch bei uns ansetzen, dieses Bewusstsein in die breite Gesellschaft tragen.

Auch im Hinblick darauf, dass wir nur einen Planeten zum Leben haben, müssen wir der Verschwendung entgegentreten. Chemieabfälle werden vor Ort in den dortigen Gewässern entsorgt, Textilien werden oft per Hand, also ohne Schutzkleidung, mit giftigen Chemikalien eingefärbt. Der in der Industrie so populäre Stoff Polyester richtet sogar bei uns Zuhause in der Waschmaschine noch Schäden an. Aus der Wäsche lösen sich Nanoplastikteilchen, die dann im Wasserkreislauf von Kleinsttierchen wie Plankton aufgenommen werden und somit sich in unserer Nahrungskette, sprich auf unserem Teller, wiederfinden. Die Folgen dieser Plastikvergiftung sind unter anderem Sterilität.

Auch der Naturstoff Baumwolle vernichtet Unmengen an Trinkwasser und Energie: Ein T-Shirt entspricht der Verschwendung von 2.700 Litern Wasser. Angefangen beim Wässern der anspruchsvollen Baumwollpflanze bis zur Verarbeitung, Färbung und Instandhaltung der Textilie. Das ist genug Trinkwasser für einen Menschen für 900 Tage. Ein Blick auf den Globus lässt uns natürlich die Frage stellen, ob wir nicht genug Wasser haben. 97% davon sind allerdings Salzwasser, 2% sind in Schnee und Eis, was uns mit genau einem Prozent an Trinkwasser zurücklässt, zu dem wir Zugang haben. Allerdings werden 70% davon zur Bewässerung von Nutzpflanzen gebraucht. Ein nachhaltiger Baumwollanbau ist heute schon möglich, soll er was bewirken, so muss er verpflichtend sein. So kann es nicht weitergehen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag G01: Eine leistungsfähige, öffentliche Krankenhausversorgung/Krankenhauslandschaft für ganz Hessen

Antragsteller/in:	UB Schwalm-Eder
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheitswesen
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Hessen braucht auch in Zukunft eine flächendeckende, verlässliche, leistungsfähige
- 2 und ausdifferenzierte Krankenhausversorgung/ Krankenhauslandschaft. Eine hochwertige
- 3 Gesundheitsversorgung ist eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen
- 4 Daseinsvorsorge, Grundlage für die Lebensqualität in den Regionen unseres Landes und
- 5 mitentscheidend für die Attraktivität des Standortes Hessens. Rückgrat eines
- 6 funktionsfähigen Krankenhaussystems sind die Krankenhäuser in öffentlicher
- 7 Trägerschaft.
- 8 **Für eine verlässliche Entwicklung unserer Krankenhäuser in Hessen müssen jetzt**
- 9 **mehrere Weichen neu gestellt werden:**
- 10 1. Die Übertragung kommunaler Krankenhäuser an private, gewinnorientierte Unternehmen
- 11 war ein Fehler. Der Zwang zu Gewinnabfuhr und Profitmaximierung gefährdet den
- 12 öffentlichen Versorgungsauftrag.
- 13 Weitere Privatisierungen lehnt die SPD deshalb ab. Die Krankenhausversorgung muss
- 14 weiterhin durch öffentliche und andere gemeinnützige Träger abgesichert werden.
- 15 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die gefährdete Krankenhäuser vor einer
- 16 Privatisierung bewahren wollen, brauchen die volle Rückendeckung der Hessischen
- 17 Landesregierung.
- 18 2. Für die Lösung struktureller Probleme der Krankenhauslandschaft und für eine
- 19 qualitativ hochwertige fachmedizinische Versorgung brauchen wir eine
- 20 trägerübergreifende Kooperation in den Regionen. Die Landesregierung ist
- 21 aufgefordert, diesen Prozess zu moderieren/ überwachen und dabei sicherzustellen,
- 22 dass der gesetzliche Versorgungsauftrag und die Ziele der Krankenhausplanung
- 23 flächendeckend umgesetzt und sichergestellt werden.
- 24 Die Landesregierung ist insbesondere in der Verantwortung, die Unikliniken so
- 25 aufzustellen, dass sie eine wichtige Rolle in diesen regionalen
- 26 Kooperationsstrukturen übernehmen können.
- 27 3. Einige Krankenhäuser Hessens haben einen hohen Nachholbedarf bei Investitionen. Um
- 28 den dringendsten Bedarf anzupacken, setzen wir uns für ein kurzfristiges,
- 29 kreditfinanziertes Investitionsprogramm ein und fordern CDU und Grüne auf, gemeinsam
- 30 mit der SPD im Landeshaushalt 2020/21 die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

- 31 Die aktuellen Kostenprobleme der Krankenhäuser beruhen aber nicht nur auf fehlenden
32 Investitionsmitteln. Der steigende Kostendruck geht auch auf bundesgesetzliche
33 Neuregelungen zurück, für die wir uns auch als SPD stark gemacht haben, weil sie für
34 mehr Qualität, höhere Patientensicherheit und bessere Arbeitsbedingungen sorgen.
35 Diese Qualitätsvorgaben dürfen aber nicht dazu führen, dass in der Fläche
36 Krankenhäuser schließen müssen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein,
37 dass die Sicherstellungszuschläge der Krankenkassen für Krankenhäuser erhöht werden,
38 die der Grundversorgung dienen.
- 39 4. In Regionen, in denen kommunale Krankenhäuser in den letzten Jahren privatisiert
40 wurden, muss sichergestellt werden, dass der öffentliche Versorgungsauftrag in vollem
41 Umfang erfüllt wird und mindestens dieselben Standards gelten wie in kommunalen
42 Krankenhäusern – bei der Qualität und Breite des medizinischen Angebots, in der
43 Fürsorge für die Patientinnen und Patienten und bei Vergütung und Arbeitsbedingungen
44 der Beschäftigten.
- 45 Wo der öffentliche Versorgungsauftrag gefährdet ist, müssen gesetzliche Vorschriften
46 angepasst werden, um diesem wieder gerecht zu werden.
- 47 5. Arbeit in Gesundheitsberufen ist Dienst am Mitmenschen und verdient anständige
48 Bezahlung. Im Wettbewerb um medizinische Fachkräfte müssen in Hessens Krankenhäuser
49 ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gutes Geld für gute Arbeit bieten.
- 50 In diesem Zusammenhang fordern wir, dass der Tarifvertrag Öffentlicher Dienst Pflege
51 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales für allgemeingültig erklärt wird.
- 52 **Die SPD wird für die Sicherstellung eines dauerhaft leistungsfähigen**
53 **Krankenhaussystems werben und über die Gefahren aufklären, die weitere**
54 **Privatisierungen mit sich bringen würden.**

Begründung

Die gegenwärtige Entwicklung in Hessens Krankenhäuser beunruhigt viele Bürgerinnen und Bürger und gefährdet das Vertrauen in die Krankenhausversorgung. Ursache dafür sind die vielfach zurückgestellten Investitionen, der Abbau von Leistungen insbesondere in privatisierten Krankenhäusern sowie der unverantwortliche Umgang der privaten Krankenhausbetreiber mit seinem Fachpersonal und seinen Patient*innen; Outsourcing der Beschäftigten, die Belegschaften werden hierdurch zerschlagen, Ziel sind Dumpinglöhne und nicht wie so manche Behauptung „Bündelung von Knowhow“. Das Personal hat immer weniger Zeit, sich um Patientinnen und Patienten zu kümmern. Frischoperierte Patient*innen werden trotz kritischem Gesundheitszustand frühestmöglich entlassen. Teilweise werden Kranke mit ihren Betten in den Fluren „geparkt“. Unerfahrene Pflegekräfte müssen immer öfter Infusionen anhängen oder Blut abnehmen, weil sie diese ärztlichen Tätigkeiten billiger ausführen. Diese und andere Missstände werden in Kauf genommen. Die Bereitschaft der CDU und Grünen in der Landesregierung, weitere Krankenhäuser zu privatisieren, verschärft die Sorgen um die Zukunft der medizinischen Versorgung in der Fläche.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag G02: Psychische Erkrankungen in die öffentliche Wahrnehmung bringen

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheitswesen
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Depression zählt mit über 5 Millionen Betroffenen (Quelle: Deutsche Depressionshilfe)
- 2 zu den häufigsten Krankheiten in Deutschland – und ist trotzdem in der öffentlichen
- 3 Diskussion kaum wahrnehmbar. Oft wird die Krankheit zu spät erkannt, auf die leichte
- 4 Schulter genommen oder vom persönlichen Umfeld heruntergespielt. Dabei gibt es bei
- 5 dieser Erkrankung keine andere anerkannte Behandlung als Psychotherapie, unter
- 6 Umständen kombiniert mit einer medikamentösen Behandlung. Der Entscheidung für eine
- 7 Behandlung wird jedoch dadurch entgegengewirkt, dass sich bei der Entscheidung für
- 8 eine aktenkundige Psychotherapie negative Folgen bei der Wahl und Ausübung des
- 9 Berufes ergeben können. Daher fordern wir:
- 10
- 11 • Die SPD soll auf öffentlichkeitswirksame Programme und Kampagnen zur Prävention
- 12 und Früherkennung von psychische Erkrankungen hinwirken und bestehende Projekte
- 13 fördern.
- 14
- 15 • Berufliche Nachteile, und Benachteiligungen bei der Einstellung, die sich aus
- 16 der Inanspruchnahme einer Psychotherapie ergeben, müssen gesetzlich verboten
- 17 werden.
- 18
- 19 • Der Zugang zu einer Psychotherapie, auch in Form von freiwilligen
- 20 Klinikaufenthalten, muss erleichtert und die Wartezeit für einen Therapieplatz
- 21 drastisch verkürzt werden.
- 22
- 23 • Die Kosten für die Psychotherapeut*innenausbildung sollen abgeschafft werden und
- 24 die Praktika in der Therapeutenausbildung nach Mindestlohn vergütet werden.
- 25
- 26 • Nach Ablauf der von der Krankenkasse genehmigten Therapie muss die Möglichkeit
- 27 bestehen, diese ohne Wartezeit zu verlängern.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag G02-Ä01: Änderungsantrag zu G02

Änderungsantrag zu G02

Antragsteller/in:	UB Offenbach-Kreis
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheitswesen
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 27

- 26 • Nach Ablauf der von der Krankenkasse genehmigten Therapie muss die Möglichkeit
- 27 bestehen, diese ohne Wartezeit zu verlängern.
- Ein Kündigungsschutz für Arbeitnehmer*innen bei Ausfällen, die auf eine Inanspruchnahme einer stationären Psychotherapie zurückzuführen sind.

Antrag G02-Ä02: Änderungsantrag zu G02

Änderungsantrag zu G02

Antragsteller/in:	Julian Stroh (Unterbezirk Lahn-Dill · Nr. 349345)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheitswesen
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 27

- 26 • Nach Ablauf der von der Krankenkasse genehmigten Therapie muss die Möglichkeit
- 27 bestehen, diese ohne Wartezeit zu verlängern.
- Schaffung von Programme zur Sensibilisierung von Angehörigen für den richtigen Umgang mit an Depressionen erkrankten Menschen, welche von den Krankenkassen finanziert werden sollen.

Antrag G03: Vision: Neue Pflegepolitik

Antragsteller/in:	UB Gießen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheitswesen
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine neue Pflegepolitik!
- 2 Aktuell befinden wir uns in einem Zeitalter der Privatisierung unseres Sozialsystems.
- 3 Das Gesundheitswesen ist geprägt von kapitalistischen Wettbewerbsstrukturen. Diese
- 4 Struktur hat unmittelbare Auswirkungen auf die Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen.
- 5 Vor allem auf die Menschen, die in der Pflege arbeiten. Die Personallandschaft ist
- 6 geprägt von Lohndumping, Arbeitsbedingungsdumping und Personalkannibalismus
- 7 verschiedener Betriebe. Deshalb benötigen wir dringend eine bessere politische
- 8 Steuerung des Pflegepersonals. Zusätzlich tritt am 1.1.2020 ein neues Pflegegesetz in
- 9 Kraft, welches die Pflegeberufe Alten-, Kinder- und Krankenpflege zusammenführt und
- 10 immens vereinfacht. Dieses Gesetz gefährdet das medizinische Fachwissen in der
- 11 Ausbildung und führt auf lange Zeit zu einem massiven Wissensverlust. Kurzfristig
- 12 könnte das dem Personalmangel entgegenzutreten, darf aber zu keinem Langzeitgesetz
- 13 werden!
- 14 Eine Pflegekraft, die im UKGM arbeitet, verdient aktuell 32.532 Euro brutto pro Jahr.
- 15 Während ein Metallbauingenieur 52.000 Euro brutto im Jahr verdient. Dazu kommt, dass
- 16 das Arbeitsleben einer Pflegekraft von Stress, fehlenden Pausen und Überstunden
- 17 geprägt ist. Des Weiteren steigt immer mehr die Unzufriedenheit der Pflegekräfte, da
- 18 die Arbeit mit den Patient*innen nicht mehr zufriedenstellend gemacht werden kann.
- 19 Die qualitative Betreuungszeit für die Patient*innen schmilzt stetig. Es bleibt nur
- 20 noch Zeit, um Feuer zu löschen, eine persönliche Betreuung ist nicht mehr möglich.
- 21 Interessensvertretungen beschreiben, dass die Arbeit auf Station zusammenbricht, wenn
- 22 keine Auszubildenden da sind. Ausbildung ist nicht mehr Ausbildung, sondern
- 23 Kompensation von fehlendem Personal. Des Weiteren wird die Versorgungsstruktur in der
- 24 ländlichen Umgebung immer schlechter. Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung von
- 25 Pflegekräften im ländlichen Umfeld sind deutlich schlechter als in den Krankenhäusern
- 26 in der Stadt. Das führt dazu, dass Pflegekräfte immer mehr in die Krankenhäuser in
- 27 den Städten flüchten. Daraus resultiert, dass beispielsweise im ambulanten
- 28 Pflegedienst ungelernte Kräfte Pflege durchführen.
- 29 Die Privatisierung und Wegrationalisierung von Pflegestrukturen sind für uns nicht
- 30 mehr länger hinnehmbar. Wir JUSOS fordern massive Veränderungen im Bereich der
- 31 Pflege. Die Pflegeausbildung braucht eine qualitative Aufwertung, die
- 32 Arbeitnehmer*innenschaft muss dringend entlastet werden und Ländliche
- 33 Pflegestrukturen müssen gestärkt werden. Wir müssen auf eine Pflegepolitik

34 hinarbeiten, die es den Arbeitnehmer*innen und den verschiedenen Trägern der
35 Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen ermöglicht, soziale und gerechte
36 Arbeitsbedingungen zu schaffen. Der Pflegeberuf muss für die Arbeitnehmer*innenschaft
37 wieder attraktiv gemacht werden. Dazu müssen wir im Sinne der Sozialdemokratie mutige
38 Reformen erarbeiten. Die folgenden drei Absätze sollen unsere Grundpfeiler sein für
39 unsere zukünftige Pflegepolitik:

40 1. Grundpfeiler: Ausbildung neu denken

41 Wir gehen von der Annahme aus, dass wir im Jahr 2019 leben. In unseren Berufsschulen
42 werden wir in bester Marty-McFly-Manier eines Besseren belehrt. Overheadprojektoren,
43 Kastenbildschirme, und verblichene Schulmaterialien katapultieren unsere
44 Berufsschüler*innen regelmäßig in die 90er Jahre zurück. Deswegen muss die Ausbildung
45 neu gestaltet werden, ganz nach dem Motto: Zurück in die 2020er. Um eine erneute
46 Stagnation zu verhindern, sollten Ausbildungsstrukturen stetig weiterentwickelt und
47 an den Stand der Wissenschaft angepasst werden.

48 Folgende Denkansetze stellen wir uns vor:

- 49 • Anpassung der Lehrmaterialien an digitale Standards
- 50 • Schaffung von Schulzentren in Gesundheitsberufen
- 51 • Weitere Fortbildungsangebote für Lehrende und Auszubildende schaffen

52

53 2. Grundpfeiler: Humanisierung der Arbeitszeit und der Vergütung

54 Das aktuelle Berufsbild der Pflegenden ist von Überlastung geprägt. Alternative
55 Arbeitszeitmodelle müssen unsere Antwort auf diese Belastung sein. Nur durch
56 Verbesserung der aktuellen Arbeitssituation schafft man es, neue Pflegekräfte zu
57 gewinnen und die aktuell Pflegenden im Beruf zu halten. Deshalb ist unsere Forderung
58 eine 35h-in-4 Tagen-Woche. Außerdem stellen wir uns nach skandinavischem Vorbild vor,
59 dass sich Urlaub um einen Tag im Arbeitsmonat erhöht.

60 Des Weiteren ist die Bezahlung in der Pflege für das Aufgabenfeld nicht ausreichend.
61 Die Pflegenden leben zum Teil an der Armutsgrenze und können kaum ihre Familie mit
62 einer Vollzeitstelle versorgen. Viele Pflegenden benötigen zusätzlich noch einen
63 Nebenjob. Deshalb muss es einen politisch vorgegebenen Mindestlohn in der Pflege
64 geben. Ebenso müssen Fachweiterbildungen finanziell attraktiver gestaltet werden.
65 Unser Vorschlag ist auch hier, einen sich abhebenden Mindestlohn zu schaffen.

66

67 3. Grundpfeiler: Landflucht verhindern – Stärkung der ländlichen Pflegeversorgung

68 Auch in der ländlichen Versorgung können wir uns wieder an die Skandinavier*innen
69 halten. Wir müssen hin zu neuen Konzepten im ländlichen Raum. Hier sollten wir ganz
70 nach dem Motto handeln: Nicht der ländliche Raum muss sich anpassen, sondern die
71 Versorgungsstruktur im ländlichen Raum muss neu gedacht werden. Durch den Wegfall der
72 ärztlichen Strukturen muss man hin zu selbständigen Pflegenden, die einen Teil der
73 ärztlichen Arbeit übernehmen können und dürfen.

74

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag G03-Ä01: Änderungsantrag zu G03

Änderungsantrag zu G03

Antragsteller/in:	Kevin Reichelt (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 320478)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheitswesen
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 60 - 65

- 60 ~~Des Weiteren ist die Bezahlung in der Pflege für das Aufgabenfeld nicht ausreichend.~~
61 ~~Die Pflegenden leben zum Teil an der Armutsgrenze und können kaum ihre Familie mit~~
62 ~~einer Vollzeitstelle versorgen. Viele Pflegenden benötigen zusätzlich noch einen~~
63 ~~Nebenjob.~~ Deshalb muss es einen ~~politisch vorgegebenen Mindestlohn in der Pflege~~
höheren Mindestlohn in der Pflege geben. ~~Ebenso müssen Fachweiterbildungen finanziell~~
~~attraktiver gestaltet werden.~~
65 ~~Unser Vorschlag ist auch hier, einen sich abhebenden Mindestlohn zu schaffen.~~

Begründung

Ein Pflegemindestlohn existiert bereits, dieser sollte jedoch höher ausfallen.

Antrag G03-Ä02: Änderungsantrag zu G03

Änderungsantrag zu G03

Antragsteller/in:	Kevin Reichelt (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 320478)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheitswesen
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 63

- 60 Des Weiteren ist die Bezahlung in der Pflege für das Aufgabenfeld nicht ausreichend.
61 Die Pflegenden leben zum Teil an der Armutsgrenze und können kaum ihre Familie mit
62 einer Vollzeitstelle versorgen. Viele Pflegenden benötigen zusätzlich noch einen
63 Nebenjob. Deshalb muss es einen ~~politisch vorgegebenen Mindestlohn in der Pflege~~ höheren
Mindestlohn in der Pflege
64 geben. Ebenso müssen Fachweiterbildungen finanziell attraktiver gestaltet werden.
65 Unser Vorschlag ist auch hier, einen sich abhebenden Mindestlohn zu schaffen.

Antrag I01: Rassistische Praxis aus dem Polizeigesetz streichen

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	in Ausschuss verwiesen
Sachgebiet:	I - Initiativanträge

- 1 Die §22 Abs. 1a „Befragung und Auskunftspflicht“ und §23 „Identitätsfeststellung und
- 2 Prüfung von Berechtigungsscheinen“ des Bundespolizeigesetzes, sowie die Umsetzung
- 3 dieser Gesetze auf der Ebene der Bundesländer und alle dem Inhalt identischen
- 4 Gesetzesnormen müssen ersatzlos gestrichen werden.
- 5 Gleichzeitig ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auf das öffentliche Recht
- 6 auszuweiten.
- 7 Zudem muss eine unabhängige Beschwerdestelle für rassistische Handlungen durch
- 8 Behörden eingerichtet werden.

Begründung

Formale Begründung:

Im Antragsbuch (Stand: 21.08.2020) zu dieser Juso-Landeskonferenz ist auf 99 Seiten lediglich dreimal das Wort Rassismus oder sein Adjektiv zu finden. Seit dem Tod von George Floyd am 25.Mai finden weltweit Proteste gegen rassistische Polizeigewalt und institutionellen Rassismus statt. Rassismus wurde nicht erst nach der Antragsfrist dieser Landeskonferenz real. Rassismus ist seit Jahrhunderten allgegenwärtig und bestimmt den Alltag von BPOC. Dennoch haben wir als Jusos es nicht hinbekommen die Lebensrealität der Menschen und die Forderungen der Proteste in unsere Anträge mit einzubringen. Dies ist keine Kritik an dem Landesvorstand, einzelnen Unterbezirken oder Personen, sondern an unserer gesamten Struktur. Wir müssen selbstreflektiert eingestehen – uns Jusos Frankfurt als Antragssteller eingeschlossen – dass auch wir Teil des Problems sind, wenn wir es nicht klar adressieren und durch unser politisches Engagement versuchen Rassismus insbesondere in der Politik und Gesetzen zu bekämpfen. Es ist gut, dass der Landesvorstand im nächsten Geschäftsjahr ein umfassendes linkes Sicherheitskonzept entwickeln möchte, allerdings sollten wir jetzt schon aktiv werden die rassistischen Polizeigesetze aus unseren Gesetzesbüchern zu streichen.

Inhaltliche Begründung des Antrags:

Im Jahr 2013 wurde durch das Deutsche Institut für Menschenrechte eine Studie zu Racial Profiling durchgeführt[1]. Hierbei ging es konkret um die Frage, ob eine Kontrolle ohne dezidierten Verdacht auf illegale Einreise mit dem Grundgesetz und den allgemeinen Menschenrechten vereinbar ist. Bei der Untersuchung des Bundespolizeigesetzes und verschiedener Landespolizeigesetze wurde festgestellt, dass die Befugnisnormen der Polizei nicht mit dem deutschen Grundgesetz und dem Schengen-Abkommen vereinbar sind. Grund hierfür sind unter anderem juristisch unklar definierte

Rechtsbegriffe, die auf das Ermessen der „Lageerkenntnis“ von Polizeibeamten abstellt und somit keine Normenklarheit geschaffen ist. Diese ist jedoch zwingend notwendig, um Kontrollen zu rechtfertigen und durch die Judikative kontrollierbar zu machen. Cremer empfiehlt deshalb die Streichung des §22 Abs. 1a BPolG, der die anlasslosen Kontrollen ermöglicht und die weitere Überarbeitung bzw. Streichung von ähnlichen Befugnisnormen.

[1] https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/Studie_Racial_Profiling_Menschenrechtswidrige_Personenkontrollen_nach_Bundespolizeigesetz.pdf

Antrag K01: Youth united! Einrichtung und Unterstützung von Kinder- und Jugendparlamenten

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020
Abstimmungsergebnis:	Ja: (80.952 %) 51 Nein: (17.460 %) 11 Enthaltung: (1.587 %) 1 Gültige Stimmen: 63
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 5 - 6: (Änderungsantrag K01-Ä01) - angenommen

1 Die Hessen SPD und die hessische SPD-Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert, sich
2 für eine Gesetzesänderung zur Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten in der
3 Hessischen Gemeindeordnung einzusetzen.

4 Diese soll mindestens folgende Regelungen enthalten:

5 • ~~Kinder- und Jugendparlamente sind in allen Landkreisen sowie allen Städten mit
6 mehr als 30.000 Einwohner*innen in Hessen einzurichten.~~

7 • Kinder- und Jugendparlamente sind in allen Landkreisen sowie allen Städten und
8 Gemeinden in Hessen einzurichten.

9 • Das jeweilige Kinder- und Jugendparlament besitzt Anhörungs-, Antrags- und
10 Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung bzw. dem Kreistag sowie den
11 betreffenden Fachausschüssen bei allen Angelegenheiten, die Kinder- und
12 Jugendliche betreffen.

13 • Den Kinder- und Jugendparlamenten ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein Budget
14 einzuräumen.

15 • Die Kinder- und Jugendparlamente bilden keine Fraktionen.

16 • Die Kinder- und Jugendparlamente werden durch hauptamtliche Beschäftigte der
17 jeweiligen Administration betreut. Dies umfasst politische Bildungsarbeit sowie
18 administrative Unterstützung.

19 Des Weiteren fordern wir die Einrichtung eines hessischen Kinder- und Jugendparlament
20 mit folgenden Rahmenbedingungen:

21 • Es wird ein hessisches Kinder- und Jugendparlament gebildet, das sich nach
22 Einwohner*innenproporz aus Delegierten der Kinder- und Jugendparlamente in den
23 Landkreisen und kreisfreien Städten zusammensetzt.

24 • Das hessische Kinder- und Jugendparlament besitzt Anhörungs-, Antrags- und
25 Rederecht im Landtag sowie den betreffenden Fachausschüssen bei allen
Angelegenheiten, die Kinder- und Jugendliche betreffen.

- 26 • Dem hessischen Kinder- und Jugendparlamenten ist zur Erfüllung seiner Aufgaben
27 ein Budget einzuräumen.
- 28 • Im hessischen Kinder- und Jugendparlament werden keine politischen Fraktionen
29 gebildet.
- 30 • Das hessische Kinder- und Jugendparlament wird durch hauptamtliche Beschäftigte
31 der Landtagsverwaltung betreut und bei seinen administrativen Aufgaben
32 unterstützt.
- 33 • Das hessische Kinder- und Jugendparlament soll mindestens einmal im Jahr, in
34 Form einer 3-4-tägigen Veranstaltung im Wiesbadener Landtag, tagen. Hierdurch
35 soll eine intensive und hauptamtlich begleitete Antragsberatung ermöglicht
36 werden. Der Zeitraum der parlamentarischen Sommerpause des hessischen Landtages
37 wird hierzu empfohlen.
- 38
- 39 Um darüber hinaus die politische Teilhabe von Jugendlichen zu stärken, erneuern wir
40 unsere Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters bei den hessischen Landtags- und
41 Kommunalwahlen auf 16 Jahre.
- 42 Zur Umsetzung der vorgenannten Ziele wird die SPD-Landtagsfraktion dazu aufgefordert,
43 eine Anhörung zur möglichen Organisation und dem Aufbau eines hessischen Kinder- und
44 Jugendparlaments im hessischen Landtag durchzuführen.

Begründung

Die Jusos Hessen setzen sich für die Gründung von Kinder- und Jugendparlamenten auf kommunaler Ebene ein sowie für die Schaffung eines Pendantes auf Landesebene. Kinder- und Jugendparlamente stellen eine konkrete Umsetzung von Jugendpartizipation dar. Sie sind im Idealfall in alle kommunalen Entscheidungsprozesse, die Kinder und Jugendliche betreffen, einbezogen. Diese Form der Mitbestimmung wollen wir auch auf Landesebene etablieren. Denn Kinder und Jugendliche sollen sich nicht nur stärker vor Ort politisch beteiligen, sondern auch Landespolitik mitgestalten können.

Wir wollen Kinder und Jugendliche befähigen, ihre Interessen, egal ob in der eigenen Stadt, Gemeinde, Kreisgebiet oder Bundesland, gegenüber Erwachsenen zu vertreten. Kinder- und Jugendparlamente bieten dazu die Gelegenheit für die Interessen dieser Altersgruppe einzustehen. Erfolgreiche Arbeit von Kinder- und Jugendparlamenten findet man bereits unter anderem in Marburg, Offenbach, Marburg- Biedenkopf, Wiesbaden und im Vogelsbergkreis.

Der Vorteil von gewählten Parlamenten besteht in der Möglichkeit einer langfristigen und wirklich verbindlichen Arbeit. Außerdem erhalten Kinder und Jugendliche einen Einblick in die Politik der Erwachsenen. So wird ihnen gleichzeitig vermittelt, wie Demokratie praktiziert wird. Schließlich lebt eine gut funktionierende Demokratie davon, dass sich viele an ihr beteiligen.

Zugleich stellen wir uns mit diesem Antrag hinter die Forderungen der „Hessischen Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen“ kurz: Huskj. Ihre Vision ist ein demokratisches System in Hessen, dass alle Bürger*innen einschließt – unabhängig vom Alter. Somit sollen Kinder und Jugendliche zu echten Demokrat*innen werden.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag K01-Ä01: Änderungsantrag zu K01

Änderungsantrag zu K01

Antragsteller/in:	Alicia Bokler (Unterbezirk Limburg-Weilburg · Nr. 891082)		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik		
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(52.381 %)	33
	Nein:	(42.857 %)	27
	Enthaltung:	(4.762 %)	3
	Gültige Stimmen:		63

Zeile 5 - 6

- 5 • Kinder- und Jugendparlamente sind in allen Landkreisen sowie allen Städten ~~mit mehr als~~
6 ~~30.000 Einwohner*innen~~ und Gemeinden in Hessen einzurichten.

Begründung

Mit einer Einwohner*innenzahl von mindestens 30.000 werden Kinder und Jugendliche in kleineren Kommunen benachteiligt, wenn die Verwaltungen nicht dazu aufgefordert werden, die Gründung eines KijuPas voranzutreiben. Ziel sollte es sein, in allen Städten und Gemeinden Kinder- und Jugendparlamente einzurichten unabhängig von der Einwohner*innenzahl.

Antrag K02: Politische Partizipation der Jugend ermöglichen

Antragsteller/in:	UB Darmstadt-Stadt
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

- 1 • Etablierung des passiven Wahlrechts für Landtags- und Kommunalwahlen ab 16

Begründung

Es ist ein absurder Gedanke: 17-Jährige dürfen in Hessen zur Bundeswehr und ihr Leben gefährden. Politisch partizipieren dürfen sie nicht. Als junger Mensch wird einem die Mündigkeit abgesprochen eine Wahlentscheidung zu treffen. Für die Entscheidung, das eigene Leben zu riskieren, seien sie aber mündig genug. Dabei geht es gerade auf landes- und kommunaler Ebene um Themen, die Junge Menschen stark betreffen. Beispiele dafür sind Bildungspolitik, Kultur und Subkultur jeglicher Art, sowie Klimapolitik. Diese Themen, die junge Menschen umtreiben, für die Sie auf die Straße gehen und in denen Sie sich engagieren, müssen auch von Ihnen mitbestimmt werden.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag K03: Nichts ist umsonst - nicht einmal der Tod!

Antragsteller/in:	UB Lahn-Dill-Kreis		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik		
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(79.032 %)	49
	Nein:	(4.839 %)	3
	Enthaltung:	(16.129 %)	10
	Gültige Stimmen:		62

- 1 Die Bezirkskonferenz beauftragt die SPD Landtagsfraktion zur Prüfung der nicht
- 2 leistungsgerechten Kosten zur Inbetriebnahme einer Grabstelle im Zusammenhang mit dem
- 3 in der Begründung geschilderten Sachverhalt. Ferner wird die Landtagsfraktion
- 4 aufgefordert, bei erkannten Missständen in einem dem Missstand zu behebenden Maße
- 5 dingbare Schritte einzuleiten. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert die
- 6 tatsächlichen Kosten zur Inbetriebnahme einer Grabstelle zu ermitteln, um
- 7 gegebenenfalls einen die von den Einwohner*innen und Bürger*innen zu zahlenden Kosten
- 8 festlegenden Gesetzesentwurf in den hessischen Landtag einzubringen.

Begründung

Im Zuge der Satzungsautonomie der Kommunen, welche mit der freien Selbstverwaltung (§ 1 (1) i.V.m § 5 HGO) einhergeht, sind die Kommunen ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 2 (1) HGO). Einwohner*innen und Bürger*innen dürfen öffentliche Einrichtungen nutzen und müssen für die Verwendung die Gemeindelasten tragen (§ 20 HGO). Die Kommunen haben dafür zu Sorge zu tragen, dass es in einem angemessenen Maße öffentliche Angebote gibt. Der Friedhof als solches ist eine kulturelle öffentliche Einrichtung, welcher seit jeher als zentraler Punkt der Erinnerungskultur an Verstorbenen Einwohner*innen und Bürger*innen dient. In den schweren Stunden des Verlusts einer geliebten Person kommen dann teilweise horrende Summen auf die Hinterbliebenen zu, welche nicht im Sinne des Verursacherprinzips stehen, welches die Ausgrabung und Bebauung von Kulturdenkmälern behandelt (§ 18 (5) HDSchG). Die Kosten sind durch den Verursacher in einem angemessenen Maße zu tragen. Durch die Autonomie in Form von Kosten- und Nutzungssatzungen für Friedhöfe, sehen wir die korrekte Ausübung des § 18 (5) HDSchG als fraglich an, da die Arbeitnehmer*innen der Kommunen durch einen einheitlichen Tarifvertrag vergütet werden und der zeitliche und materielle Aufwand der Inbetriebnahme einer Grabstelle je nach Ausmaß allerorts vergleichbar sind. Der Gemeindevorstand bzw. der Magistrat einer Kommune, in wessen Auftrag die Arbeitnehmer*innen handeln, ist nach § 66 (1) Ziffer 4 HGO dazu verpflichtet, die öffentlichen Einrichtungen der Kommune zu verwalten. Unter diesen Begriff der Verwaltung fällt demnach auch die Instandhaltung jener, da dies im öffentlichen Interesse liegt, in welchem es zu handeln gilt.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag K04: Offensive beim sozialen Wohnungsbau in Hessen

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019
Abstimmungsergebnis:	Ja: (83.871 %) 52 Nein: (6.452 %) 4 Enthaltung: (9.677 %) 6 Gültige Stimmen: 62
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 19: (Änderungsantrag K04-Ä04) - angenommen Zeile 27 - 28: (Änderungsantrag K04-Ä03) - angenommen (Änderungsantrag K04-Ä02) - angenommen Zeile 55 - 57:

- 1 Um auf den großen Mangel an bezahlbaren, bzw. geförderten Wohnraum zu reagieren,
- 2 fordern
- 3 wir eine Gestzgebungsoffensive im hessischen Wohnungsbau, die folgende Punkte
- 4 umfasst:
- 5 • Rekommunalisierung von privatisierten Wohnungen. Dafür müssen neben sich im
- 6 Besitz
- 7 der öffentlich Hand befindlichen Wohnungsgesellschaften auch nicht
- 8 gewinnorientierte
- 9 Genossenschaften und Mietergemeinschaften beim Rückkauf von Wohnungen gefördert
- 10 • Sozialbindung bei gefördertem Wohnraum von mindestens 50 Jahren, ohne vorherige
- 11 Möglichkeit die Wohnung aus der Bindung zu kaufen.
- 12 • Verkauf von Landeseigentum nur nach Konzept und nicht nach Höchstpreis
- 13 • Vergesellschaftung der Wohnungen von Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht
- 14 (unabhängig von der Rechtsform und eingeschlossen der Töchter und
- 15 nachgeordneten
- 16 Wohnungsunternehmen) die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen. Die Höhe der
- 17 Entschädigung ist gemäß Art. 15 des Grundgesetzes unterhalb des Marktwertes
- 18 Betroffene Wohnungen werden anschließend ausschließlich im geförderten
- 19 ~~Bereich liegen.~~
Bereich liegen. Davon Ausgenommen sind Unternehmen, bei denen die öffentliche Hand ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in privatrechtlicher Organisationsform bündelt sowie Unternehmen, die in ihrem Bestand zu über 50% geförderten, also preisgebundenen Wohnraum anbieten.
- 20 • Schaffung von zusätzlich 10.000 Wohneinheiten für Studierende (im geförderten

- 21 Bereich) in hessischen Universitätsstädten bis 2023
- 22 • Schaffung von mindestens 8.000 Wohnungen jährlich im geförderten Bereich. Dabei
23 sollte der Schwerpunkt auf hessischen Ballungszentren liegen.
- 24 • Erarbeiten eines Programms der Landesregierung zur Attraktivitätssteigerung des
25 ländlichen Raums (Bsp. Glasfaserleitungen auch im ländlichen Raum verlegen, ÖPNV
26 im ländlichen Raum ausbauen).
- 27 • ~~Einführung eines Planungswertausgleichs, der 80% der Wertsteigerung von~~
28 ~~Grundstücken durch eine geänderte Bauleitplanung besteuert~~
- Einführung eines Planungswertausgleichs, der 80% der Wertsteigerung von Grundstücken durch eine geänderte Bauleitplanung besteuert
- füge an:
- Staatliche Stellen, wie etwa Wohnungsbaugesellschaften, sollen die Rolle des „ehrlichen Maklers“ einnehmen und damit bestehende Allokationsprobleme lösen.
- 29 Um diese Ziele erreichen zu können, braucht es neben Investitionen auch eine
30 Weiterentwicklung des Bauplanungsrechts. Gemäß der Studie „Urbanes Wohnen - Neue
31 Wohnraum Potenziale“ der TU Darmstadt und dem Pestel- Institut Hannover, fordern wir
32 folgende Anpassungen von bauordnungs- und bauplanungsrechtlichen Vorgaben, um einen
33 möglichst hohen Anteil an zusätzlichem, bezahlbarem Wohnraum ohne neuen
34 Flächenverbrauch zu schaffen:
- 35
- 36 • Entwicklung von urban angemessenen Geschossflächenzahlen (GFZ) und
37 Grundflächenzahlen (GRZ) sowie von quartiersbezogenen Planungszielen, z.B. über
38 einen „Quartiersplan“.
- 39 • Schaffung von planungs- und ordnungsrechtlichen Leitlinien für das Quartier.
40 Identifikation der Potenziale im Detail und Festlegung der städtebaulichen,
41 gestalterischen und nachbarschaftlichen Verträglichkeit als Grundlage der
42 Gebäudeplanung.
- 43
- 44 • Zulassung der Überschreitung der zulässigen Geschossflächenzahl (GFZ) für
45 Aufstockungen ohne Ausgleichsmaßnahmen.
- 46 • Erleichterungen im Genehmigungsverfahren zur Nutzungsänderung im Bestand hin zu
47 einer Wohnnutzung.
- 48
- 49 • Einzelfallbetrachtungen von Lösungen im Bestand bei Zielkonflikten mit
50 Anforderungen für den Neubau.
- 51 • Einrichten einer zentralen Anlaufstelle als einheitlicher Ansprechpartner auf
52 kommunaler Ebene.

53 **Anpassungen im Bauordnungsrecht:**

54

- 55 • ~~Reduktion von Anforderungen (z.B. im Bereich Schall, Wärme, Barrierefreiheit) im~~
56 ~~Sinne der Wohnraumschaffung für Aufstockungen, wenn die statischen und~~
57 ~~technischen Voraussetzungen nachgewiesen werden.~~
- Reduktion von Anforderungen (z.B. im Bereich Schall, Wärme, Barrierefreiheit) im Sinne der
Wohnraumschaffung für Aufstockungen, wenn die statischen und technischen
Voraussetzungen nachgewiesen werden.

- 58 • Stellplatzforderungen wegen sich wandelndem Mobilitätsverhaltens bei
59 Aufstockungen mit Ausnahmen versehen oder entfallen lassen. Hier sollte der
60 Ermessensspielraum der Kommunen für flexible Regelungen gestärkt werden.
61 (Carsharing- Modelle statt Stellplatzverordnung wegen verändertem
62 Nutzerverhalten)

63

- 64 • Fallbezogene Einschätzung des Emissionsschutzes unter Berücksichtigung von
65 technischen Möglichkeiten der Kompensation.
- 66 • Reduktion der Anforderungen der Abstandsflächenregelungen, soweit deren
67 gestalterische, städtebauliche, technische und nachbarrechtliche Verträglichkeit
68 sichergestellt ist.

69

- 70 • Bauordnungsrechtliche Gleichbehandlung aller Baustoffe für tragende und
71 aussteifende Bauteile, wenn diese die Schutzziele, insbesondere des
72 Brandschutzes, gemäß der Bauordnungen erfüllen.

73

74 **Finanzielle Anreize für flächenschonende Wohnbaumaßnahmen**

75 Um Aufstockungen, Umwandlungen und Verdichtungen in Gebieten mit erhöhtem
76 Wohnraumbedarf zu unterstützen, ist eine ggf. temporäre auf die Nachfrage vor Ort
77 angepasste Förderung sinnvoll:

- 78 • Förderung von Vorhaben (Aufstockung, Umnutzung) kommunaler und
79 genossenschaftlicher Unternehmen über eine Investitionszulage in Höhe von 15%
80 (Herstellungskosten).
- 81 • Förderung des Mietwohnungsbaus auch außerhalb der Regionen mit den Mietstufen
82 IV bis VI, wenn dieser durch Aufstockung oder Umnutzung von Nichtwohngebäuden
83 erfolgt.

84

85

86

87

Begründung

Im Kapitalismus zählt die Rendite mehr als Bedürfnisse und die Lebensverhältnisse der Menschen. Daher geht es bei der Frage nach bezahlbarem Wohnraum auch um die Überwindung des marktradikalen Kapitalismusmodells, das in Deutschland seit Jahrzehnten besteht. Daraus ergibt sich nur ein Schluss: Man muss die Wohnungsversorgung dem Markt entziehen, zum Beispiel durch Verstaatlichung, Vergesellschaftung oder Enteignung. Grund und Boden sind nicht länger den ungezügelten Marktkräften auszusetzen, sondern wie Luft und Wasser als Grundrecht jedes Menschen zu betrachten.

Die Möglichkeiten einer Enteignung sind in Art. 15 i. V. m. Art. 14 Abs. 3 Grundgesetz geregelt: *„Grund und Boden [...] können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“*

Enteignungen sind nach dem Grundgesetz somit eindeutig erlaubt, wenn sie *dem Wohle der Allgemeinheit dienen* (Artikel 14 Absatz 3). Der*die ehemalige Eigentümer*in muss dabei gleichzeitig eine Entschädigung erhalten. Diese Entschädigungen sind in ihrer Höhe allerdings *unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen*. Gegen die Höhe der Entschädigung können Personen oder Unternehmen anschließend klagen. Die Ausgleichszahlung kann somit auch weit unter dem aktuellen Marktwert liegen, wenn die Enteignung dem Wohle der Allgemeinheit dient. Die Hessische Verfassung geht mit ihrem Sozialisierungsartikel noch weiter. Dort heißt es *„Gemeineigentum ist Eigentum des Volkes. Die Verfügung über dieses Eigentum und seine Verwaltung soll nach näherer gesetzlicher Bestimmung solchen Rechtsträgern zustehen, welche die Gewähr dafür bieten, dass das Eigentum ausschließlich dem Wohle des ganzen Volkes dient und Machtzusammenballungen vermieden werden.“*

Um die Frage zu beantworten, ob Verstaatlichungen, Vergesellschaftungen oder Enteignungen dem *Wohl des Volkes* dienen und somit notwendig bzw. erlaubt sind, muss die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt betrachtet werden. Daneben muss bewertet werden, welche Anstrengungen die Politik bereits unternommen hat, um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen und vor allem, wie erfolgreich diese Anstrengungen gewesen sind.

Nach dem Property Index 2018 ist Deutschland Spitzenreiter beim Kaufpreiswachstum - in keinem anderen der 14 Vergleichsländer zogen die Preise für Wohneigentum so stark an wie hierzulande. [\[1\]](#)Während Frankreich innerhalb eines Jahres rund 500.000 Wohneinheiten geschaffen hat, liegt die Zahl in Deutschland bei gerade einmal 285.000 Einheiten und somit bei knapp der Hälfte. Der Bestand an Sozialwohnungen nimmt seit Jahrzehnten immer weiter ab. Die Situation in Hessen ist nicht anders. Laut Ministerium haben in Hessen im vergangenen Jahr 50.252 Haushalte eine Sozialwohnung gesucht. Der Bestand an Sozialwohnungen ist dagegen im vergangenen Jahr erneut zurückgegangen und sank gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent auf 85.484 Wohnungen in Hessen. [\[2\]](#)Weiterhin ermöglicht die Schwarz-Grüne Landesregierung kein Zweckentfremdungsverbot. Zu viele bürokratische Hürden und Bauvorschriften erschweren zusätzlich günstiges und schnelles Bauen. Statt vorhandene Landesflächen für die Bebauung mit günstigem Wohnraum zu sichern, werden diese nicht nach Konzept, sondern nach Höhe des Kaufpreises vergeben. Bestes Beispiel für das Versagen der Landesregierung ist der Verkauf des Alten Polizeipräsidiums für über 212 Millionen Euro an einen privaten Investor, der nun

Luxuswohnungen auf ehemals staatlichen Grund errichtet. Weitere prominente Beispiele für die völlig verfehlte Wohnungspolitik sind die neuen *Luxustower* in Frankfurt wie der Grand Tower (bis zu 19.000 Euro pro Quadratmeter), der „*Omniturm*“ (verkauft an einen privaten Investor für 700 Mio. Euro), oder „*One Forty West*“ und „*99 West*“ die *skandalöser Weise auf dem Gelände des ehemaligen „AfE Turms“ der Goethe-Universität errichtet werden und die Gentrifizierung Bockenheims weiter vorantreiben.*

Die Lage in Frankfurt ist insgesamt äußerst angespannt. Die Kosten für neu vermietete Wohnungen sind in 10 Jahren um 42 Prozent auf nun 13,80 Euro pro Quadratmeter gestiegen. [3] Besonders studentisches Wohnen wird stetig unerschwinglicher. Obwohl das Studentenwerk [sic!] in den vergangenen fünf Jahren mehr als 600 Wohneinheiten gebaut und mehr als 500 Plätze angemietet hat, gebe es nur etwa für sieben Prozent der Studierenden im Rhein-Main-Gebiet einen öffentlich geförderten Wohnheimplatz. Bundesweit liegt der Schnitt bei zehn Prozent. [4] Es fehlen in Frankfurt weiterhin 30.000 Wohnungen. Wohnungen in allen Preiskategorien. Bis 2040 werden 106.438 Wohnungen benötigt. 9583 Haushalte sind beim Amt für Wohnungswesen offiziell als Suchende für Sozialwohnungen registriert.

Auf Grund der beschriebenen Entwicklungen im Wohnungsbereich, fordern wir dieses Maßnahmenpaket, um Wohnen dauerhaft erschwinglich zu halten; für alle Menschen!

[1] <https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/property-index-2018-der-europaeische-immobilienmarkt-im-vergleich-wohnen-in-deutschland-noch-immer-erschwinglich-6659371>

[2] <https://www.hr-inforadio.de/programm/das-thema/sozialwohnungen-in-hessen,sozialwohnungen-100.html>

[3] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/262508/umfrage/mietpreise-in-frankfurt-am-main/>

[4] <http://www.fr.de/frankfurt/wohnen/studieren-in-frankfurt-viel-zu-wenige-wohnheimplaetze-a-1584446>

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag K04-Ä01: Änderungsantrag zu K04

Änderungsantrag zu K04

Antragsteller/in:	Jakob Knodt (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 349440)
Status:	abgelehnt
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Zeile 13 - 19

- 13 • ~~Vergesellschaftung der Wohnungen von Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht~~
14 ~~(unabhängig von der Rechtsform und eingeschlossen der Töchter und~~
15 ~~nachgeordneten~~
16 ~~Wohnungsunternehmen) die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen. Die Höhe der~~
17 ~~Entschädigung ist gemäß Art. 15 des Grundgesetzes unterhalb des Marktwertes~~
18 ~~Betroffene Wohnungen werden anschließend ausschließlich im geförderten~~
19 ~~Bereich liegen.~~

Begründung

Der Absatz schließt auch alle Immobilienunternehmen ein, welche aufgrund Ihrer Rechtsform zwar als gewinnorientiert einzustufen sind, deren Unternehmensziel aber die Förderung von preiswerten Wohnraum ist und deren Wohnungen zu einem großen Teil Mietpreis- und Belegungsbindungen unterliegen.

Ein Beispiel ist hierfür die Bauverein AG.

Antrag K04-Ä02: Änderungsantrag zu K04

Änderungsantrag zu K04

Antragsteller/in:	Lukas Dittrich (Unterbezirk Wetterau · Nr. 127753)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Zeile 55 - 57

- 55 • ~~Reduktion von Anforderungen (z.B. im Bereich Schall, Wärme, Barrierefreiheit) im~~
56 ~~Sinne der Wohnraumschaffung für Aufstockungen, wenn die statischen und~~
57 ~~technischen Voraussetzungen nachgewiesen werden.~~
- Reduktion von Anforderungen (z.B. im Bereich Schall, Wärme, Barrierefreiheit) im Sinne der Wohnraumschaffung für Aufstockungen, wenn die statischen und technischen Voraussetzungen nachgewiesen werden.

Antrag K04-Ä03: Änderungsantrag zu K04

Änderungsantrag zu K04

Antragsteller/in:	Lukas Dittrich (Unterbezirk Wetterau · Nr. 127753)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Zeile 27 - 28

- 27 • ~~Einführung eines Planungswertausgleichs, der 80% der Wertsteigerung von~~
28 ~~Grundstücken durch eine geänderte Bauleitplanung besteuert~~
- Einführung eines Planungswertausgleichs, der 80% der Wertsteigerung von Grundstücken durch eine geänderte Bauleitplanung besteuert

29

füge an:

- Staatliche Stellen, wie etwa Wohnungsbaugesellschaften, sollen die Rolle des „ehrlichen Maklers“ einnehmen und damit bestehende Allokationsprobleme lösen.

Antrag K04-Ä04: Änderungsantrag zu K04

Änderungsantrag zu K04

Antragsteller/in:	Simon Witsch (Unterbezirk Frankfurt · Nr. 934588)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Zeile 19

- 13 • Vergesellschaftung der Wohnungen von Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht
14 (unabhängig von der Rechtsform und eingeschlossen der Töchter und
15 nachgeordneten
16 Wohnungsunternehmen) die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen. Die Höhe der
17 Entschädigung ist gemäß Art. 15 des Grundgesetzes unterhalb des Marktwertes
18 Betroffene Wohnungen werden anschließend ausschließlich im geförderten
- 19 Bereich liegen. Davon Ausgenommen sind Unternehmen, bei denen die öffentliche Hand ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in privatrechtlicher Organisationsform bündelt sowie Unternehmen, die in ihrem Bestand zu über 50% geförderten, also preisgebundenen Wohnraum anbieten.

Antrag K05: Mehr Demokratie für Jugendliche wagen

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

1 **Forderung: Aufbau von Jugendparlamenten auf Kreisebene mit dem Ziel der Gründung**
2 **eines landesweiten hessischen Jugendparlaments**

3 Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:

4 1. Dies soll unter anderem geschehen, indem in § 4c der hessischen Gemeindeordnung
5 („Die Gemeinde soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und
6 Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die
7 Gemeinde über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner hinaus
8 geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.“) „soll“ durch „muss“ ersetzt
9 wird.[1]

10 2. Damit dies verwirklicht werden kann, soll das Land den Kreisen und den kreisfreien
11 Städten entsprechende Mittel und Kompetenzen bereitstellen. Es soll als Ziel in jedem
12 hessischen Kreis/ kreisfreien Stadt ein Kinder- und Jugendparlament etabliert werden.
13 Die Kinder- und Jugendparlamente haben ein Antrags- und Rederecht in den Kreis-/
14 Stadtparlamenten.

15 3. Es soll letztendlich als Ziel ein landesweites Jugendparlament nach dem Konzept
16 der „Hessischen Jugendvertretung zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen“[2]
17 geben. Das Jugendparlament soll partizipative Rechte im Landtag haben. Es soll ein
18 Rederecht für gewählte Vertreter*innen im Landtag und in den Ausschüssen
19 Kulturpolitik, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sowie
20 Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung ein Antrags- und Rederecht haben.

21

Begründung

Zwar steht die SPD bereits für eine Wahlaltersabsenkung auf 16 Jahre, allerdings darf dies nicht alles gewesen sein. Gerade bei den Themen, die Jugendliche und ihre Zukunft besonders betreffen, sollten Kinder und Jugendliche stärker in den demokratischen Diskurs und den Gesetzgebungsprozess einbezogen werden. Um ein Jugendparlament auf Landesebene (und langfristig gedacht auf Bundesebene) aufzubauen, müssen allerdings erst alle Kreise / kreisfreien Städte vereinheitlichte Formen der Jugendparlamente haben. Wir wollen vom ständigen Reden der

Politik über stärkere Beteiligung der Jugend zum eigentlichen Handeln kommen und die Interessen einer Jugend ernst nehmen und einbringen, die gerade in den letzten zwei Jahren gezeigt hat, dass sie so politisch ist, wie noch nie zuvor.

[1] Siehe auch:http://www.lexsoft.de/cgi-bin/lexsoft/justizportal_nrw.cgi?xid=146137,8 (Hessische Gemeindeordnung, § 4c – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

[2] Die SPD-Fraktion im Landtag hat hier schon der genannten Organisation ihre Zustimmung signalisiert:<https://www.fr.de/rhein-main/vorstoss-jugendparlament-hessen-13440516.html>

Antrag K06: Mehr Demokratie für Jugendliche wagen

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	K - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

1 **Forderung: Aufbau von Jugendparlamenten auf Kreisebene mit dem Ziel der Gründung**
2 **eines landesweiten hessischen Jugendparlaments**

3 Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:

4 1. Dies soll unter anderem geschehen, indem in § 4c der hessischen Gemeindeordnung
5 („Die Gemeinde soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und
6 Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die
7 Gemeinde über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner hinaus
8 geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.“) „soll“ durch „muss“ ersetzt
9 wird.[1]

10 2. Damit dies verwirklicht werden kann, soll das Land den Kreisen und den kreisfreien
11 Städten entsprechende Mittel und Kompetenzen bereitstellen. Es soll als Ziel in jedem
12 hessischen Kreis/ kreisfreien Stadt ein Kinder- und Jugendparlament etabliert werden.
13 Die Kinder- und Jugendparlamente haben ein Antrags- und Rederecht in den Kreis-/
14 Stadtparlamenten.

15 3. Es soll letztendlich als Ziel ein landesweites Jugendparlament nach dem Konzept
16 der „Hessischen Jugendvertretung zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen“[2]
17 geben. Das Jugendparlament soll partizipative Rechte im Landtag haben. Es soll ein
18 Rederecht für gewählte Vertreter*innen im Landtag und in den Ausschüssen
19 Kulturpolitik, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sowie
20 Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung ein Antrags- und Rederecht haben.

21

Begründung

Zwar steht die SPD bereits für eine Wahlaltersabsenkung auf 16 Jahre, allerdings darf dies nicht alles gewesen sein. Gerade bei den Themen, die Jugendliche und ihre Zukunft besonders betreffen, sollten Kinder und Jugendliche stärker in den demokratischen Diskurs und den Gesetzgebungsprozess einbezogen werden. Um ein Jugendparlament auf Landesebene (und langfristig gedacht auf Bundesebene) aufzubauen, müssen allerdings erst alle Kreise / kreisfreien Städte vereinheitlichte Formen der Jugendparlamente haben. Wir wollen vom ständigen Reden der Politik über stärkere Beteiligung der Jugend zum eigentlichen Handeln kommen und die Interessen einer Jugend ernst nehmen und einbringen, die gerade in den letzten zwei Jahren gezeigt hat, dass sie so politisch ist, wie noch nie zuvor.

[1] Siehe auch:http://www.lexsoft.de/cgi-bin/lexsoft/justizportal_nrw.cgi?xid=146137,8 (Hessische Gemeindeordnung, § 4c – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen)

[2] Die SPD-Fraktion im Landtag hat hier schon der genannten Organisation ihre Zustimmung signalisiert:<https://www.fr.de/rhein-main/vorstoss-jugendparlament-hessen-13440516.html>

Antrag M01: Kostenloses Schülerticket Hessen für alle Schülerinnen und Auszubildende

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	M - Mobilitäts- und Verkehrspolitik
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf in den Landtag
- 2 einzubringen, der eine vollständige Erstattung des Schülertickets Hessen für alle
- 3 Schüler*innen und Auszubildende vorsieht, die für das Schülerticket Hessen
- 4 bezugsberechtigt sind.

Begründung

Aktuell dürfen alle Schüler*innen und Auszubildende, deren Schule (Ausbildungsbetrieb) oder Wohnort innerhalb Hessens liegt, ein Schülerticket Hessen beziehen. Das Schülerticket Hessen kostet 1€ am Tag – 365€ im Jahr. Erstattet bekommen das Schülerticket Hessen laut §161 HSchG alle Schüler*innen und Auszubildende, deren Wohnort mehr als 2 km von der Grundschule oder ab der 5. Klasse mehr als 3 km von der Schule bzw. dem Ausbildungsbetrieb entfernt ist.

Von Schüler*innen und Auszubildenden, die näher als die oben angegebene Entfernung an ihrer Schule wohnen, wird erwartet, dass sie von ihren Eltern in die Schule oder zum Ausbildungsbetrieb gefahren werden oder diese das Schülerticket bezahlen. Dies stellt Familien, bei denen beide Eltern arbeiten oder Familien, deren Einkommen es nicht erlaubt, ein Schülerticket zu beziehen, vor besondere Herausforderungen. Auch können wir von Schüler*innen und Auszubildenden nicht erwarten, bei Wind und Wetter, speziell im Winter, bis zu 3 km in die Schule oder zum Ausbildungsbetrieb zu laufen. Da das Schülerticket Hessen nicht nur für die Schule genutzt werden kann, sondern auch für die Freizeit und in den Ferien, werden Schüler*innen und Auszubildende, die das Schülerticket Hessen nicht erstattet bekommen, klar benachteiligt. Sie müssen sich diese Tickets selber kaufen und nicht alle können sich dies leisten.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag M01-Ä01: Änderungsantrag zu M01

Änderungsantrag zu M01

Antragsteller/in:	UB Wetterau
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	M - Mobilitäts- und Verkehrspolitik
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 1 - 4

- 1 ~~Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf in den Landtag~~
- 2 ~~einzubringen, der eine vollständige Erstattung des Schülertickets Hessen für alle~~
- 3 ~~Schüler*innen und Auszubildende vorsieht, die für das Schülerticket Hessen~~
- 4 ~~bezugsberechtigt sind.~~

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen, der eine vollständige Erstattung des Schülertickets Hessen für alle Schüler*innen und Auszubildende vorsieht.

5

Die volle Erstattung der Fahrtkosten soll für Schüler*innen der allgemeinbildenden Schulen von Klasse 1 bis 12 (G8) und von Klasse 1 bis 13 (G9), für Förderschulen, Berufsschulen, (1. bis 4. Ausbildungsjahr), das Berufsvorbereitungsjahr sowie Berufsgrundbildungsjahr gelten. Zugleich werden alle Lehrkräfte dazu verpflichtet, über die Rückerstattung der Kosten zur Bildungseinrichtung ausführlich und in regelmäßigen Abständen aufzuklären.

Antrag M01-Ä02: Änderungsantrag zu M01

Änderungsantrag zu M01

Antragsteller/in:	UB Darmstadt-Dieburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	M - Mobilitäts- und Verkehrspolitik
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 4

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf in den Landtag
- 2 einzubringen, der eine vollständige Erstattung des Schülertickets Hessen für alle
- 3 Schüler*innen und Auszubildende vorsieht, die für das Schülerticket Hessen
- 4 bezugsberechtigt sind.

Des Weiteren muss das Schülerticket auch für Menschen im freiwilligen Jahr oder BufDi übernommen werden.

Antrag M02: Notsignalschalter an Bahnhöfen

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	M - Mobilitäts- und Verkehrspolitik
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

- 1 Festlegung einer Vorschrift für flächendeckende Notsignalschalter, an S-Bahn-
- 2 Stationen und Bahnsteigen der Deutschen Bahn in der Eisenbahn-Bau und Betriebsordnung
- 3 (EBO). Die Vorschrift soll eine festgeschriebene Anzahl an Notfallschalter in einem
- 4 leicht erreichbaren Abstand an den entsprechenden Bahnsteigen festlegen.
- 5

Begründung

Am 13. November 2018 hat sich ein tragischer Unfall an der S-Bahnstation Ostendstraße abgespielt. Der 17-jährige Alptug Sözen hat sein Leben gelassen, als er einen Obdachlosen aus dem Gleisbett retten wollte. Einer der Augenzeugen hat in der FR einen Kommentar geschrieben, dass ein Notsignalschalter fehlte, um den anfahrenden Zug zum halten zu bringen. Ein entsprechendes Modell für Notsignalschalter gibt es bspw. bereits für U-Bahnstationen der VGF. Die Deutsche Bahn hat auf die Kritik reagiert und darauf hingewiesen, es wäre ausreichend 112 zu wählen. Da die Deutsche Bahn nicht selbstständig aus dieser tragischen Geschichte Konsequenzen zieht und handelt, liegt es an der Politik. Eine Umbenennung der S-Bahnstation in Ehren von Alptug Sözen ist eine angemessene symbolische Geste, aber es ist auch wichtig dafür zu sorgen, dass sich so etwas nie wieder wiederholen kann. Eine feste Vorschrift für Notsignalschalter ist dafür der Anfang.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N01: Es reicht! zur Situation der hessischen Sicherheitsbehörden

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020
Abstimmungsergebnis:	Ja: (81.633 %) 40 Nein: (8.163 %) 4 Enthaltung: (10.204 %) 5 Gültige Stimmen: 49

1 Die Aufklärung im Mordfall Walter Lübcke und die Aufdeckung rechtsextremer Strukturen
2 in der Landespolizei zeigen ganz deutlich: Wir stecken mitten im nächsten Skandal der
3 hessischen Sicherheitsbehörden.

4 „Das war eines Rechtsstaats unwürdig“, so lautete das ernüchternde Urteil des
5 Untersuchungsausschussvorsitzenden zu den Ermittlungen der Mordserie um den
6 sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund. Im Fall der rechtsextremen
7 Terrorzelle NSU hätten Polizei und Nachrichtendienste vorurteilsbeladen und mit
8 Scheuklappen ermittelt. Die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern hätten sich nicht
9 ausreichend ausgetauscht und die Gefahr durch den Rechtsextremismus massiv
10 unterschätzt.[1] Wir Jusos forderten 2014 auf Bundesebene schon eine Reform und
11 perspektivisch die Abschaffung der Struktur unserer Geheimdienste. Das dreigeteilte
12 System aus Verfassungsschutz, Militärischem Abschirmdienst und
13 Bundesnachrichtendienst ist offen ineffizient und kommt seiner Verpflichtung
14 eindeutig nicht nach.[2] Im Jahr 2016 konkretisierten wir in Hessen die Beschlusslage
15 und forderten die Abschaffung des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz und
16 die Angliederung der Behörde als Teil des Innenministeriums. An dieser Forderung
17 halten wir nach wie vor fest.

18 Der Verfassungsschutz hat in seinem Umgang mit rechtsextremen Bedrohungen selbst
19 bewiesen, dass er nicht in der Lage ist die freiheitlich demokratische Grundordnung
20 zu schützen und stattdessen mehr und mehr die Frage unterstrichen, wer denn nun die
21 Verfassung vor dem Verfassungsschutz schützt.

22 Die Reform des hessischen Verfassungsschutzgesetzes, die 2017 vorgestellt wurde,
23 liest sich vor dem Hintergrund der desaströsen Situation des Geheimdienstes wie Hohn.
24 Neben der Ermächtigung zur Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ wurde folgende
25 Maßnahme vorgestellt: "Um sicherzustellen, dass das LfV seine anspruchsvolle,
26 arbeitsintensive und erfolgreiche Arbeit weiterführen und ausbauen kann, erhält die
27 Behörde bereits bis zum Ende des Jahres 2017 einen historischen Stellenzuwachs von
28 rund 30 Prozent." [3] Damit erhöhten sich die Planstellen von 312 im Jahr 2016 auf 364
29 im Jahr 2019.[4] In der Gesetzesreform nicht enthalten, war die ausdrückliche
30 Stärkung der Parlamentarischen Kontrollkommission. Sieben Mitglieder des Landtages
31 können unmöglich eigenständig eine Behörde mit hunderten von Mitarbeiter*innen

32 kontrollieren. Gerade dann, wenn die Mitarbeiter*innen der Parlamentarier*innen nur
33 in Ausnahmefällen zu den Sitzungen zugelassen werden und Dokumente nur in den
34 Sitzungen inhaltlich überarbeitet werden können.

35 Die steigende Zahl der Planstellen konnte eine erneute Blamage des LfV nicht
36 verhindern. Die unabhängigen Recherchen zu den Hintergründen der Angeklagten Stefan
37 Ernst und Markus H. lesen sich wie eine Chronik der Unfähigkeit dieses Landesamtes.
38 Während die Angeklagten den Mord am Regierungspräsidenten planten, stand Markus H.
39 mitten im Visier der Polizei und des Verfassungsschutzes aufgrund einer
40 Sicherheitsüberprüfung die sein Arbeitgeber Rheinmetall in Auftrag gegeben hatte.
41 Fünf Tage nach der schrecklichen Tat kam das Ergebnis dieser Überprüfung der Polizei:
42 zu Markus H. lägen "keine aktuellen staatschutzpolizeilichen Erkenntnisse" vor.[5]
43 Sowohl Stephan Ernst, als auch Markus H., galten für den Verfassungsschutz als
44 sogenannte "abgekühlte Rechtsextreme" und ihre Akten wurden 2015 und 2016 geschlossen
45 und gesperrt. Einige dieser gesperrten Akten werden nun neu überprüft. 15 von 20
46 wieder entsperrten Personen hatten oder haben weiterhin Kontakte in die Szene in
47 Nordhessen.[6]

48 Wir fordern deshalb:

- 49 • Eine umgehende erneute Überprüfung aller als "abgekühlt" geschlossenen Akten von
50 Rechtsextremisten und eine öffentlich zugängliche Auswertung der Entwicklungen
51 innerhalb der hessischen Szene von Rechtsextremisten.

52

53 Anscheinend hat der LfV darüber hinaus Hinweise übersehen, aufgrund dessen die Tat
54 vielleicht verhindert hätte werden können. In einem Sorgerechtsstreit sagte die Ex-
55 Partnerin Markus H.s bereits Ende 2018 vor Gericht aus, Markus H. besäße Chemikalien
56 zur Sprengstoffherstellung, illegale Waffen und beschrieb ihn darüber hinaus als
57 "rechtsextrem", der den "Reichsbürgern nahestehende". Außerdem stelle er selbst Munition
58 her.[7] Diese Tatsache ist besonders brisant, da das Attentat auf Walter Lübcke mit
59 nach den Untersuchungen der Kriminaltechnik mit einem selbstgefertigten Projektil
60 verübt wurde.[6] Der Hinweis der Ex-Partnerin Markus H.s wurde jedoch von den Ämtern
61 des Verfassungsschutzes nicht aufgenommen, sondern versickerte wohl in den Akten des
62 Familiengerichtes.

63 Wir fordern deshalb:

- 64 • Eine Meldepflicht öffentlicher Gerichte an die Sicherheitsbehörden bei
65 begründeten Verdachtsmomenten rechtsextremistischer Gefahren.

66

67 Dabei waren alle der drei Pistolen, fünf Gewehre und mehrerer Luftgewehre bis auf ein
68 einziges Waffenteil einer Maschinenpistole vollkommen legal in Markus H.s Besitz.[7]
69 Alle Schusswaffen die in der Wohnung Markus H.s, neben Hakenkreuzen, Büsten von Adolf
70 Hitler und Herrmann Göring, rechtsextremen Propagandaschriften und Bilder von sich
71 mit Hitlergruß posierend, gefunden wurden,[8] waren zusammen mit 5200 Schuss scharfer
72 Munition auf zwei Waffenbesitzkarten eingetragen.[7] Auch hierfür ist der Grund, das
73 absolute Versagen des Verfassungsschutzes. 2015 klagte Markus H. auf sein Recht eine

74 Waffenbesitzkarte zu bekommen vor dem Amtsgericht Kassel und gewann die Klage, weil
75 ihm zwischen 2010 und 2015 keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen nachgewiesen
76 werden konnten. Das Landesamt für Verfassungsschutz hatte es nämlich schlichtweg
77 versäumt die Akteneinträge aus den Jahren 2010 und 2011 an das zuständige Gericht
78 weiterzuleiten und nur Belege für verfassungsfeindliche Umtriebe bis 2009 gemeldet.
79 [9]

80 Wir fordern deshalb:

81 Als Mitglied eines verbotenen Vereines oder einer Partei deren
82 Verfassungsfeindlichkeit nachgewiesen wurde, kann die betreffende Person nach §5(2)3
83 WaffG für zehn Jahre ihre Zuverlässigkeit nicht besitzen, eine Waffenkarte zu
84 beantragen. Für Einzelpersonen denen Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung
85 nachgewiesen wurden, liegt diese Frist bei lediglich der Hälfte. Dies muss mindestens
86 angeglichen werden.

87 • Änderung des Waffengesetzes §5 Absatz 2 Nummer 3 in:

88 "Bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in den letzten **zehn** Jahren

89 a) Bestrebungen einzeln verfolgt haben, die

90 aa) gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind,

91 bb) gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche
92 Zusammenleben der Völker, gerichtet sind oder

93 cc) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen
94 auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

95 b) Mitglied in einer Vereinigung waren, die solche Bestrebungen verfolgt oder
96 verfolgt hat, oder

97 c) eine solche Vereinigung unterstützt haben, [...]"

98

99

100 Es ist für uns nach wie vor nicht hinnehmbar unsere freiheitlich-demokratische
101 Grundordnung einem Geheimdienst anzuvertrauen, der mehr Teil des Problems, als Teil
102 der Lösung zu sein scheint. So beschuldigte der Generalbundesanwalt den hessischen
103 Verfassungsschutz über Monate brisante Informationen zurückgehalten zu haben. Obwohl
104 die Generalbundesanwaltschaft am 10. Juli 2019 die Personenakte zu Stephan Ernst
105 erhalten hatte, hatte das hessische LfV erst am 02. Oktober 2019 Berichte über
106 interne Erkenntnisse und Versäumnisse im Zusammenhang bei der Aufklärung der NSU-
107 Morde weitergeleitet. Zu diesem Zeitpunkt ermittelte der Generalbundesanwalt seit
108 Monaten. In dem teilweise geschwärzten Bericht sei Stephan Ernst elf Mal erwähnt
109 wurden.[10]

110 Darüber hinaus ist unbedingt aufzuklären, welche Verbindungen es zwischen der
111 hessischen Landespolizei und rechtsextremen Netzwerken in Hessen gibt. Denn auch
112 Markus H. hatte Zugang zu internen Informationen der Polizei. Auf dem Handy des
113 Rechtsextremisten wurde ein abfotografiertes Dokument gefunden, das als
114 "Verschlussache - nur für den Dienstgebrauch" eingestuft wurde. Das Dokument war

115 eine Schulungsunterlage über "terroristische Gewaltkriminalität von bundesweiter
116 Bedeutung".[11] Die Anzeichen Rechtsextremer Teile der Landespolizei erhärteten sich
117 erst unlängst durch die Drohemails an Linken-Politikerin Janine Wissler.
118 Unterschrieben mit "NSU 2.0". Auch für diese Emails wurden interne Informationen der
119 Behörde von Rechtsextreme Taten verwendet.[12] Rechtsextreme Netzwerke innerhalb von
120 Polizeibehörden sind durch nichts zu entschuldigen und auf gar keinen Fall zu
121 verharmlosen.

122 Mittlerweile sind über 69 solcher Drohschreiben bekannt, die sich in einem Zeitraum
123 von drei Jahren bundesweit mindestens 27 Personen richteten. Die nicht öffentlichen,
124 persönlichen Daten wurden hierbei von mindestens drei unterschiedlichen Computern des
125 LKA intern abgefragt.[13] Das Landeskriminalamt hat 74 Ermittlungsverfahren gegen
126 Polizist*innen eingeleitet und war trotzdem nicht in der Lage die Täter*innen zu
127 ermitteln.[14]

128 Darüber, dass Hessens Innenminister Beuth mit der Führung und nötigen
129 Umstrukturierung der Sicherheitsbehörden absolut überfordert ist, täuscht auch nicht
130 darüber hinweg, dass er nun seinen Landespolizeipräsidenten austauscht. Anstatt von
131 Anfang an eine klare Linie zu verfolgen und umfassende Untersuchungen zu rechten
132 Netzwerken in der hessischen Polizei zu starten, wurde lieber verharmlost und
133 kleingeredet.

134 Wir können es nicht hinnehmen, dass Rechtsextremisten unsere Sicherheitsbehörden
135 unterwandern. Wir können es nicht hinnehmen, dass der Innenminister die Gefahr nur
136 ernst nimmt, wenn er um seine Position besorgt ist.

137 Wir fordern deshalb:

- 138 • Innenminister Beuth, treten Sie zurück. Jetzt!

139

140

141

142 [1]

143 [https://www.tagesspiegel.de/politik/fazit-beim-nsu-ausschuss-das-war-eines-
144 rechtsstaats-unwuerdig/8219614.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/fazit-beim-nsu-ausschuss-das-war-eines-rechtsstaats-unwuerdig/8219614.html)

145 [2] <https://www.jusos.de/content/uploads/2017/07/Juso-Beschlussbuch-Dezember-2014.pdf>

146 [3]

147 [https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/eckpunkte-fuer-neues-
148 verfassungsschutzgesetz-vorgestellt](https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/eckpunkte-fuer-neues-verfassungsschutzgesetz-vorgestellt)

149 [4]

150 https://lfv.hessen.de/sites/lfv.hessen.de/files/Verfassungsschutzbericht%202018_0.pdf

151 [5] <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/mord-luebcke-helfer-101.html>

152 [6]

153 [https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/mordfall-walter-luebcke-
154 markus-h-rechtsextremismus-festnahme](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/mordfall-walter-luebcke-markus-h-rechtsextremismus-festnahme)

155 [7] <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/mord-luebcke-helfer-101.html>

156 [8]

157 [https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke-der-mysterioese-zweite-](https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke-der-mysterioese-zweite-mann-a-00000000-0002-0001-0000-000171168340?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph)
158 [mann-a-00000000-0002-0001-0000-](https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke-der-mysterioese-zweite-mann-a-00000000-0002-0001-0000-000171168340?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph)
159 [000171168340?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph](https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke-der-mysterioese-zweite-mann-a-00000000-0002-0001-0000-000171168340?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph)

160 [9]

161 [https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2020/Mordfall-Luebcke-Panne-beim-](https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2020/Mordfall-Luebcke-Panne-beim-Verfassungsschutz,luebcke174.html)
162 [Verfassungsschutz,luebcke174.html](https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2020/Mordfall-Luebcke-Panne-beim-Verfassungsschutz,luebcke174.html)

163 [10]

164 [https://www.fr.de/politik/fall-luebcke-hessens-verfassungsschutz-liefert-spaet-](https://www.fr.de/politik/fall-luebcke-hessens-verfassungsschutz-liefert-spaet-brisante-informationen-13508704.html)
165 [brisante-informationen-13508704.html](https://www.fr.de/politik/fall-luebcke-hessens-verfassungsschutz-liefert-spaet-brisante-informationen-13508704.html)

166 [11]

167 [https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke-der-mysterioese-zweite-](https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke-der-mysterioese-zweite-mann-a-00000000-0002-0001-0000-000171168340?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph)
168 [mann-a-00000000-0002-0001-0000-](https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke-der-mysterioese-zweite-mann-a-00000000-0002-0001-0000-000171168340?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph)
169 [000171168340?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph](https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke-der-mysterioese-zweite-mann-a-00000000-0002-0001-0000-000171168340?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph)

170 [12] <https://www.sueddeutsche.de/politik/polizei-hessen-rechts-1.4963411>

171 [13]

172 [https://www.spiegel.de/panorama/justiz/nsu-2-0-landeskriminalamt-hessen-weiss-von-69-](https://www.spiegel.de/panorama/justiz/nsu-2-0-landeskriminalamt-hessen-weiss-von-69-rechtsextremen-drohmails-a-35a3dab9-e60d-45aa-bce1-3e4d0a263d72)
173 [rechtsextremen-drohmails-a-35a3dab9-e60d-45aa-bce1-3e4d0a263d72](https://www.spiegel.de/panorama/justiz/nsu-2-0-landeskriminalamt-hessen-weiss-von-69-rechtsextremen-drohmails-a-35a3dab9-e60d-45aa-bce1-3e4d0a263d72)

174 [14]

175 [https://www.deutschlandfunk.de/hermann-schaus-die-linke-ueber-hessens-innenminister-](https://www.deutschlandfunk.de/hermann-schaus-die-linke-ueber-hessens-innenminister-beuth.694.de.html?dram:article_id=480563)
176 [beuth.694.de.html?dram:article_id=480563](https://www.deutschlandfunk.de/hermann-schaus-die-linke-ueber-hessens-innenminister-beuth.694.de.html?dram:article_id=480563)

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N01-Ä02: Änderungsantrag zu N01

Änderungsantrag zu N01

Antragsteller/in:	Rodan Zeybek (Unterbezirk Darmstadt-Stadt · Nr. 48089)
Status:	nicht entschieden
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Zeile 52

52

- Neubesetzung aller Führungspositionen mit frischem Personal
- Einrichtung einer externen Kontrollstelle mit voller Einsicht in die Arbeit desVerfassungsschutzes

Begründung

Der Verfassungsschutz ist im aktuellen Zustand eine undurchsichtige Instanz, welche außerhalb der etablierten Kontrollstrukturen agiert. Da das Prinzip der absoluten Geheimhaltung beim Verfassungsschutz zu hoch gehängt wurde, fehlt es an Vertrauen in die Arbeit dieser Behörde. Da keiner wirklich sehen kann, ob rechtsstaatliche Grundsetze eingehalten werden und ob die Überwachung überhaupt irgendeinem sinnvollen Prinzip folgt, entsteht das Gefühl, dass der Verfassungsschutz mehr dem Selbstzweck dient, als der Verteidigung der Verfassung.

Er hat über Jahrzehnte eindrucksvoll seine Unfähigkeit unter Beweis gestellt, die rechte Szene in Hessen richtig einzuschätzen und ist gleichzeitig Unwillens, eine Neuausrichtung der Behörde auch nur in Betracht zu ziehen. Diese Mischung aus Unfähigkeit, Unwillen und ideologischen Scheuklappen aufgrund des Festhaltens an der Extremismus Theorie ist höchst gefährlich und zeigt sich beispielsweise in der Nicht-Wahrnehmung der Mordserie des NSU, oder auch an zahlreichen anderen Angriffen und deren unzureichender Aufklärung.

Ohne eine umfassende Neuausrichtung der Sicherheitsbehörden wird sich die Lage in Hessen nicht grundlegend verbessern können. Mit den bestehenden Strukturen werden weiterhin AntifaschistInnen kriminalisiert, faschistische Taten verharmlost und der Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der sogenannten Mitte der Gesellschaft verleugnet.

Antrag N01-Ä03: Änderungsantrag zu N01

Änderungsantrag zu N01

Antragsteller/in:	Rodan Zeybek (Unterbezirk Darmstadt-Stadt · Nr. 48089)
Status:	nicht entschieden
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Zeile 99

99

Die Polizei ist in Deutschland zum Erhalt und zur Durchsetzung des Rechtsstaats zuständig. Eine Aufgabe, welche ein großer Teil der deutschen Polizist*innen im besten Sinne der Gesellschaft vollziehen. Leider gibt es hierbei auch immer wieder Fälle von Polizeigewalt oder unrechtmäßigem handeln. Nach einer Studie der Universität Bochum, werden jährlich mehr als 12.000 Menschen Opfer von Polizeigewalt. Dies schadet nicht nur den Betroffenen, sondern auch dem Ansehen der Polizei in der Bevölkerung immens.

100

Statt Unterstützung durch Gesellschaft und Justiz zu erfahren, muss man bei einer Anzeige immer mit einer Gegenanzeige rechnen. In gerade einmal 2% der Fälle kommt es zu einer Anklage. Verurteilt, wird kaum jemand. Vor Gericht wird Ihnen zumeist geglaubt und oder sie werden durch ihre Kolleg*innen gedeckt. Die Polizeistrukturen haben sich bisher in Teilen leider als unfähig erwiesen, diesem Problem zu begegnen.

Hinzu kommt noch die enge Verflechtung von Polizei und Staatsanwaltschaft, da im sonstigen Tagesgeschäft die Staatsanwaltschaft sehr auf Ermittlungsergebnisse angewiesen sind, besteht von Ihrer Seite kaum ein Interesse Anzeigen konsequent zu verfolgen.

101

Daher fordern wir:

- Einrichtung einer externen Beschwerde- und Kontrollstelle zur Kontrolle der Polizei
- Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen
- Einrichtung von Weiterbildungsprogrammen zur interkulturellen Kompetenz und psychologischen Betreuungsstellen
- Permanent aktive Bodycams im Polizeieinsatz

102

Hierdurch stiege nicht nur die Chance für Betroffene Gerechtigkeit zu erfahren, sondern auch das Ansehen innerhalb der Gesellschaft.

Antrag N01-Ä04: Änderungsantrag zu N01

Änderungsantrag zu N01

Antragsteller/in:	Clara Veit (Unterbezirk Frankfurt · Nr. 718805)
Status:	abgelehnt
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020
Abstimmungsergebnis:	Ja: (25 %) 12 Nein: (72.917 %) 35 Enthaltung: (2.083 %) 1 Gültige Stimmen: 48

Zeile 81 - 86

~~81 Als Mitglied eines verbotenen Vereines oder einer Partei deren
82 Verfassungsfeindlichkeit nachgewiesen wurde, kann die betreffende Person nach §5(2)3
83 WaffG für zehn Jahre ihre Zuverlässigkeit nicht besitzen, eine Waffenkarte zu
84 beantragen. Für Einzelpersonen denen Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung
85 nachgewiesen wurden, liegt diese Frist bei lediglich der Hälfte. Dies muss mindestens
86 angeglichen werden.~~

Als Mitglied eines verbotenen Vereines oder einer Partei deren Verfassungsfeindlichkeit nachgewiesen wurde, kann die betreffende Person nach §5(2)3 WaffG für zehn Jahre ihre Zuverlässigkeit nicht besitzen, eine Waffenkarte zu beantragen. Für Einzelpersonen denen Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung nachgewiesen wurden, liegt diese Frist bei lediglich der Hälfte. Dies muss mindestens angeglichen werden.

Zeile 87

- ~~87 • Änderung des Waffengesetzes §5 Absatz 2 Nummer 3 in:~~
- Änderung des Waffengesetzes §5 Absatz 2 Nummer 3 in:

Zeile 88

~~88 "Bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in den letzten zehn Jahren
"Bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in den letzten zehn Jahren~~

Zeile 89

- ~~89 a) Bestrebungen einzeln verfolgt haben, die~~
- a) Bestrebungen einzeln verfolgt haben, die

Zeile 90

- ~~90 aa) gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind,~~

aa) gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind,

Zeile 91 - 92

~~91 bb) gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche
92 Zusammenleben der Völker, gerichtet sind oder~~

bb) gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche
Zusammenleben der Völker, gerichtet sind oder

Zeile 93 - 94

~~93 cc) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen
94 auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,~~

cc) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen
auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

Zeile 95 - 96

~~95 b) Mitglied in einer Vereinigung waren, die solche Bestrebungen verfolgt oder
96 verfolgt hat, oder~~

b) Mitglied in einer Vereinigung waren, die solche Bestrebungen verfolgt oder verfolgt hat,
oder

Zeile 97

~~97 c) eine solche Vereinigung unterstützt haben, [...]"~~

c) eine solche Vereinigung unterstützt haben, [...]"

98

Waffenscheine werden nicht an Privatpersonen ausgestellt. Alle bisher ausgestellten
Waffenscheine an Privatpersonen sind diesen zu entziehen. Zudem ist der Besitz und das
Führen von Waffen im Privaten verboten.

Jäger*innen, Sicherheitsbeamte und Soldat*innen werden einem umfangreichen
Backgroundcheck unterzogen. Falls eine rechte Gesinnung nachgewiesen werden kann, sind
ihnen Waffen und der Waffenschein zu entziehen.

Zudem sind Waffen und Munition an zwei, geografisch unterschiedlichen Orten im Abstand
von mindestens 500m aufzubewahren. Die Beweispflicht mittels einer Fotografie ist nicht
mehr ausreichend. Außerdem muss die lückenlose Nachverfolgung von Munition und Waffen
sichergestellt werden.

Begründung

Es gibt keinen legitimen Grund als Privatperson eine Waffe zu tragen.

Antrag N02: Einrichtung einer externen Beschwerde- und Kontrollstelle zur Kontrolle der Polizei

Antragsteller/in:	UB Darmstadt-Stadt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 • Einrichtung einer externen Beschwerde- und Kontrollstelle zur Kontrolle der
- 2 Polizei
- 3 • Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen
- 4 • Einrichtung von Weiterbildungsprogrammen zur interkulturellen Kompetenz und
- 5 psychologischer Betreuungsstellen
- 6 • Permanent aktive Bodycams im Polizeieinsatz

Begründung

Die Polizei ist in Deutschland zum Erhalt und zur Durchsetzung des Rechtsstaats zuständig. Eine Aufgabe, welche ein großer Teil der deutschen Polizist*innen im besten Sinne der Gesellschaft vollziehen. Leider gibt es hierbei auch immer wieder Fälle von Polizeigewalt oder unrechtmäßigem handeln. Nach einer Studie der Universität Bochum, werden jährlich mehr als 12.000 Menschen Opfer von Polizeigewalt. Dies schadet nicht nur den Betroffenen, sondern auch dem Ansehen der Polizei in der Bevölkerung immens.

Verstärkt wird es durch den Fakt, dass Betroffene kaum eine Chance haben sich zu wehren.

Statt Unterstützung durch Gesellschaft und Justiz zu erfahren, muss man bei einer Anzeige immer mit einer Gegenanzeige rechnen. In gerade einmal 2% der Fälle kommt es zu einer Anklage. Verurteilt, wird kaum jemand. Vor Gericht wird Ihnen zumeist geglaubt und oder sie werden durch ihre Kolleg*innen gedeckt. Die Polizeistrukturen haben sich bisher in Teilen leider als unfähig erwiesen, diesem Problem zu begegnen.

Das Rechtsstaatsprinzip erfordert zudem Waffengleichheit zwischen Bürger*innen und Polizei. Daher darf es nicht sein, dass der Polizei jede Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, einzelne Bürger*innen auch unter Zwang zu identifizieren, den BürgerInnen aber im Gegenzug keine Möglichkeit eingeräumt wird, BeamtenInnen identifizieren zu können, die sich Verfehlungen schuldig machen.

Damit dies zukünftig gewährleistet wird, müssen PolizeibeamtInnen so gekennzeichnet werden, dass die eindeutig individualisierbar sind. Dies kann durch Nummernschilder erfolgen. Da von Seiten der Polizei geltend gemacht wird, dass dies die Persönlichkeitsrechte der BeamtenInnen verletzen kann, können die Nummern auch von Einsatz zu Einsatz wechseln.

Hinzu kommt noch die enge Verflechtung von Polizei und Staatsanwaltschaft, da im sonstigen Tagesgeschäft die Staatsanwaltschaft sehr auf Ermittlungsergebnisse angewiesen sind, besteht von Ihrer Seite kaum ein Interesse Anzeigen konsequent zu verfolgen.

Um dies zu ändern fordern wir die Errichtung einer von der Polizei unabhängigen Kontrollinstanz, welche es mit ausreichend Befugnissen auszustatten gilt, diesem Problem effektiv zu begegnen.

Hierdurch stiege nicht nur die Chance für Betroffene Gerechtigkeit zu erfahren, sondern auch das Ansehen innerhalb der Gesellschaft.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N03: Auflösung des hessischen Verfassungsschutzes

Antragsteller/in:	UB Darmstadt-Stadt
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

- Auflösung des hessischen Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form
- Neubesetzung aller Führungspositionen mit frischem Personal
- Einrichtung einer externen Kontrollstelle mit voller Einsicht in die Arbeit des
- Verfassungsschutzes

Begründung

Der Verfassungsschutz ist im aktuellen Zustand eine undurchsichtige Instanz, welche außerhalb der etablierten Kontrollstrukturen agiert. Da das Prinzip der absoluten Geheimhaltung beim Verfassungsschutz zu hoch gehängt wurde, fehlt es an Vertrauen in die Arbeit dieser Behörde. Da keiner wirklich sehen kann, ob rechtsstaatliche Grundsetze eingehalten werden und ob die Überwachung überhaupt irgendeinem sinnvollen Prinzip folgt, entsteht das Gefühl, dass der Verfassungsschutz mehr dem Selbstzweck dient, als der Verteidigung der Verfassung.

Er hat über Jahrzehnte eindrucksvoll seine Unfähigkeit unter Beweis gestellt, die rechte Szene in Hessen richtig einzuschätzen und ist gleichzeitig Unwillens, eine Neuausrichtung der Behörde auch nur in Betracht zu ziehen. Diese Mischung aus Unfähigkeit, Unwillen und ideologischen Scheuklappen aufgrund des Festhaltens an der Extremismus Theorie ist höchst gefährlich und zeigt sich beispielsweise in der Nicht-Wahrnehmung der Mordserie des NSU, oder auch an zahlreichen anderen Angriffen und deren unzureichender Aufklärung.

Ohne eine umfassende Neuausrichtung der Sicherheitsbehörden wird sich die Lage in Hessen nicht grundlegend verbessern können. Mit den bestehenden Strukturen werden weiterhin AntifaschistInnen kriminalisiert, faschistische Taten verharmlost und der Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der sogenannten Mitte der Gesellschaft verleugnet.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N04: Integration leben! Ausländer*innenwahlrechte für Hessen

Antragsteller/in:	UB Darmstadt-Stadt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 • Etablierung eines passiven Wahlrechts für nicht EU-Ausländer*innen nach 5-
- 2 jährigem Aufenthalt in Hessen

Begründung

In 15 von 28 EU Mitgliedsstaaten dürfen Drittstaatenangehörige bereits wählen. Diese Partizipation verwehrt Deutschland allerdings vollkommen. Menschen, die seit Jahren in unserer Gesellschaft leben, arbeiten und unsere Kultur bereichern dürfen zwar Steuern zahlen aber politisch nicht Partizipieren. Um Integration tatsächlich zu leben muss eine solche Partizipation erfolgen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N04-Ä01: Änderungsantrag zu N04

Änderungsantrag zu N04

Antragsteller/in:	Leonard Klee (Unterbezirk Gießen · Nr. 154527)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 • Etablierung eines des aktiven und passiven Wahlrechts für ~~nicht~~ Nicht-EU-
- 2 Ausländer*innen Bürger*innen bei Kommunalwahlen in Hessen nach ~~5-~~ fünf jährigem Aufenthalt in Hessen.

Antrag N05: Strengere Regeln gegen Lobbyismus

Antragsteller/in:	UB Gießen, UB Bergstraße
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

1 Lobbyismus beschreibt die Einflussnahme von Interessensgruppen oder Einzelpersonen
2 auf politische Entscheidungen. Solche Interessensgruppen können zum Beispiel
3 Gewerkschaften, Tierschutzorganisationen, Wirtschaftsverbände oder auch Großkonzerne
4 sein. Politiker*innen sind auf Expert*innenwissen angewiesen. Daher ist der Austausch
5 mit Interessensgruppen berechtigt und sinnvoll. Allerdings können aus der Verzahnung
6 von Partikularinteressen und dem politischen Prozess Interessenskonflikte entstehen.
7 Daher sind starke Strukturen und Regulierungen notwendig, damit die potentiellen
8 Interessenskonflikte im politischen Prozess vorausschauend geregelt werden und die
9 Interessensvertretung fair und ausgewogen erfolgt. Der Versuch der Einflussnahme auf
10 politische Entscheidungen muss von außen überprüfbar und hinreichend transparent
11 gestaltet sein. „LobbyControl“ und „Transparency“ International weisen seit Jahren
12 auf den Aufholbedarf in Deutschland bei der Regulierung und Transparenz von
13 Einflussnahme und Lobbyismus hin.

14 Vor diesem Hintergrund fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

15 **1. Verpflichtendes Lobbyregister für verbindliche Transparenz- und**
16 **Verfahrensregeln**

17 Entscheidungsträger*innen lassen sich beraten und tauschen sich zu Themen mit
18 Expert*innen, Bürger*innen und professionellen Interessensvertreter*innen aus. Das
19 ist legitim und kann sehr sinnvoll sein. Zum Problem wird es jedoch, wenn diese
20 Absprachen im Geheimen stattfinden. Ein Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters
21 könnte Licht ins Dunkle bringen und einen verbindlichen Regelungsrahmen für alle
22 Lobbyakteur*innen gleichermaßen schaffen. Ein solches Lobbyregister sollte
23 Transparenz darüber herstellen, wer in wessen Auftrag zu welchem Thema und mit
24 welchem Budget auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen versucht.
25 Lobbyist*innen sollen deshalb dazu verpflichtet werden, sich zentral zu registrieren
26 und alle Termine mit beruflichem Kontext anzugeben. Alle Angaben sollen öffentlich
27 und barrierefrei zugänglich im Internet abrufbar sein, sodass das Lobbyregister für
28 alle Bürger*innen einsehbar und nachvollziehbar ist. Verstöße gegen Registrierungs-
29 oder Verhaltenspflichten sollten effektiv und konsequent sanktioniert werden. Als
30 beispielhaftes juristisches Vorbild soll/kann das Lobby-Transparenzgesetz dienen, das
31 2017 durch „LobbyControl“ und „abgeordnetenwatch“ ausgearbeitet wurde.

32

33 **2. Legislative Fußspur**

34 Weil der vorparlamentarische Entstehungsprozess von Gesetzentwürfen weder für die
35 Öffentlichkeit noch für die Mitglieder des Landtags hinreichend transparent und
36 nachvollziehbar ist, sollte die Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien des
37 Landes Hessen zukünftig regeln, dass alle Gesetzentwürfe mit einem legislativen
38 Fußabdruck versehen werden. Dies sollte sich nicht nur auf die Veröffentlichung von
39 Referent*innenentwürfe und Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen der Landesregierung
40 beziehen, sondern auf den gesamten Lebenszyklus eines Gesetzes. In Thüringen
41 beispielsweise hat die rot-rot-grüne Regierung ein Gesetz auf den Weg gebracht,
42 wonach neben Stellungnahmen im Rahmen der offiziellen Verbändeanhörung in Ministerien
43 und Landtag auch schriftliche Einflussnahmen, die außerhalb des offiziellen
44 Konsultationsprozesses gemacht wurden, veröffentlicht werden müssen.

45

46 **3. Abgeordnetenebeneinkünfte vollständig offenlegen**

47 Bezahlte Nebentätigkeiten können zu finanziellen Abhängigkeiten und damit zu
48 Interessenskonflikten führen. Auftraggebende haben unter Umständen einen besseren
49 Zugang zur Politik und Insiderinformationen. Die aktuellen Regelungen, wonach
50 Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte in groben Stufen angeben müssen, schafft weder ein
51 ausreichendes Maß an Transparenz, noch können damit Interessenskonflikte effektiv
52 eingeschränkt werden. Daher sollten Nebeneinkünfte in Zukunft nach Art und Höhe genau
53 angegeben, veröffentlicht und für alle Bürger*innen barrierefrei zugänglich gemacht
54 werden. Umgehungen oder bewusste Täuschungen müssen dabei konsequent sanktioniert
55 werden. Zudem sollte es eine Begrenzung für Nebenverdienste und die Anzahl der
56 Nebentätigkeiten geben.

57

58 **4. Drehtür-Phänomen wirkungsvoll eindämmen**

59 Im Amt erworbene Kontakte und Insiderwissen können genutzt werden, um Politik im
60 Sinne eines Einzelinteresses zu beeinflussen. Mit der Änderung des
61 Ministerbezügegesetzes im Jahr 2015 wurde nur vermeintlich ein Schritt in die
62 richtige Richtung getan. Ehemalige Mitglieder der Landesregierung sind zwar nun dazu
63 verpflichtet, schriftlich anzuzeigen, wenn sie innerhalb der ersten 18 Monate nach
64 dem Ausscheiden aus dem Amt eine Erwerbstätigkeit oder eine sonstige Beschäftigung
65 außerhalb des öffentlichen Dienstes annehmen wollen. Der Landesregierung ist es aber
66 vorbehalten, ob sie eine Karenzzeit von 12 bis 18 Monate ausspricht oder nicht. Um
67 die Auswirkungen von Interessenskonflikten zwischen neuer und alter Stelle zu
68 verkleinern, sollte die Karenzzeit auf mindestens drei Jahre erhöht und die
69 Entscheidung über den Ausspruch einer Karenzzeit einem parlamentarischen Gremium
70 obliegen. Außerdem sollten die Angaben über neue Erwerbstätigkeiten oder sonstige
71 Beschäftigungen für alle Bürger*innen öffentlich einsehbar sein.

72

73 **5. Einsetzung eines unabhängigen Lobbybeauftragten**

74 Lobbyismus muss nicht nur klar und fair geregelt sein, sondern auch entsprechend
75 kontrolliert werden. Daher ist die Einsetzung eines*r unabhängigen Lobbybeauftragten

- 76 notwendig. Diese*r könnte zum Beispiel das Lobbyregister führen, die Einhaltung der
- 77 Vorschriften kontrollieren, Beschwerden nachgehen und Jahresberichte vorlegen.

78

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N06: Bürgerbegehren reformieren

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord, UB Frankfurt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Die Hessische Gemeindeordnung soll so geändert werden, dass die Initiator*innen eines
- 2 Bürgerbegehrens bereits bei 1/10 der notwendigen Stimmen eine Zulässigkeitsprüfung
- 3 einfordern können. Bei kleineren Beanstandungen soll das Begehren weiterlaufen und
- 4 angepasst werden. Die bereits gesammelten Stimmen sollen weiterzählen. Bei größeren
- 5 Beanstandungen müssen die Initiator*innen jedoch von vorne mit der
- 6 Unterschriftensammlung beginnen.
- 7

Begründung

Die aktuelle Vorgehensweise bei Bürgerbegehren erzeugt unnötigen Frust. Das bekommen wir besser hin.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N07: Her mit dem ganzen Leben - den 8. März zum gesetzlichen Feiertag in Hessen machen

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Die SPD-Fraktion im hessischen Landtag möge sich dafür einsetzen, den 8. März – den
- 2 Internationalen Frauentag – in Hessen zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären.
- 3 Wir wollen dadurch eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Feiertage anregen und
- 4 uns in dieser eindeutig positionieren.

Begründung

Seit 1975 ist der 8. März ein offiziell durch die Vereinten Nationen erklärter jährlicher Feiertag. Er geht zurück auf die Forderung Clara Zetkins anlässlich der ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1907.

Im Jahr 2019, 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, hat das Land Berlin als erstes deutsches Bundesland den 8. März zum Feiertag erklärt. Es zollt damit den Verdiensten von Frauen* Anerkennung und Respekt.

Heute steht der 8. März ganz im Zeichen des Ziels, eine vollständige Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen. Er würdigt die hart erkämpften Erfolge der Frauenbewegung und mahnt gleichzeitig an, dass auch weiterhin für die Gleichberechtigung der Frauen* gekämpft werden muss.

Als gesetzlicher Feiertag schafft der 8. März, äquivalent etwa zum 1. Mai als Tag der Arbeit für die Belange der abhängig Beschäftigten, Sichtbarkeit für die Anliegen von Frauen*.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N08: My body, my choice - Frauen informieren, §219 a StGb abschaffen

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019
Abstimmungsergebnis:	

1 Wir fordern:

- 2 • dass sich die SPD dafür einsetzt, dass Hessen im Bundesrat die von Berlin
3 angestoßene Abschaffung des Paragraphen 219a StGB unterstützt sowie
4 • in der SPD auf Bundesebene ebenfalls die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB
5 vorantreibt und sich nicht mit dem durch die Große Koalition beschlossenen
6 Gesetz, der die Situation für Ärzt*innen sowie Betroffene wenig bis gar nicht
7 verbessert, zufrieden gibt.

8

Begründung

In der Debatte um den Paragraphen 219a StGB hat sich auch gezeigt, wie schwierig es für betroffene Frauen ist, Ärzt*innen zu finden, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Gleichzeitig werden Ärzt*innen, die angeben Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, häufig bedroht oder gar verklagt. Eine vom Land zur Verfügung gestellte Auflistung, wie sie bereits seit längerem in Berlin und Hamburg existiert, schützt Ärzt*innen und schafft für Betroffene einen einfachen Zugang zu Informationen.

Der unlängst vorgestellte Kompromiss von Union und SPD belässt den Paragraphen im Strafgesetzbuch und kriminalisiert weiterhin Ärzt*innen, die Abbrüche vornehmen und über diese auch ausführlich informieren. Eine reine Tatsachenangabe erachten wir als nicht ausreichend, da sie Betroffene nicht umfänglich informieren kann.

Generell suggeriert ein sogenanntes „Werbeverbot“, dass es sich bei Schwangerschaftsabbrüchen nicht um medizinische Eingriffe, sondern um attraktive Leistungen handelt. Das dahinter stehende Frauen*bild spricht Frauen* die Selbstbestimmung über ihre Körper, sowie die Fähigkeit einer selbstständigen Entscheidung, die sich der Konsequenzen bewusst ist, ab. Wer sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung ernst nimmt, muss auch weiterhin sagen: #wegmit219a!

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N09: Veröffentlichungen von Wahlprognosen vor Wahlen

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

- 1 Die Freiheit und Gleichheit der Wahl i. S. d. Art. 38 I 1 GG ist bedroht, wenn
- 2 unmittelbar vor der Wahl Prognosen über deren Ausgang veröffentlicht werden. Daher
- 3 fordern wir, die Veröffentlichung von Wahlprognosen nach Definition des
- 4 Wissenschaftlichen Dienstes (Quelle: Ausarbeitung WD 3 – 3000 – 058/18, S.4) vor der
- 5 Wahl für einen angemessenen Zeitraum, der vom wissenschaftlichen Dienst erarbeitet
- 6 werden soll, zu befristen.

Begründung

Die politisch-publizistische Debatte über eine solche Regulierung hat in den letzten Jahren erheblich an Fahrt gewonnen. Vor der Bundestagswahl 2013 brach das ZDF die über Jahrzehnte geltende Tradition der öffentlich-rechtlichen Sender, keine Umfragen zehn Tage vor der Wahl zu veröffentlichen: Drei Tage vor der Wahl veröffentlichte der Sender ein „Politikbarometer“ und stieß damit auf massive Kritik.^[1] Mittlerweile werden fast von allen großen Meinungsforschungsinstituten (Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen und GMS) noch bis zu zwei (bzw. bei letzteren beiden drei) Tage vor der Wahl Prognosen veröffentlicht.^[2]

Verboten ist derzeit gem. § 32 II BWahlG lediglich die Veröffentlichung von Wähler*innenbefragungen am Wahltag von der Öffnung bis zur Schließung der Wahllokale um 18 Uhr. Verfassungsrechtlicher Hintergrund ist der in Art. 38 I 1 GG garantierte Grundsatz der Gleichheit der Wahl: Wenn am Vormittag ohne Kenntnis der Umfrageergebnisse und am Nachmittag mit entsprechendem Informationshintergrund gewählt würde, ist die Stimmenabgabe unter ungleichen Bedingungen erfolgt.^[3] Angesichts steigender Zahlen von Wähler*innen, die ihre Stimmenabgabe per Briefwahl vornehmen (zuletzt 28,6 %)^[4], werden immer mehr Stimmen unter ungleichen Bedingungen abgegeben.^[5]

Weiterhin ungeklärt ist, wie sich solche Veröffentlichungen auf die Wahlentscheidungen der Bürger*innen auswirken. Über den Einfluss von Wahlprognosen gibt es viele Theorien und Hypothesen, denen aber zumindest im Hinblick auf deutsche Wahlen noch keine belastbaren empirischen Belege zugrunde gelegt werden können.^[6] Studien in Kanada 1988^[7] und Dänemark 2015^[8] deuten darauf hin, dass Wähler*innen tendenziell weniger dazu neigten Parteien zu wählen, die in Umfragen schlechter abschnitten. In Dänemark wurde ebenfalls der gegenteilige Effekt beobachtet, dass Parteien von guten Umfragen letztlich auch in der Wahl profitieren. Die „Bandwagonhypothese“ geht insoweit davon aus, dass Menschen grundsätzlich lieber auf der Seite der Sieger*innen einer Wahl stehen.^[9] Auch wenn die Auswirkungen auf die deutschen Wahlen bisher ungeklärt sind, ist die Manipulationsgefahr in den letzten Jahren angesichts von

Hackerangriffen und Fake-News Kampagnen sichtlich gewachsen.

Eine Ausdehnung des Veröffentlichungsverbots des § 32 Abs. 2 BWahlG wäre geeignet, diesen Gefahren entgegenzuwirken. Die damit verbundenen Grundrechtseingriffe in die Meinungs-, die Informations-, die Presse- und eventuell die Berufsfreiheit sind auch nach Auffassung des wissenschaftlichen Dienstes verhältnismäßig.^[10]

Die Kritik, „taktischen“ Wähler*innen würde die Informationslage entzogen, kann entgegenhalten werden, dass auch sieben oder zehn Tage alte Umfragen „taktische“ Wahlen nicht verhindern. Derzeit wird die substantielle Darstellung von Themen, Inhalten und Kandidat*innen durch einen medial inszenierten Wettkampf (horse-race-Berichterstattung) verdrängt, der Politik als Spiel mit Gewinner*innen und Verlierer*innen darstellt.

Das wichtigste subjektive Recht der Bürger*innen auf demokratische Teilhabe, das Wahlrecht, muss angesichts der sich verändernden Umstände stärker geschützt werden. Dieser Antrag möchte die Debatte über einen bewussteren Umgang mit Umfrageergebnissen im Rahmen der politischen Meinungsbildung anstoßen.

Mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Betroffenheit wäre eine überparteiliche Abstimmung/ Lösung hinsichtlich der Ausgestaltung wünschenswert.

[1] S. etwa *Hoffmann, Hanna*: Beeinflussen veröffentlichte Umfrageergebnisse die Wählerschaft?, in: T. Faas/D. Molthagen/T. Mörschel, *Demokratie und Demoskopie*, S. 97, 2017

[2] <http://www.wahlrecht.de/umfragen/archiv/2017.htm>.

[3] *Trute, Hans-Heinrich*, in: v. Münch/Kunig, *GG Kommentar*, Art. 38, Rn 49.

[4] *Der Bundeswahlleiter (2017), Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler bei den Bundestagswahlen 1994 bis*

2017 nach Ländern (auf Grundlage des amtlichen Endergebnisses), https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/b4aeabb8-7fac-473e-8581-cd718cb7a007/BTW_ab94_briefwahl.pdf.

[5] *Hahlen*, in: *Schreiber, Kommentar zum BWahlG*, 10. Auflage, § 32 Rn 7.

[6] Vgl. WD 1 - 3000 - 045/16, S. 4 ff.; WD 3 - 3000 - 058/18, S. 5.

[7] *Blais/Gidengil/Nevitte, Do Polls Influence the Vote?*, in: *Brady/Johnston, Capturing Campaign Effects*, 2006,

1. 263 (272).

[8] *Dahlgaard u.a., How are Voters Influenced by Opinion Polls? The Effect of Polls on Voting Behavior and Party*

Sympathy, *World Political Science* 2016, 28, http://www.kaspermhansen.eu/Work/wps_2016.pdf.

[9] *Hopmann, David Nicolas: Vom emotionalen Underdog zur bewussten Strategie: Wie Meinungsumfragen die*

Parteipräferenz der Wähler beeinflussen. In: T. Faas, *Information – Wahrnehmung – Emotion*, S. 53-54, 2010.

[10] WD 3 - 3000 - 058/18, S. 8.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N10: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren - Rundfunkbeiträge senken

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Gerade in Zeiten von „fake news“ und erstarkendem Populismus sind unabhängige und
- 2 qualitativ hochwertige Nachrichten, wie sie der öffentliche Rundfunk bereitstellt,
- 3 unverzichtbar. Die südhessischen Jusos bekennen sich daher zum politischen
- 4 Bildungsauftrag des ÖRR. Er ist „unverzichtbarer Dienstleister an der Demokratie“[\[1\]](#).
- 5 Allerdings haben sich ARD und ZDF auf immer neue Geschäftsfelder –insbesondere in der
- 6 Unterhaltungsindustrie- ausgedehnt und dabei teilweise ihre Hauptaufgaben
- 7 vernachlässigt und nicht zuletzt auch immer mehr Geld gekostet.
- 8 Wir Jusos wollen die öffentlich-rechtlichen Medien grundlegend reformieren und fit
- 9 für die Zukunft machen. Dabei sind für uns folgende Eckpunkte zentral:
- 10 • Der öffentliche Rundfunk soll sich komplett frei von Werbung, Sponsoring und
- 11 anderen
- 12 kommerziellen Einflüssen machen.
- 13 • Die Zusammensetzung von Rundfunkräten soll reflektiert und insbesondere der
- 14 Anteil
- 15 von Politiker*innen und Staatsvertreter*innen reduziert werden. Stattdessen
- 16 sollen
- 17 angelehnt an Fahrgastbeiräte Interessensvertretungen aus Konsumentensicht
- 18 eingeführt werden.
- 19 [\[1\]](#) Peter Voß, Warum es ohne die ARD nicht geht, in: Media-Perspektiven, (1999) 6,
- 20 S. 278-
- 21 287

Begründung

Der deutsche öffentliche Rundfunk ist der teuerste auf der Welt. Speziell junge Menschen oder solche mit niedrigem Einkommen werden durch den Rundfunkbeitrag in Höhe von aktuell 17,50€ pro Haushalt überproportional belastet.

Gleichzeit haben nur wenige Zuschauer*innen den Eindruck, dass der öffentliche Rundfunk seinem verfassungsmäßigen Auftrag gerecht wird. Eine Forsa-Umfrage unter 14 – 49-Jährigen ergab 2008, dass 63% der Befragten nicht finden, dass die Öffentlich-Rechtlichen ihrem Bildungsauftrag nachkommen.[\[1\]](#) Wurden früher noch alle Plenardebatten im deutschen Bundestag live im ZDF

übertragen, so hat das ZDF z.B. 2009 anstatt der Konstituierung des Parlaments lieber die Wiederholung der 158. Folge der Serie „Alisa, folge deinem Herzen“ und die 36. Folge der Serie „Bianca – Wege zum Glück“ gezeigt. Im Jahr 2013 wurde nicht einmal die Gedenkstunde zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Hauptprogramm von ARD oder ZDF gezeigt.

Leider haben in der Programmplanung Unterhaltungsformate, die eine bessere Quote bringen, oft Vorrang gegenüber hochwertigen Informationsangeboten aller Art. Eine zentrale und berechtigte Frage ist, ob es Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Sender ist, Quizshows mit Jörg Pilawa, Küchenschlachten, das Traumschiff mit Kapitän Florian Silbereisen und Zooreportagen zu produzieren. Oder ob es verhältnismäßig ist, Übertragungsrechte für Fußballweltmeisterschaften in dreistelliger Millionenhöhe zu erwerben und den Rundfunkbeitrag auch so immer weiter in die Höhe zu treiben.

Der ÖRR verhält sich in seiner Fixiertheit auf hohe Zuschauerzahlen nicht anders als private Sender. Und das obwohl der Rundfunkbeitrag ihn eigentlich von diesem Zwang befreien sollte.

Das Argument, nur die Öffentlich-Rechtlichen könnten hochwertiges Programm produzieren, lässt sich leicht entkräften. So beweisen etwa der Zeitungsmarkt oder der amerikanische Sender CNN, dass das Bedürfnis nach anspruchsvollen und verlässlichen Informationen und Unterhaltungsangeboten auch jenseits der ÖRR befriedigt werden kann. Zudem ist anzunehmen, dass populäre Formate wie der Tatort auch von privaten Fernsehanbietern fortgeführt werden würden.

Ziel der Medienpolitik sollte es sein, der öffentlich-rechtlichen Garantie auf vertrauenswürdige Informationen wieder höchste Bedeutung beizumessen. Entertainment jedoch ist keine Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wer weiterhin gerne Spielfilme, Sport oder Serien sehen möchte, der soll künftig selbst entscheiden können, ob er sich privater Sender mit Werbung, Pay-TV-Angeboten oder online Streamingdiensten bedient.

Dennoch ist genauso unbestritten, dass der ÖRR als Bindeglied zwischen Bürger*innen und Politik gute Arbeit leistet und großes Potential hat. Doch um seine besondere Stellung und Bevorzugung gegenüber anderen Medien und Fernsehsender zu legitimieren muss er anders als die privaten Sender sein. Sein oberstes Gebot darf nicht sein, einfach nur möglichst viele Menschen zu erreichen. Sein oberstes Ziel muss es werden, ein sehr gutes Programm zu bieten, das möglichst viele Menschen erreicht.

[1] <http://www.bpb.de/apuz/32156/selbstbewusst-anders-sein-essay?p=all>

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N11: Trekkingplätze - Erleben und Bilden in der Natur

Antragsteller/in:	UB Gießen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Der Juso-Landesverband Hessen fordert die Förderung von Trekkingplätzen in hessischen
- 2 Waldgebieten (ausgenommen sind Naturschutzgebiete) – zu einem Trekkingplatz gehören
- 3 mindestens eine Komposttoilette, eine Feuerstelle und Sitzgelegenheiten. Dazu
- 4 halten wir die Erstellung einer Webseite oder App, auf der die Wanderenden sich für
- 5 eine Übernachtung auf einem Trekkingplatz eintragen können, auf der Mängel
- 6 beanstandet werden können und auf der vor Gefahren wie Baumfällarbeiten oder einem
- 7 hohen Waldbrandrisiko hingewiesen wird, für eine gute Möglichkeit, die Trekkingplätze
- 8 zu verwalten. Der ÖPNV, der größere Waldgebiete anfährt, soll ausgebaut werden, höher
- 9 getaktet und kostenlos sein. Die kostenlosen Tickets für den ÖPNV zu den Waldgebieten
- 10 sollen dabei auf der Webseite oder App erhältlich sein.
- 11 Den Waldbesitzer*innen, den Gemeinden oder dem Land Hessen ist vorbehalten, eine
- 12 temporäre Schließung von Trekkingplätzen zu veranlassen, um eine Gefährdung der
- 13 Wandernden oder der Natur zu verhindern. Als Gründe können beispielsweise
- 14 Baumfällarbeiten, eine Jagd, ein hohes Waldbrandrisiko, Unwetter, Hochwasser,
- 15 Paarungs-/Brutzeiten von Tieren oder andere fortwirtschaftliche oder naturgegebene
- 16 Gründe vorgebracht werden. Bei umweltschädlichem Verhalten sind die Wandernden aus
- 17 dem Waldgebiet zu verweisen.

Begründung

Da das Zelten in hessischen Wäldern verboten ist, wird vielen Naturbegeisterten die Möglichkeit genommen, die Natur bewusst zu erleben und sich vom Arbeitsalltag zu erholen. Auch Kindern und Jugendlichen bleibt so eine Erkundung der heimischen Natur verwehrt. Wir wollen aber, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erlangen, die Natur zu entdecken, sich an ihr zu erfreuen und etwas über die heimische Flora und Fauna zu lernen. Auch im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes halten wir die Schaffung von Trekkingplätzen für ein gutes Mittel, um das Bewusstsein für die Natur zu stärken: Man kann nur schützen, was man kennt.

Das Vorhandensein einer Komposttoilette und von Sitzgelegenheiten ist selbsterklärend. Eine Feuerstelle ist eine sinnvolle Ergänzung, da ein Lagerfeuer für viele zum abendlichen Beisammensitzen dazugehört und durch die Feuerstelle die Voraussetzung für einen fachgerechten, kontrollierten Abbrand des Holzes geschaffen ist. So wird auch das Waldbrandrisiko gesenkt.

Um die geschaffenen Trekkingplätze zu koordinieren, eine Doppelbelegung zu verhindern, auf

Gefahren wie Baumfällarbeiten oder ein hohes Waldbrandrisiko aufmerksam zu machen, einen guten Zustand der Trekkingplätze zu gewährleisten und das kostenlose ÖPNV-Ticket abzurufen, halten wir es für sinnvoll, eine Webseite oder eine App zu erstellen, bei der sich die Wandernden verpflichtend eintragen müssen. So werden sie über die Risiken informiert und man kann einem Missbrauch der Nutzung des ÖPNV-Tickets vorbeugen. Das Ticket selbst soll die Anreise erleichtern und das Erleben und Bilden in der Natur auch für finanziell schwache Familien weiter öffnen.

Der Vorbehalt der Waldbesitzer*innen, der Gemeinden oder des Landes Hessen ist selbsterklärend.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N12: Verbot von Bild- und Videoaufnahmen unter Röcken und Kleidern

Antragsteller/in:	UB Groß-Gerau
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

- 1 Die Landeskonferenz möge beschließen, sich dafür einzusetzen, dass es zu einem Verbot
- 2 von Bild- und Videoaufnahmen unter Röcken und Kleidern, in der Bundesrepublik kommt
- 3 und eine Zuwiderhandlung unter Strafe zu stellen ist und eine strafrechtliche
- 4 Verfolgung eingeleitet werden soll. Hierzu soll der Bundestag ein entsprechendes
- 5 Gesetz aufnehmen oder das Recht am eigenen Bild entsprechend anpassen.

Begründung

Gerade im 21. Jahrhundert sollte eine solche Thematik nicht für Diskussion sorgen. Wie kann es dazu kommen, dass heute noch eine solche Tat nicht unter Strafe gestellt ist? Mit Bild- und Videoaufnahmen unterhalb von offenen/freien Bekleidungen wird die Intimsphäre der abgebildeten Personen verletzt, auch wenn diese nicht öffentlich erkennbar sind, wird dennoch ein Bereich abgebildet, der eventuell nicht öffentlich von der Person gezeigt werden soll. Ein Verbot mit entsprechender strafrechtlicher Verfolgung, soll dieser Thematik entgegensetzen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag N12-Ä01: Änderungsantrag zu N12

Änderungsantrag zu N12

Antragsteller/in:	Hannes Kaulfersch (Unterbezirk Frankfurt · Nr. 221799)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	N - Innenpolitik und Sport
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 1 - 5

- ~~1 Die Landeskonferenz möge beschließen, sich dafür einzusetzen, dass es zu einem Verbot~~
- ~~2 von Bild- und Videoaufnahmen unter Röcken und Kleidern, in der Bundesrepublik kommt~~
- ~~3 und eine Zuwiderhandlung unter Strafe zu stellen ist und eine strafrechtliche~~
- ~~4 Verfolgung eingeleitet werden soll. Hierzu soll der Bundestag ein entsprechendes~~
- ~~5 Gesetz aufnehmen oder das Recht am eigenen Bild entsprechend anpassen.~~

Die Landeskonferenz möge beschließen, sich dafür einzusetzen, dass es zu einem Verbot von Bild- und Videoaufnahmen unter Röcken und Kleidern, in der Bundesrepublik kommt und eine Zuwiderhandlung unter Strafe zu stellen ist und eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet werden soll. Hierzu soll der Bundestag ein entsprechendes Gesetz aufnehmen oder das Recht am eigenen Bild entsprechend anpassen.

Begründung

"Upskirting" ist seit Anfang Juli eine Straftat und wird mit bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe bestraft.

Dank gilt hier unserer Justizministerin Christine Lambrecht.

Hier nachzulesen: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestag-755.html>

Antrag S01: Mehr Bildungsurlaub für Beschäftigte!

Antragsteller/in:	UB Darmstadt-Stadt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 • Reformierung des hessischen Bildungsurlaubsgesetz
- 2 • Anhebung des Jahresbildungsurlaubsanspruchs von fünf auf zehn Tage
- 3 • Lohnfortzahlung muss für den Arbeitgeber bindend sein

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag S02: Hilfe für helfende Kinder - Support Young Carers

Antragsteller/in:	UB Marburg-Biedenkopf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

1 Nach Schätzungen des Bundesministeriums für Gesundheit müssen rund 480.000 Kinder und
2 Jugendliche bundesweit Angehörige pflegen, zumeist ihre Geschwister oder Eltern(
3 [https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Pflege/
4 Berichte/Abschlussbericht_KinderundJugendlichepflgegAngeh.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Pflege/Berichte/Abschlussbericht_KinderundJugendlichepflgegAngeh.pdf)). Dabei sind diese
5 Kinder und Jugendlichen meist großen psychischen Belastungen ausgesetzt. Die Pflege
6 der Angehörigen reicht von Hilfen im Haushalt, über die Medikamenten- und
7 Nahrungsmittelaufnahme bis hin zur Körper- und Intimpflege.

8

9 Aufgrund der mangelnden Präsenz der Lage in Schulen, Politik und Medien besteht
10 erheblicher Bedarf zur Aufklärung und Beratung. Wir fordern die Sensibilisierung von
11 Entscheidungsträger*innen, insbesondere den (gesetzlichen) Krankenkassen, Gemeinden
12 und Schulen. Wir fordern die Aufnahme der Thematik in den Bildungsplan und die
13 Sensibilisierung der Lehrkräfte über Schulungen.

14

15 Bislang haben im Land Hessen erst vier Kreise ein Angebot zu Beratung und
16 gegenseitigem Austausch von Young Carers geschaffen. Wir fordern, dass sich Land und
17 Bund vermehrt für den flächendeckenden Auf- und Ausbau eines niedrigschwelligen
18 Angebots für betroffene Kinder und Jugendliche einsetzen. Hierbei müssen städtischer
19 und ländlicher Raum gleichermaßen berücksichtigt werden.

20

21 Doch muss sich der Gesetzgeber auch für die Entlastung dieser Young Carers einsetzen.
22 Dazu soll der §38 SGB V insoweit geändert werden, sodass eine Haushaltshilfe für
23 Kinder und Jugendliche nicht nur ausschließlich für Kinder im Alter von 0 bis 12
24 Jahren bei Krankenhausaufenthalt der Eltern mit lebensbedrohlichen Krankheiten
25 beantragt werden kann, sondern auch zur Unterstützung von Jugendlichen bis 18 Jahren.
26 Außerdem soll geprüft werden, ob über den §38 II SGB V ebenfalls eine Änderung in
27 Bezug auf ambulante Krankenhausaufenthalte möglich ist, da Stand heute gerade
28 Patient*innen, die zur Chemo-Therapie oder zur Dialyse müssen, keinen Anspruch auf
29 eine Haushaltshilfe besitzen.

30

31 Im bisherigen Verfahren zur Einstufung der Pflegegrade wird der Erziehungsauftrag der
32 Eltern bislang nicht ausreichend berücksichtigt. Wenn Eltern durch eine Erkrankung

33 und die Pflegebedürftigkeit nicht ausreichend in der Lage sind, sich um ihre Kinder
34 zu kümmern, so sollte eine erhöhte Unterstützung durch die Kranken- bzw. Pflegekassen
35 möglich werden. Dasselbe gilt im Fall von Geschwistern, die als schwere Pflegefälle
36 die komplette Aufmerksamkeit der Eltern verlangen und weswegen auch hier Kinder und
37 Jugendliche zu kurz kommen. Bei der Beantragung eines Pflegegrades soll der
38 Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) daher ermitteln, wie viele minderjährige
39 Kinder in jenen Haushalten leben, und den sich hieraus ergebenden Erziehungsauftrag
40 bei der Einstufung berücksichtigen. Darüber hinaus fordern wir eine Sensibilisierung
41 des MDK insofern, als dass bei der Einstufung des Pflegegrads Menschen, die
42 beispielsweise an Suchterkrankungen oder Depressionen leiden, beachtet werden. In
43 diesen Fällen erhalten die erkrankten Eltern keine Leistungen, wie eine
44 Haushaltshilfe, was zu einer sehr großen Belastung der ohnehin bereits belasteten
45 Young Carers führt. Auch in den Jugendämtern muss es zu einer Sensibilisierung des
46 Personals kommen. Viele erkrankte Eltern wenden sich nur in seltenen Fällen an das
47 Jugendamt, wenn sie sich über Hilfen oder Beratungsstellen für ihre pflegenden Kinder
48 erkundigen möchten, da sie fürchten, das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen zu
49 bekommen. Daher sollten Sachbearbeiter*innen in Schulungen und Tagungen diesbezüglich
50 geschult werden.

51 Ebenfalls bedarf es einem vermehrten Angebot an schneller Notfallversorgung der Young
52 Carer, wenn es beispielsweise zu einer akuten Behandlung der erkrankten Eltern kommt.
53 Die psychologische Betreuung der Kinder im Notfall ist von großer Wichtigkeit.

Begründung

Der Begriff Young Carer beinhaltet alle Kinder und Jugendliche, die aufgrund einer Krankheit eines Angehörigen unter anderem in seelische Not geraten sind und Hilfe benötigen. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob es sich um Krebs, Sucht, Depression, Schlaganfall oder um äußerst seltene Erkrankungen handelt. Ein Kind oder ein*e Jugendliche*r darf nicht durch die Art der Erkrankung der Eltern oder der Geschwister diskriminiert oder von Hilfsangeboten ausgeschlossen werden.

Nach Schätzungen des Bundesministeriums für Gesundheit müssen rund 480.000 Kinder und Jugendliche bundesweit Angehörige pflegen, zumeist Geschwister oder Eltern (https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Pflege/Berichte/Abschlussbericht_KinderundJugendlichepflegeAngeh.pdf).

In der Regel arbeitet das nicht-betroffene Elternteil Vollzeit, um den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten, während die Kinder und Jugendlichen nach der Schule die Pflege des erkrankten Elternteils zu übernehmen. Die Pflege der Angehörigen reicht von Hilfen im Haushalt, über die Medikamenteneinnahme und Nahrungsmittelaufnahme bis hin zur Körper- und Intimpflege.

Die Doppelbelastung von schulischer Ausbildung auf der einen Seite und Pflege der Eltern auf der anderen Seite, führen zu großen psychischen Belastungen der Kinder. Sie fühlen sich unter dem Zwang, ihren Eltern helfen zu müssen. Aus dem Gefühl heraus für die erkrankten Eltern „funktionieren“ zu müssen, blenden Kinder ihre eigenen Bedürfnisse häufig aus. So erzählen viele inzwischen erwachsenen Young Carer, dass sie keine Kindheit hatten und direkt die Rolle eines Erwachsenen übernehmen mussten. Mal eben kurz mit Freund*innen ins Kino gehen oder die

Klasse mit ins Landschulheim oder auf Studienfahrten zu begleiten, ist nicht möglich, wenn die Familie zuhause auf die Hilfe und Pflege durch die Kinder und Jugendlichen angewiesen ist.

Erfahrungswerte haben gezeigt, dass Young Carers für bestimmte körperliche und psychische Beschwerden anfällig sind: Schlafstörungen, Stress und ständige Sorge, Rückenprobleme durch ständig schweres Heben, Trauer, mangelnde Möglichkeiten an Sport- oder Freizeitaktivitäten teilzunehmen sowie große Ängste, ein Familiengeheimnis zu verraten, z.B. wenn in der Pflege Substanzmittelgebrauch nötig wird, wie es bei schweren Krankheiten wie Krebs üblich ist.

Zusätzlich entstehen erhebliche schulische Nachteile für die Kinder. Darunter fallen das Nichtbesuchen der Schule oder regelmäßiges Zuspätkommen aufgrund der Pflegesituation zu Hause, wenig bis keine Zeit zum Lernen sowie die Schwierigkeit der Teilnahme der Eltern an Elternabenden und schulischen Veranstaltungen. Zudem leidet das soziale Leben der betroffenen Kinder und Jugendlichen ganz erheblich. Dies führt dazu, dass Young Carer ihre schulische Laufbahn eventuell nicht weiter fortsetzen und so aufgrund der seltenen oder schlechten Teilnahme am schulischen Geschehen oder fehlender familiärer Unterstützung, die schulische Ausbildung vorzeitig beenden.

Problematisch ist auch, dass diese Kinder und Jugendliche häufig gar nicht als „Problemfälle“ auffallen. Durch ihre „angepasste Art“ gelten sie häufig sogar als angenehm für die Lehrer*innen und Erzieher*innen, die somit aber deren Probleme gar nicht wahrnehmen. Deshalb ist hier die Sensibilisierung von Lehrkräften entscheidend.

Anlagen:

- 38 SGB V Haushaltshilfe

(1) Versicherte erhalten Haushaltshilfe, wenn ihnen wegen Krankenhausbehandlung oder wegen einer Leistung nach § 23 Abs. 2 oder 4, §§ 24, 37, 40 oder § 41 die Weiterführung des Haushalts nicht möglich ist. Voraussetzung ist ferner, daß im Haushalt ein Kind lebt, das bei Beginn der Haushaltshilfe das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder das behindert und auf Hilfe angewiesen ist. Darüber hinaus erhalten Versicherte, soweit keine Pflegebedürftigkeit mit Pflegegrad 2, 3, 4 oder 5 im Sinne des Elften Buches vorliegt, auch dann Haushaltshilfe, wenn ihnen die Weiterführung des Haushalts wegen schwerer Krankheit oder wegen akuter Verschlimmerung einer Krankheit, insbesondere nach einem Krankenhausaufenthalt, nach einer ambulanten Operation oder nach einer ambulanten Krankenhausbehandlung, nicht möglich ist, längstens jedoch für die Dauer von vier Wochen. Wenn im Haushalt ein Kind lebt, das bei Beginn der Haushaltshilfe das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder das behindert und auf Hilfe angewiesen ist, verlängert sich der Anspruch nach Satz 3 auf längstens 26 Wochen. Die Pflegebedürftigkeit von Versicherten schließt Haushaltshilfe nach den Sätzen 3 und 4 zur Versorgung des Kindes nicht aus.

(2) Die Satzung kann bestimmen, daß die Krankenkasse in anderen als den in Absatz 1 genannten Fällen Haushaltshilfe erbringt, wenn Versicherten wegen Krankheit die Weiterführung des Haushalts nicht möglich ist. Sie kann dabei von Absatz 1 Satz 2 bis 4 abweichen sowie Umfang und Dauer der Leistung bestimmen.

(3) Der Anspruch auf Haushaltshilfe besteht nur, soweit eine im Haushalt lebende Person den Haushalt nicht weiterführen kann.

(4) Kann die Krankenkasse keine Haushaltshilfe stellen oder besteht Grund, davon abzusehen, sind den Versicherten die Kosten für eine selbstbeschaffte Haushaltshilfe in angemessener Höhe zu erstatten. Für Verwandte und Verschwägte bis zum zweiten Grad werden keine Kosten erstattet; die Krankenkasse kann jedoch die erforderlichen Fahrkosten und den Verdienstausfall erstatten, wenn die Erstattung in einem angemessenen Verhältnis zu den sonst für eine Ersatzkraft entstehenden Kosten steht.

(5) Versicherte, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, leisten als Zuzahlung je Kalendertag der Leistungsanspruchnahme den sich nach § 61 Satz 1 ergebenden Betrag an die Krankenkasse.

Prof. Dr. Sabine Metzger (2019), „Die Situation von Kindern und Jugendlichen als pflegende Angehörige“ https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Pflege/Berichte/Abschlussbericht_KinderundJugendlichepflegAngeh.pdf, S.41

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag S03: Kampf gegen berufsbedingten Hautkrebs von Beschäftigten in der Bauwirtschaft

Antragsteller/in:	JSAG-HS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

1 **1.1 Analyse**

2

3 Die Berufsgenossenschaft Bau „beobachtet mit Sorge, dass sich UV-Strahlung zur
4 größten Gefahrenquelle für Bauarbeiter entwickelt(...)“¹ In der Bauwirtschaft ist
5 Sonnenbedingter Hautkrebs mit rund einem Viertel aller gemeldeten berufsbedingten
6 Krankheiten die am häufigsten festgestellte Krankheit. Das geht aus einer Auswertung
7 der Berufsgenossenschaft Bau hervor.¹

8 Im Vergleich zum Vorjahr stieg 2019 die Anzahl der Fälle um sechs Prozent an.

9 „Die Ausgaben für Heilbehandlung, Rehabilitation und Renten waren 2019 mit 14,3
10 Millionen Euro fast doppelt so hoch wie 2017.“¹

11 Eine Befragung von Auszubildenden zeigt, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen nur zum
12 Teil erfolgreich sind; „Zwar kommen die Informationen bei den jungen Menschen an –
13 aber viele ziehen nicht die erhofften Schlüsse.“¹

14 Zwar waren sich 91 Prozent der Befragten bewusst, dass UV-Strahlung gefährlich sein
15 kann, doch nur 17 Prozent geben an, dass sie regelmäßig Sonnencreme benutzen.¹

16

17 **1.2 Forderungen**

18

19 **1. Die Bauwirtschaft wird verpflichtet, dermatologisch geprüft-wirksame
20 Sonnencreme kostenlos und in ausreichendem Maße den Beschäftigten an Sonnentagen
21 zur Verfügung zu stellen.**

22 **Die Kosten lassen sich vollumfänglich von der Unternehmenssteuer absetzen.**

23

24 **2. Ein Aufklärungskonzept soll erstellt werden, um noch besser zu sensibilisieren.
25 Die bestehenden Konzepte auf allen Ebenen sollen überprüft und wenn nötig
26 angepasst werden. Eine Kooperation mit den jeweiligen Gewerkschaften und
27 Expert*innen ist geboten.**

28

Antrag U01: Vom Strich zum Kreis - Plastik als Wertstoff

Antragsteller/in:	UB Marburg-Biedenkopf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	U - Umwelt- und Klimaschutz
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Kunststoff, gebräuchlich „Plastik“ hat die Welt erobert. Viele alltägliche Produkte
- 2 sind aus Kunststoffverbindungen. Durch Verwendung von Kunststoff werden Autos
- 3 leichter und verbrauchen weniger Sprit, einige Lebensmittel werden länger haltbar und
- 4 zum Beispiel aus der Medizintechnik ist Plastik nicht mehr wegzudenken. Gerade weil
- 5 Plastik also auch unser Leben bereichert, ist es wichtig einen nachhaltigen Umgang
- 6 damit zu finden.
- 7 Denn trotz Vermeidungs-Kampagnen steigt die weltweite Kunststoffproduktion weiter an.
- 8 Problematisch daran ist, dass viele Produkte, insbesondere Verpackungen, linear
- 9 genutzt werden. Sie werden in Deutschland nach dem Gebrauch fein säuberlich getrennt
- 10 und dann anschließend verbrannt, landen in der Umwelt oder werden in weltweit
- 11 verteilte Deponien geschickt, wo Plastik nur gelagert wird, bis er nach ca. 400
- 12 Jahren verrottet. So wissen wir mittlerweile, dass weniger als 10% des bisher
- 13 produzierten Plastiks tatsächlich recycelt wurde. Einwegprodukte und Verpackungen
- 14 machen noch immer einen großen Teil unseres Plastikkonsums aus. Neben einer
- 15 Vermeidungsstrategie, die hauptsächlich über die Konsument*innen reguliert wird, ist
- 16 es wichtig, starke Anreize für Recycling zu schaffen. Wir müssen erreichen, dass
- 17 Kunststoff auch nach seinem Gebrauch als Wertstoff gesehen wird. So vielfältig die
- 18 Einsatzmöglichkeiten, genauso vielfältig sind auch die Arten von Kunststoff. Diese
- 19 unterscheiden sich maßgeblich in der Möglichkeit des Recyclings und die
- 20 Wiederverwendung danach. Besondere Anreize müssen daher für wiederverwendbare und
- 21 recycelbare Kunststoffverbindungen geschaffen werden.
- 22 Darum fordern wir:
- 23 • Die Beendigung der staatlichen Subventionierung von Rohöl für nicht energetische
- 24 Nutzung, also auch zur Plastikherstellung: Diese Subventionen haben zur Folge,
- 25 dass neuer Kunststoff günstiger ist als recyceltes Grundmaterial. Der
- 26 Wertstoffkreislauf wird damit finanziell uninteressant.
- 27 • Kunststoffe steuerlich zu begünstigen, die effektiver und energetisch weniger
- 28 aufwändig getrennt und zu Recyclaten weiterverarbeitet werden können: Bisher ist
- 29 das einzige Augenmerk bei der Produktion von Kunststoffen die für die Nutzung
- 30 notwendige Materialeigenschaft. Diese wird durch komplexe Verbindungen
- 31 unterschiedlicher Kunststoffe und der Zugabe von Additiven erreicht. Durch das
- 32 Einführen von Vergünstigungen für „Recyclingeigenschaften“ werden hier weitere
- 33 Anreize geschaffen. Dabei ist besonders auf die Energiebilanz des

- 34 Recyclingprozessen zu achten, welche unter einem festgelegten Grenzwert liegen
35 soll.
- 36 • Einen festgelegten Mindestrecyclatanteil für neue Produkte: Dieser darf nicht
37 aus Design-Gründen unterschritten werden. Nur mögliche sicherheitsrelevante
38 Aspekte dürfen berücksichtigt werden.
 - 39 • Die Etablierung von Standards für Recyclate für die Lebensmittelindustrie. Diese
40 Standards sollen ermöglichen zukünftig, auch Lebensmittelverpackungen aus
41 recyceltem Material herstellen zu können.
 - 42 • Investitionen in die Entwicklung von effizienteren Sortiermethoden: Lediglich
43 52.5 Prozent der Kunststoffe, die in Wertstoffanlagen ankommen, werden durch
44 moderne Maschinen sortiert. Die Sortierung liefert den Grundstein für die
45 Trennung, impliziert aber nicht die Quote des tatsächlich wiederverwerteten
46 Materials. Diese beträgt nur 12,3 Prozent. Dennoch ließe sich durch verbesserte
47 Sortierungsmechanismen hier eine deutliche Verbesserung herbeiführen.
 - 48 • Forschung an "Biokunststoffen" als eine alternative. Diese soll allerdings nur
49 gefördert werden, wenn der „Biokunststoff“ nicht aus hierfür extra angebauten
50 Rohstoffen hergestellt wird, da dieser in Konkurrenz mit der
51 Lebensmittelproduktion steht. Stattdessen geht es uns hier um sowieso anfallende
52 Abfälle, die durch neue Technologien weiterverwertet werden können.
 - 53 • Forschung an weiteren alternativen zu Kunststoffprodukten: Plastikmüll ist und
54 bleibt, ein Problem. Deswegen ist es unabdingbar weiter auch in die Erforschung
55 von Alternativen zu investieren. Dabei soll die Umweltverträglichkeit, die
56 Wiederverwertbarkeit und die Energiebilanz der Herstellung und des
57 Recyclingprozesses eine hohe Priorität beigemessen werden.
- 58
- 59 Lasst uns Plastik vermeiden, soweit es geht, aber auch die Wiederverwertung fördern
60 um nicht auf einen vielseitigen Material komplett zu verzichten.

Begründung

Erfolgt mündlich

Quellen:

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/chemie/chemie_plastikatlas_2019.pdf

<https://www.3sat.de/gesellschaft/makro/>

<https://www.bmu.de/meldung/das-bmu-klaert-auf-zum-thema-plastikrecycling/>

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/neue-sortieranlage-soll-recyclingquote-fuer>

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag U02: Wir fahren fahren fahren auf der Autobahn

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	U - Umwelt- und Klimaschutz
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Klimaschutzes fordern wir eine allgemeine
- 2 Geschwindigkeitsbegrenzung in Höhe von 130 km/h auf allen Straßen in Deutschland, auf
- 3 denen bisher nur eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h gilt.

Begründung

Auf dem Parteitag in Hamburg 2007 haben wir beschlossen: „Ein schneller und unbürokratischer Weg zum Klimaschutz ist die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h.“

Diesen Weg wollen wir nun endlich gehen, denn neben dem klimatischen Argument gesellen sich Berechnungen, nach denen ca. 140 Menschen jährlich weniger auf deutschen Autobahnen sterben müssen, wenn es ein Tempolimit gibt.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag U03: Biologisch abbaubare Kunststoffe zum Schutz unserer Umwelt

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	U - Umwelt- und Klimaschutz
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Ab 2023 sollen in Deutschland und der Europäischen Union nur noch biologisch
- 2 abbaubare Kunststoffe als Verpackungsmaterial produziert und vertrieben werden
- 3 dürfen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag U03-Ä01: Änderungsantrag zu U03

Änderungsantrag zu U03

Antragsteller/in:	UB Marburg-Biedenkopf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	U - Umwelt- und Klimaschutz
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 2

- 1 Ab 2023 sollen in Deutschland und der Europäischen Union nur noch biologisch
- 2 abbaubare ~~Kunststoffe~~ oder vollständig recyclebare Materialien als Verpackungsmaterial
produziert und vertrieben werden
- 3 dürfen.

Antrag U03-Ä02: Änderungsantrag zu U03

Änderungsantrag zu U03

Antragsteller/in:	Jakob Hamalega (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. 73556)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	U - Umwelt- und Klimaschutz
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

Zeile 2

- 1 Ab 2023 sollen in Deutschland und der Europäischen Union nur noch biologisch
- 2 abbaubare Kunststoffe oder vollständig recyclebare Materialien als Verpackungsmaterial
produziert und vertrieben werden
- 3 dürfen.

Antrag V01: Soziale und gerechte Ernährung bei Parteiveranstaltungen

Antragsteller/in:	UB Marburg-Biedenkopf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	V - Verband und Organisation
Antragsblock:	Anträge LAKO 2020

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Als Sozialdemokrat*innen engagieren wir uns für eine gerechtere Welt. Dies sollte
- 2 auch unsere Ernährung betreffen. Ein wesentlicher Beitrag könnte geleistet werden,
- 3 wenn bei parteiinternen Veranstaltungen auf eine vegetarische oder vegane Ernährung
- 4 geachtet werden würde, insbesondere, da in Deutschland Tiere für die
- 5 Lebensmittelproduktion oftmals in schlechten Zuständen gehalten werden, und da eine
- 6 fleischfreie Ernährung auch für die Umwelt Vorteile birgt.
- 7 Wir fordern den Verzicht auf Fleisch- und Fischprodukte bei Parteiveranstaltungen,
- 8 dass auf Parteiveranstaltungen bei allen gestellten Lebensmitteln und Getränken auf
- 9 Fairtrade/Bio, lokale und plastikarme Produkte geachtet werden soll vor
- 10 Veranstaltungen mit Verpflegung haben alle Teilnehmer*innen die Möglichkeit, auf ihre
- 11 besonderen Bedürfnisse hinsichtlich Lebensmittelunverträglichkeiten/Allergien
- 12 hinzuweisen

Begründung

In Deutschland werden zu viele tierische Produkte konsumiert. In Zeiten von Fridays for Future wissen wir, dass ein übermäßiger Fleisch- und Fischkonsum der Umwelt schadet. Während es kein Ziel sein sollte, Mitgliedern unserer Partei Ernährungsvorschriften zu machen, ist es dennoch nicht notwendig, bei Parteiveranstaltungen Fleisch oder Fisch anzubieten, insbesondere da hier häufig zu wenig auf Qualität, Umweltbilanz und Tierwohl geachtet wird. Zudem ist es bei größeren Veranstaltungen oftmals nicht möglich, exakte Mengen einzukaufen, weswegen viele Essensabfälle entstehen. Um dem Klimawandel entgegen zu wirken, und die schlechte Haltung von Tieren für die Lebensmittelproduktion nicht zu unterstützen, wäre es deswegen wünschenswert, bei Parteiinternen Veranstaltungen nur noch vegetarisches oder veganes Essen bereitzustellen. Nachdem die meisten Veranstaltungen eine Dauer von wenigen Stunden haben, ist dies kein außergewöhnlicher Verzicht für Parteimitglieder. Lasst uns zeigen dass wir eine wahre soziale Partei sind, und die richtige Partei für einen sozial gerechten Klimaschutz – dafür müssen wir bei uns selbst anfangen.

Quellen:

<https://www.boell.de/de/2018/01/10/fleischatlas-2018-rezepte-fuer-eine-bessere-tierhaltung>

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-12/fleischkonsum-umweltschutz-klimawandel-tierhaltung/>

[komplettansicht](#)

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag V02: Rotationsprinzip bei Delegiertenaufstellungen

Antragsteller/in:	Bezirk Hessen-Nord
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	V - Verband und Organisation
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Wir fordern ein Rotationsprinzip bei der Aufstellung der Delegierten zu
- 2 Landesparteitagen, Bundesparteitagen und Parteikonventen.
- 3 Das bedeutet im Einzelnen, dass diejenigen Genoss*innen, die bereits zwei
- 4 Wahlperioden hintereinander gewählt wurden, für die nächsten zwei Wahlen aussetzen
- 5 müssen.
- 6 Außerdem fordern wir zusätzlich eine Quotenregelung, dass nur bis zu 50% der
- 7 Delegierten Landtags, Bundestags- und Europaabgeordnete sein dürfen.

Begründung

Ein Rotationsprinzip führt dazu, dass mehr Leute die Chance bekommen an Bundesparteitagen als Delegierte teilnehmen zu können.

Eine Erneuerung sollte zwar in erster Linie inhaltlicher Natur sein, sollte aber auch beim Personal ansetzen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag V03: Keine einseitige Werbung bei Mitgliederentscheiden

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	V - Verband und Organisation
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Bei Abstimmungen jeglicher Art darf keine einseitige Werbung erfolgen, wie es z.B.
- 2 bei der Abstimmung zur Großen Koalition der Fall war. Es wird entweder auf einseitige
- 3 Werbung verzichtet oder es muss gegeben sein, dass alle Abstimmungsmöglichkeiten
- 4 objektiv beleuchtet und dargestellt sind.

Begründung

Eine einseitige (Wahl)Werbung ist höchst undemokratisch, hat einen direkten, unfairen Einfluss auf die Meinungsbildung und kann das Ergebnis manipulieren und es verfälschen.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag V04: Leichter Juso werden - Juso Mitgliedschaft über das Mobiltelefon

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	V - Verband und Organisation
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Zahlvorgänge werden heute vorwiegend mobil getätigt. Außerdem haben viele junge
- 2 Menschen zwischen 14 und 20 kein eigenes Konto. Wir Jusos müssen hier tätig werden
- 3 und schlagen daher vor: die Juso-Mitgliedschaft soll künftig auch via Mobilepayment
- 4 oder mobilen Diensten wie beispielsweise PayPal bezahlt werden können.

Begründung

Die Teilhabe am demokratischen Geschehen ist ein im Grundgesetz festgeschriebenes Grundrecht. Allerdings haben viele Jugendliche zwischen 14 und 20 kein eigenes Konto und entscheiden sich deshalb oft dagegen einer Partei beizutreten. Auch die Eltern können ein Faktor sein, der die Jugendlichen davon abhält zu den Jusos zu gehen. Dies lässt sich durch die Hürde erklären, dass man (wegen dem Fehlen eines eigenen Kontos) die Kontodaten der Eltern angeben muss, um Mitglied einer Partei zu werden. Das unkomplizierte abschließen über den Handyvertrag, würde dieses Problem aus der Welt schaffen. Außerdem ist für Mitgliederwerbung eine an den Handyvertrag gekoppelte Mitgliedschaft sehr interessant: Wenn man eine*n Juso-Interessent*in überzeugt den Jusos beizutreten, lässt sich dies so schneller und unkomplizierter erreichen. So kann man die Menschen, die sagen sie würden einzutreten und es nie machen, vor harte Fakten stellen und so direkt vor Ort zur Mitgliedschaft bewegen. Durch diese Neuerung würden wir für eine Zielgruppe attraktiver, die wir kaum bis gar nicht vertreten, die 14 bis 20-Jährigen. Die Mitgliederanzahl unserer Schüler*innen spricht da eine klare Sprache und zeigt uns das es hier deutlichen Nachholbedarf gibt. Nur wenn wir modern bleiben können wir für die jungen Leute attraktiv sein ein Online Anmeldeformular ist dafür nicht ausreichend. Für die Verwaltung der Daten könnten sich auch neue Möglichkeiten ergeben die Kontaktdaten könnten so von den Mitgliedern unkompliziert aktualisiert werden.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag V06: Resolution: Mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in Gremien der Jusos und SPD

Antragsteller/in:	UB Frankfurt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	V - Verband und Organisation
Antragsblock:	Nicht behandelte Anträge aus LAKO 2019

Die digitale LAKO möge beschließen:

- 1 Die Jusos und die SPD müssen dafür sorgen, dass in ihren Gremien der Anteil der
- 2 Menschen mit Migrationsgeschichte den der Gesellschaft repräsentiert. Dabei soll
- 3 keine Quote vorgegeben werden, aber ein Fünftel gilt als guter Richtwert.

Begründung

Von der Gesamtbevölkerung Deutschlands (81,7 Mio) hat ein nicht unerheblicher Teil eine Migrationsgeschichte, 23,6% um genau zu sein. Das sind 19,3 Mio. Menschen, die die SPD nicht ausreichend repräsentiert. Vor allem im Wahlkampf hört man von jungen, potentiellen Wähler*innen mit Migrationsgeschichte, sie würden die SPD gerne wählen, wissen aber nicht wen und fühlen sich nicht repräsentiert. Um diese Menschen wieder ins Boot zu holen, müssen wir sie stärker miteinbinden.

Weiterleitung: SPD-Parteitage, SPD-Fraktionen

übergeordnete Ebenen

Antrag X01: Abstimmung über GO

Antragsteller/in:	Administrator		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	X - Während der Konferenz nötige Abstimmungen		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(100 %)	70
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:	(0 %)	0
	Gültige Stimmen:		70

1 Geschäftsordnung (Vorschlag)

1. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der ordentlichen Delegierten anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit wird auf Antrag festgestellt. Die Beschlussfähigkeit gilt so lange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt sind. Die Feststellung der Beschlussfähigkeit obliegt dem Präsidium.
2. Die Landeskonferenz wird von einem dreiköpfigen Präsidium geleitet, welches aus 2 Präsident*innen und 1 Schriftführer*in besteht. Über die Landeskonferenz wird eine Niederschrift angefertigt.
3. Antrags- und stimmberechtigt sind nur die ordentlichen, unter Berücksichtigung der Geschlechterquote, gewählten Delegierten.
4. Die Landeskonferenz wählt eine Mandatsprüfungskommission und eine Zählkommission. Diese sollen sich aus je einer*m Vertreter*in der Unterbezirke zusammensetzen und aus ihrer Mitte eine*n Sprecher*in wählen. Bei Online-Konferenzen werden keine Kommissionen gewählt, wenn sich über die verwendete Plattform die Auszählung und Mandatsprüfung technisch realisieren lässt.
5. Initiativanträge bedürfen der Unterschrift von 10 Delegierten aus mindestens 4 Unterbezirken. Sie werden nur behandelt, wenn sie sich auf aktuelle Probleme beziehen, die vor Ablauf der Antragsfrist noch nicht bekannt waren. Im Zweifel entscheidet die Konferenz ohne Sachdebatte über die Zulässigkeit des Antrags. Bei Online-Konferenzen wird die Unterstützung elektronisch gesammelt, eine Unterschrift ist nicht nötig.
6. Die Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller*innen erhalten außerhalb der Reihenfolge das Wort. Die Redezeit beträgt 3 Minuten. Der Antrag zur Geschäftsordnung kommt nur zur Abstimmung, wenn je ein*e Delegierte*r dafür ein*e Delegierte*r dagegen geredet hat. Zu jedem Antrag zur Geschäftsordnung kann nur je ein*e Redner*in dafür und dagegen das Wort ergreifen. Bei Online-Konferenzen müssen Anträge zur Geschäftsordnung dem Präsidium mitgeteilt werden, welches dafür Sorge zu tragen hat, dass die Debatte stattfinden kann.
7. Änderungsanträge müssen schriftlich beim Präsidium eingereicht werden. Bei

- 32 Online-Konferenzen müssen die Anträge ins System eingepflegt werden.
- 33 8. Die Diskussionsredner*innen erhalten im Reißverschlussverfahren in der
34 Reihenfolge ihrer Wortmeldung das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich
35 einzureichen. Bei Online-Konferenzen sind sie elektronisch anzukündigen. Die
36 Redezeit beträgt 5 Minuten pro Redner*in. Mitglieder des Landesvorstands müssen
37 während des Tätigkeitsberichts auch außerhalb der Reihenfolge gehört werden.
38 Anträge auf Schluss der Debatte sind jederzeit möglich. Diese können nur von
39 Delegierten gestellt werden, die sich an der Aussprache zu der betroffenen Sache
40 nicht beteiligt haben
- 41 .
- 42 Bei Online-Konferenzen gilt hier das gleiche Verfahren
43 wie für Geschäftsordnungsanträge.
- 44 9. Der Landesvorstand wird in getrennten Wahlgängen geheim gewählt. Sie bedürfen im
45 ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang genügt die
46 Stimmenmehrheit für eine*n Kandidatin*en. Im Übrigen gilt die Wahlordnung der
SPD.
10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

Antrag X02: Abstimmung über TO

Antragsteller/in:	Administrator		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	X - Während der Konferenz nötige Abstimmungen		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(100 %)	65
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:	(0 %)	0
	Gültige Stimmen:		65

- 1 Die aktuelle TO wird abgestimmt

Antrag X03: Abstimmung über Anträge ohne Hessenbezug

Antragsteller/in:	Administrator		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	X - Während der Konferenz nötige Abstimmungen		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(91.304 %)	63
	Nein:	(1.449 %)	1
	Enthaltung:	(7.246 %)	5
	Gültige Stimmen:		69

- 1 Folgende Anträge haben keinen Hessenbezug und sollen nicht behandelt werden:
- 2 S03
- 3 V02
- 4 V04
- 5
- 6

Begründung

Die Landeskonferenz entscheidet zu Beginn über die Anträge, die aufgrund eines fehlenden Hessenbezuges nicht behandelt werden.

Die Jusos Hessen beraten und beschließen nur Anträge, die einen Bezug zur Landespolitik haben, da die Bezirke das alleinige politische Vertretungsrecht für alle Anträge mit internationalen und nationalen Auswirkungen haben.

Antrag X04: Antrag zur Probeabstimmung

Antragsteller/in:	Administrator		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	X - Während der Konferenz nötige Abstimmungen		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(86.567 %)	58
	Nein:	(7.463 %)	5
	Enthaltung:	(5.970 %)	4
	Gültige Stimmen:		67

- 1 Dieser Antrag dient zur Demonstration des Abstimmungstools.

Begründung

Zum Üben.

Antrag X05: Nominierung Spitzenkandidatur Natalie Pawlik

Antragsteller/in:	Administrator		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	X - Während der Konferenz nötige Abstimmungen		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(86.364 %)	57
	Nein:	(6.061 %)	4
	Enthaltung:	(7.576 %)	5
	Gültige Stimmen:		66

- 1 Natalie Pawlik wird als Spitzenkandidatin der Jusos Hessen zur Bundestagswahl
- 2 nominiert.

Antrag X06: Ini Charakter Ja/Nein

Antragsteller/in:	Administrator		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	X - Während der Konferenz nötige Abstimmungen		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(49.153 %)	29
	Nein:	(37.288 %)	22
	Enthaltung:	(13.559 %)	8
	Gültige Stimmen:		59

- 1 Der vorliegende I1 erfüllt die Voraussetzungen für einen Initiativantrag und wird
- 2 zugelassen.

Antrag X07: Verweisung des I1 an den Landesvorstand

Antragsteller/in:	Administrator		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	X - Während der Konferenz nötige Abstimmungen		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(82.143 %)	46
	Nein:	(14.286 %)	8
	Enthaltung:	(3.571 %)	2
	Gültige Stimmen:		56

- 1 Der I1 wird zur weiteren Beratung und Beschluss an den Landesvorstand überwiesen.

Antrag X08: Vertagung der restlichen Anträge auf einen LA

Antragsteller/in:	Administrator
Status:	angenommen
Sachgebiet:	X - Während der Konferenz nötige Abstimmungen

- 1 Alle übrigen Anträge werden auf einen LA vertagt.